

# NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 6

Dezember 1966

2. Jahrgang



*Frohe Weihnachten und alle guten Wünsche für ein glückliches Jahr 1967 den Mitgliedern unserer Vereinigung, deren Angehörigen sowie allen Freunden Gesundheit und Wohlergehen.*

*Für die tatkräftige Mithilfe bei der Ausgestaltung dieser Zeitschrift allen Beteiligten aber unseren herzlichen Dank.*

*Wir erhoffen auch für das Jahr 1967 eine gleichbleibende Unterstützung, mit deren Hilfe die Lösung der auf uns wartenden Aufgaben wesentlich erleichtert wird.*

*Vorstand, Redaktion und Verlag*

*Weihnachten 1966*

\*\*\*\*\*

Mit dem vorliegenden Heft schließt der 2. Jahrgang des Nachrichtenblattes. Höhepunkte der Vereinigungsarbeit im abgelaufenen Jahr waren die F.I.T.C.E.-Tagung in Frankfurt am Main, der Vertretertag in Saarbrücken und die endgültige Gründung der FEFAS. Eine ausführliche Schilderung der Ereignisse in Saarbrücken bildet den wesentlichen Inhalt dieser Nummer.

\*\*\*\*\*





## Mechanische »Boten« rationalisieren den Betrieb

Heute ist die Fördertechnik unentbehrlicher Bestandteil der Rationalisierung. Siemens-Kleinförderanlagen transportieren Schriftstücke, Zeichnungen, Bücher, Akten und Kleingut aller Art schnell, sicher und zuverlässig. Wertvolle menschliche Arbeitskraft wird frei für andere Aufgaben.

### Aus unserem Lieferprogramm:

Rohrpost-Kleinanlagen für zwei und mehr Stellen  
Rohrpostanlagen mit handbedienter Vermittlungsstelle  
Rohrpost-Weichenanlagen mit Tastensteuerung oder automatischer Büchsensteuerung  
Hochkant-, Flach- und V-Förderbandanlagen  
Taschen- und Kasten-Förderanlagen,  
Post-Mechanisierungsanlagen



# Niederschrift über den Vertretertag 1966 der Vereinigung der höheren Postbeamten

vom 3. bis 5. Oktober 1966 in Saarbrücken Von PR Mercker

1. Präsident Dr. Wiesemeyer eröffnet den Vertretertag und begrüßt die Vertreter der Bezirksvereine, die anwesenden Präsidenten und die Herren des BPM. Bundespostminister Stücklen habe aus Termingründen leider der Einladung des Vorstandes, auf dem Vertretertag den Festvortrag zu halten, nicht folgen können.

Präsident Dr. Wiesemeyer berichtet: Die Behandlung wissenschaftlicher Fragen und wissenschaftlicher Gedankenaustausch müßten mehr gepflegt werden. In diesem Rahmen müßten jetzt vor allem die Fragen aufgegriffen werden, die durch das Gutachten der Sachverständigenkommission für die DBP aufgeworfen seien.

Die berufspolitische Arbeit sei durch schriftliche und mündliche Vorstellungen beim Herrn Bundespostminister, den Herren Staatssekretären und den leitenden Herren der Personalabteilung des BPM, durch die Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes — wofür er den Herren Ministerialdirigenten Köhler und Oberpostdirektor Daust besonderen Dank wisse — und Veröffentlichungen zur Besoldungslage fortgesetzt worden. An Veröffentlichungen seien insbesondere die Entschließung des außerordentlichen Vertretertages vom November 1965, die Materialsammlung des Herrn Präsidenten Dr. Münzel über die Grundgehälter der Beamten des Bundes und der Länder, und die „Denkschrift zur berufspolitischen Lage des höheren Dienstes bei der DBP“, für die vor allem Herrn Oberpostdirektor Dr. Besold zu danken sei, zu erwähnen. Zu der Denkschrift habe sich inzwischen Herr Staatssekretär Dr. Steinmetz positiv geäußert.

Der Erfolg der berufspolitischen Arbeit möge im Verhältnis zu den aufgewandten Mühen mager erscheinen. Gewisse Fortschritte seien jedoch nicht zu verkennen, was vor allem für die Beförderung vom Postrat zum Oberpostrat gelte. Dafür solle man dem BPM Dank wissen.

Die Denkschrift sei ein Beispiel dafür, in welcher Form die berufspolitische Arbeit der Vereinigung durchgeführt werden müsse. Die Vereinigung könne sich nämlich nicht auf eine große Zahl von Mitgliedern berufen. Sie müsse ihre Forderung auf wissenschaftlich begründete Argumente stützen.

Die Pflege der Internationalen Beziehungen hätten einen Höhepunkt in den Fünften Internationalen Fernmeldetagen der FITCE gefunden, die vom 23. bis 30. Mai 1966 in Frankfurt am Main abgehalten worden seien. Für die Vorbereitung und Durchführung dieser Tage danke er den Herren Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Böwering und Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Pfaffe stellvertretend für alle für das Gelingen dieser Veranstaltung verantwortlichen Kollegen.

Die Pflege der kollegialen Geselligkeit liege bei den Bezirksvereinen. Sie solle nicht gering eingeschätzt werden, da sie besonders geeignet sei, die Kollegen einander näher zu bringen. Besonders erwähnenswert seien hier die Auslandsreisen, die Herr Oberpostdirektor Dr. Kessler organisiere.

Das Nachrichtenblatt sei ein ausgezeichnetes Mittel, um die Ziele der Vereinigung zu verwirklichen. Er

danke Herrn Vizepräsidenten Dipl.-Ing. Harder hier für sein erfolgreiches Wirken.

Er möchte mit seinen Ausführungen aber nicht den Eindruck erwecken, daß bereits alles geschehen sei, was für die Ziele der Vereinigung getan werden könne. Es sei erforderlich, daß die Vereinigung auch auf aktuelle Vorgänge, wie etwa jetzt das Sachverständigen-Gutachten, die Denkschrift der Postgilde und die Äußerungen in der Zeitschrift des VdPI reagieren. Für die praktische Durchführung dieser Arbeit stehe allerdings kein hauptberuflicher Mitarbeiterstab zur Verfügung. Die Bildung besonderer Ausschüsse halte er nicht für zweckmäßig. Ihre Arbeit sei nämlich zwangsläufig etwas schwerfällig, weil ihre Mitglieder in der Regel weit auseinander wohnen würden und der Ausschuß daher nur selten zusammentreten könne. Er schlage daher vor, daß der Hauptvorstand künftig mehr als bisher durch die Mitarbeit der Bezirksvereine unterstützt werde.

## Bericht des Kassenwarts

Abteilungspräsident a. D. Dipl.-Ing. Peek berichtet, daß die Kasse der Vereinigung zum 10. 5. 1965 einen Bestand von 16 754,57 DM aufgewiesen habe. An Einnahmen seien bis zum 26. 8. 1966 48 440,98 DM, an Ausgaben bis zum gleichen Datum 37 511,06 DM zu verzeichnen gewesen. Hieraus ergebe sich ein derzeitiger Kassenbestand von 27 684,49 DM. Die Ausgaben der Vereinigung setzten sich wie folgt zusammen:

Arbeit des Vorstandes und der Arbeitskreise	5 138,36 DM
FITCE, Beiträge und Reisekosten	5 110,40 DM
Druckkosten für Schriftenreihe und Mitteilungsblatt	15 496,60 DM
Beiträge für Zeitschriften anderer Organisationen	849,20 DM
Kosten für Vertretertag	10 036,60 DM
Geschäftsführung	879,88 DM.

## 2. Bericht der Kassenprüfer

Oberpostdirektor Gaede berichtet, er habe die Kasse geprüft und dabei alle Einnahmen und Ausgaben ordnungsgemäß belegt gefunden. Er bittet den Kassenwart zu entlasten.

## 3. Entlastung des Vorstandes einschließlich des Kassenwartes

Präsident a. D. Dr. Martens übernimmt den Vorsitz. Er dankt dem Vorstand u. a. für seine Bemühungen um internationale Beziehungen und Zusammenschlüsse und für seine Sorge für die Ruheständler. Er bittet, den Vorstand zu entlasten.

Der Vorstand einschließlich des Kassenwarts wird durch Akklamation entlastet.

## 4. Zur Neuwahl des Vorstandes schlägt Präsident a. D. Dr. Martens die Wiederwahl des alten Vorstandes vor.

Präsident Dr. Wiesemeyer erklärt sich bereit, den Vorsitz für ein weiteres Jahr zu übernehmen. Er bitte jedoch schon jetzt um die Suche nach einem neuen Vorsitzenden für die Wahl auf dem nächsten Vertretertag.



## Inhalt

Postrat Mercker

Niederschrift über den Vertretertag 1966  
der Vereinigung der höheren Postbeamten 151

Oberpostdirektor Dr. Keßler

Bericht über den Gründungskongreß der  
FEFAS-PTT in Saarbrücken 156

Vizepräsident Dipl.-Ing. Harder im Ruhe-  
stand 160

Oberpostdirektor Ernst Schilly

An Stelle einer Baedeker-Belehrung 161

Oberpostdirektor Dr. W. Florian, Bonn

Technisierung des Briefverteildienstes und  
Betriebsorganisation 164

Drittes Gesetz zur Änderung des Bundes-  
besoldungsgesetzes (2. Vorschaltgesetz) 165

Oberpostdirektor Dr. Besold, München

„Die Besoldungssituation für den höheren  
Dienst Ende September 1966“ 167

Der Vertretertag und die Gründungssit-  
zung der FEFAS im Spiegel der Presse 171

Der Saarländische Rundfunk in der ge-  
schichtlichen und kulturellen Landschaft  
des Saarlandes 173

Aus den Bezirksvereinen

Frankfurt 181

Hamburg 183

Die Nr. 1/1967 erscheint in der ersten Woche des Monats  
Februar. Anfang April folgt Heft 2 mit dem Hinweis auf  
den Vertretertag in Hamburg.

Einsendeschluß für Beiträge jeweils 4 Wochen vor dem  
Erscheinungstermin.

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,  
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon 2 24 95 / 96.

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,  
Nürnberg.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,  
2 Hamburg 61, Bindfeldweg 8, Fernsprecher 35 73 13

Einzelheft: für Mitglieder —,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,  
Braunschweig.  
Anzeigenpreisliste 1 — Familienanzeigen dreigespalten,  
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,  
Postscheckkonto Hamburg 2008 88,  
Braunschweigische Staatsbank, Hauptbankkasse,  
Konto-Nr. 101 790.

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig.  
Postfach 975.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche  
Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der  
Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses aus-  
drücklich erwähnt.

Präsident Dr. Wiesemeyer wird durch Akklamation  
zum Vorsitzenden des Vorstandes wiedergewählt.

Präsident Dr. Wiesemeyer bedankt sich, übernimmt  
wieder den Vorsitz des Vertretertages und leitet die  
weiteren Wahlen, die durch Akklamation zu folgen-  
dem Ergebnis führen:

Stellvertretender

Vorsitzer: Abteilungspräsident Dipl.-Ing.  
Reinecke

Geschäftsführer: Oberpostrat Dipl.-Kfm. Beck

Kassenwart: Abteilungspräsident a. D. Dipl.-Ing.  
Peek

Beisitzer: Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Orth  
Angestellter Dr.-Ing. Schnitger  
Oberposträtin Leithäuser  
Präsident a. D. Dr. Fenge  
Oberpostdirektor Dr. Besold

Ersatzmänner: Oberpostrat Dr. Lindner  
Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Pfaffe  
Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Frahm  
Oberpostbaurat Dipl.-Ing. Sauter  
Oberpostrat Dipl.-Ing. Bühre

Verbindungs-  
mann zur FITCE: Oberpostdirektor Dipl.-Ing.  
Böwering

Ersatzmann: Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Schütt

Verbindungs-  
mann zur FEFAS: Ministerialrat Dr. Fickel

Ersatzmann: Oberpostdirektor Schilly

5. Kassenprüfer: Oberpostdirektor Gaede  
Oberpostrat Bauer

6. a. Ministerialdirigent Köhler berichtet über die  
Zusammenarbeit mit anderen Verbänden des höheren  
Dienstes: Der Sechserausschuß, über dessen Bildung  
auf dem letzten Vertretertag berichtet worden sei,  
habe im Februar dieses Jahres beim Herrn Bundes-  
innenminister vorgesprochen. Der Bundesinnenmini-  
ster habe sich dabei u. a. für die Einhaltung des Lei-  
stungsgrundsatzes bei künftigen Besoldungsregelun-  
gen ausgesprochen. Ferner habe der Ausschuß Prof.  
Müller, Freiburg, mit der Begutachtung der Besol-  
dungsverhältnisse des höheren Dienstes beauftragt.  
Endlich habe man eine gemeinsame Stellungnahme  
zum zweiten Vorschaltgesetz dem Präsidenten und  
den Mitgliedern des Bundestages überreicht (Abdruck  
an anderer Stelle). In dieser Stellungnahme seien  
Stellenzulagen gem. § 5 Abs. 4 des Gesetzes auch für  
den höheren Dienst und die Erhöhung des Schlüssels  
für die Besoldungsgruppen A 15/16 auf den Stand ge-  
fordert, der für die Spitzenstellungen des gehobenen  
Dienstes vorgesehen sei.

b. Postrat Raeth (München) verliert den Vortrag des  
Oberpostdirektor Dr. Besold, der krankheits-  
halber nicht zum Vertretertag kommen konnte. Der Vortrag  
wird an anderer Stelle veröffentlicht.

c. Präsident Wiesemeyer stellt seine Anregung zur  
Debatte, die Bezirksvereinigungen zur Bearbeitung  
von Aufgaben, die auf die Vereinigung zukommen,  
heranzuziehen. Er schlägt vor, daß der Hauptvorstand  
jeweils in Rundschreiben an die Bezirksvereine oder  
durch das Nachrichtenblatt anfrage, wer eine Stel-  
lungnahme zu einem bestimmten Problem ausarbei-  
ten könne, die dann durch einen Beitrag im Nachrich-  
tenblatt oder durch sonst eine Publikation zu veröf-  
fentlichen sei. Wenn keine Meldung eingehe, müsse  
der Hauptvorstand berechtigt sein, einer Bezirksver-  
einigung solch eine Aufgabe zu übertragen. Eine an-





**Erst mit  
Telefonbau und Normalzeit  
telefonieren...**

... später mit der ganzen Welt durch  
TN-Fernsprechanlagen für Wohnung  
und Haus, Büro und Verwaltung.  
Nutzen Sie unsere über 65jährige Er-  
fahrung, wenn es sich um Ihre Fern-  
sprech- oder Fernmeldeprobleme handelt  
und sprechen Sie zuerst mit  
Telefonbau und Normalzeit 6 Frankfurt 1  
Mainzer Landstr. 134-146 · Postf. 2369  
Telefon 2661 · Fernschreiber 41 11 41

## TELEFONBAU UND NORMALZEIT 6 FRANKFURT 1

gemessene Honorierung sollte hierbei nicht ausgeschlossen sein.

Es dürfe sich dabei niemand scheuen, eine eigene Meinung zu bekennen. Sonst verdiene er nicht, Angehöriger des höheren Dienstes zu sein. Man könne heute – früher mag das einmal anders gewesen sein – darauf vertrauen, daß das BPM keinen, der eine andere Ansicht vertritt, beruflich benachteilige. Überdies erschienen die im Auftrage des Vorstandes erarbeiteten Stellungnahmen nicht als die des jeweiligen Verfassers oder Bezirksvereins, sondern als die des Hauptvorstandes.

Der Vertretertag nimmt den Vorschlag Präsident Dr. Wiesemeyers beifällig auf. Man sei in den Bezirken schon immer zur Mitwirkung an der Verfolgung der Vereinszwecke bereit gewesen, jedoch müßte man besser informiert werden (Oberpostrat Dr. Lindner, Hannover, Oberpostrat Sumpelmann, Münster). OPR Sumpelmann schlägt zu diesem Zweck Zusammenkünfte aller Bezirksvorsitzenden – oder getrennt nach nördlichen und südlichen Bezirken – vor, auf denen der Vorstand dann vollständig informieren solle.

Oberpostbaurat Dipl.-Ing. Heim (Münster) und Postrat Ricke (Koblenz) regen an, schon jetzt bekannte Aufgaben sogleich zur Bearbeitung durch die Bezirksvereinigungen zu verteilen.

Gemäß diesem Vorschlag übernimmt es der Bezirksverein Hamburg, zu der Denkschrift der Gilde, und der Bezirksverein Frankfurt am Main, zu den Äußerungen in der Zeitschrift des VdPI Stellung zu nehmen.

Ebenfalls müsse sich der Verein zu der in der Denkschrift der Gilde vorgeschlagenen Verwaltungs-

akademie äußern. Präsident Dr. Wiesemeyer sagt hierzu, daß solch eine Verwaltungsakademie nie ein akademisches Studium ersetzen könne. Zwar sei der Umfang des vorgeschlagenen Lehrstoffes beachtlich, jedoch seien dafür jeweils viel zu wenig Stunden angesetzt. Derartige Akademien würden wie die Ingenieurschulen allenfalls Wissen vermitteln, Akademiker hingegen müßten sich ihr Wissen selbst erringen und kämen dabei mit geistigen Dingen in ganz anderer Weise in Berührung.

Oberpostdirektor Dr. Keßler (Hamburg) räumt ein, daß die Ausbildung des gehobenen Dienstes reformiert werden müsse. Hierzu sei sicher auch eine Art Verwaltungsschule nötig, die aber vor allem in den Bereichen der Arbeitsorganisation und Menschenführung fortbilden müsse. Was die Arbeit der Vereinigung angehe, so würde er es sehr begrüßen, wenn sie einen etwas wissenschaftlicheren Charakter annehme. Jeder müsse ohne Sorge vor einem Widerspruch zur Auffassung anderer seine Ansicht äußern. Nur nach Kenntnis der verschiedenen zu einer Frage möglichen Meinungen könne man erwarten, zu sachlich vertretbaren Ergebnissen zu kommen.

Ministerialdirigent Köhler regt an, auch zu dem Artikel von Gscheidle in der letzten Nummer der Deutschen Post Stellung zu nehmen, in dem der Sinn der Tätigkeit unserer Vereinigung in Frage gestellt werde. Zwar habe die Deutsche Postgewerkschaft immer Verständnis bekundet. Erreicht sei jedoch nicht viel. Im Gegenteil: Die Nivellierung sei weiter fortgeschritten. Das solle der Gewerkschaft nicht vorgeworfen werden. Denn sie unterliege offenbar dem Gesetz der großen Masse. Für uns ergebe sich hieraus aber die





Festveranstaltung auf dem Vertretertag  
1966 der Vereinigung der höheren Post-  
beamten in Saarbrücken  
Präsident Dr. Wiesemeyer bei der Be-  
grüßungsansprache



Festvortrag auf dem Vertretertag in Saar-  
brücken; Intendant Dr. Mai vom Saarlän-  
dischen Rundfunk



Festveranstaltung des Vertretertages  
in Saarbrücken



Notwendigkeit eigener Aktivität. Oberpostrat Dipl.-Ing. Schreinecke (Köln) erinnert hierzu daran, daß es bei dem Ringen um eine gerechtere Besoldung nicht etwa nur um eigene Interessen gehe, sondern auch um die Gewinnung eines qualifizierten Nachwuchses.

**d.** Vizepräsident Dipl.-Ing. Harder bitte um mehr Mitarbeit am Nachrichtenblatt. Die Anzeigenwerbung im Nachrichtenblatt sei aus finanziellen Gründen erforderlich. Abteilungspräsident a. D. Dipl.-Ing. Peek weist dazu darauf hin, daß die sechste Nummer des Nachrichtenblattes noch nicht finanziell gesichert sei. Der Vertretertag entscheidet sich gleichwohl nach kurzer Diskussion mit Mehrheit für die Beibehaltung der zweimonatigen Erscheinungsweise, um das Nachrichtenblatt möglichst aktuell sein zu lassen.

Es wird angeregt, jeweils Redaktionsschluß und Erscheinungsdatum des Blattes bekannt zu geben (Oberpostrat Kutz, Dortmund). Ein Vorschlag, einen Redaktionsstab zu bilden, findet keine Zustimmung. Es sei vielmehr zweckmäßig, mit Vizepräsident Harder telefonisch in Verbindung zu treten und so Anregungen zu geben.

**7. a.** Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Böwering (Dortmund) berichtet über die Tätigkeit der FITCE seit dem letzten ordentlichen Vertretertag in Münster im Mai 1965. Vom 28. Juni bis 3. Juli 1965 hätten in Den Haag die Vierten Europäischen Fernmeldetage stattgefunden. Auf ihnen sei Ministerialdirektor Dr.-Ing. Kirchner für ein Jahr zum Präsidenten der FITCE gewählt worden. Die Fünften Europäischen Fernmeldetage seien vom 23. bis 28. Mai dieses Jahres unter Beteiligung des Herrn Bundespostministers Stücklen in Frankfurt am Main abgehalten worden. Zum neuen Präsidenten der FITCE sei Herr Lambiotte, Administrateur Général der RTT Belge, gewählt worden. Die Sechsten Europäischen Fernmeldetage würden vom 3. bis 8. Juli 1967 in Brüssel stattfinden.

Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Böwering berichtet im einzelnen über die Arbeit der FITCE und weist hierzu auch auf den ausführlichen Bericht in Heft 4/66 des Nachrichtenblattes hin. Adressenänderungen bitte er, Herrn OPR Dipl.-Ing. Dehmer (FTZ Darmstadt) bekanntzugeben.

**b.** Ministerialrat Dr. Fickel berichtet über die weiteren Vorbereitungen zur inzwischen erfolgten Gründung der FEFAS-PTT (vergl. Heft 1/65 des Nachrichtenblattes) und über den wesentlichen Inhalt der Statuten der FEFAS.

Die Gründung der FEFAS sei wegen der großen Unterschiede im Werdegang der höheren Postbeamten und in der Form ihres Zusammenschlusses in den einzelnen Ländern besonders schwierig gewesen. Die FEFAS wolle sich nicht auf die Gründerstaaten als Mitglieder beschränken: Die Statuten ermöglichen den Beitritt von höheren Beamten auch anderer CEPT-Staaten.

**8. a.** Der Vertretertag beschließt durch Akklamation: Der nächste Vertretertag wird in Hamburg abgehalten, und zwar an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in der Woche vom 24. bis 29. April 1967. Diese Tage sind so zu bestimmen, daß möglichst für keinen Vertreter eine Kollision mit Terminen auf oder anläßlich der Hannover-Messe eintritt. Der Vertretertag bleibt wegen des kurzen zeitlichen Abstandes zur gegenwärtigen Tagung auf zwei Tage beschränkt.

**b.** Der Vertretertag beschließt durch Akklamation, den Antrag des Bezirksvereins Dortmund, der das „Verzeichnis der Höheren Postbeamten“ durch eine

Liste der Kollegen, die seit Herausgabe des letzten Verzeichnisses durch Tod, Übergang zu einer anderen Verwaltung oder aus sonstigen Gründen ausgeschieden sind, ergänzt wissen will, als Anregung an Herrn Präsidenten Dr. Orth weiterzuleiten.

**c.** Der Bezirksverein Düsseldorf beantragt, der Vorstand möge für eine Änderung des Schlüssels für die Teilnahme an der Postakademie Kleinheubach sorgen; er solle sich im wesentlichen an der Zahl der im Bereich der jeweiligen OPDn beschäftigten höheren Beamten orientieren. Darüber hinaus bittet der Bezirksverein Berlin um die gesonderte Berücksichtigung der Ingenieurschule Berlin und der Bundesdruckerei. Der Antrag Düsseldorf wird mit der Erweiterung, daß auch der Schlüssel für die Teilnahme an den Hochschulwochen in Meinberg entsprechend abgeändert werden solle, durch Akklamation angenommen.

**d.** Der Bezirksverein Frankfurt am Main beantragt, den Hauptvorstand zu beauftragen, a) beim BPM vorstellig zu werden, um die Auffassungen zu dem Gutachten der Sachverständigenkommission kennenzulernen und sicherzustellen, daß die Vereinigung der höheren Postbeamten weiterhin auf dem laufenden gehalten wird und b) die vom BPM beabsichtigten Maßnahmen auf ihre möglichen Auswirkungen für den höheren Dienst ggf. unter Einsetzung eines Ausschusses, zu untersuchen, bzw. untersuchen zu lassen.

Auf Anfrage Präsident Dr. Wiesemeyer hin finden sich die Bezirksvereine Berlin, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Kiel, Koblenz, Münster, Nürnberg und Stuttgart bereit, zu im einzelnen noch festzulegenden Punkten des Sachverständigen-Gutachtens Stellungnahmen auszuarbeiten.

Der Vertretertag nimmt durch Akklamation den Antrag Frankfurt am Main mit der Ergänzung an, daß zu b) der Hauptvorstand „unter Beteiligung der Bezirksverwaltungen“ untersuchen bzw. untersuchen lassen soll.

**e.** Zum Antrag des Bezirksvereins Hamburg, mit dem Bedenken gegen die BPMVfg III H 1 8100-0 vom 27. 8. 1965 (vorzeitige Anstellung zum Postrat) geltend gemacht werden, falls damit auch eine vorzeitige Beförderung nach A 14 verbunden sein könne, erklärt Ministerialrat Dr. Geerling, daß das Problem bekannt, aber z. Z. noch nicht aktuell sei, da noch kein durch diese Vfg vorzeitig angestellter Postrat zur Beförderung heranstehe. Für die Beförderung nach A 14 wird künftig das Erreichen der 7. oder 8. Dienstaltersstufe und nicht mehr das aDAI maßgebend sein. Oberpostrat Ruby (Freiburg) stellt den Antrag Nr. 1 der Richtlinien zur Regelung des Allgemeinen Dienstalters („Das aDAI beginnt mit der ... Anstellung ...“) solle ergänzt werden durch: „... jedoch nicht vor Ablauf der Probezeit“.

Nach längerer Diskussion, an der sich Ministerialdirektor Schneider und Ministerialrat Dr. Geerling, ferner Oberpostdirektor Dr. Keßler (Hamburg), Oberpostrat Ruby (Freiburg) und Postrat Raeth (München) beteiligen, bitten Oberpostrat Freundlieb (Bremen) und OPR Zimmermann (Darmstadt) die Bezirksvereine Hamburg und Freiburg, ihre Anträge zurückzuziehen, da die Erklärung Ministerialrats Dr. Geerling ausreichend sei. Es wird jedoch um Abstimmung über den Antrag Freiburg gebeten, da zahlreiche junge Kollegen über die erwähnte BPMVfg sehr beunruhigt seien. Der Antrag Freiburg wird daraufhin durch Handaufheben angenommen.



f. Die Bezirksvereine Münster und Nürnberg werden gebeten (Präsident Dr. Wiesemeyer, Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Pfaffe, Frankfurt am Main), ihre Anträge auf Zuweisung einheitlicher Bewertungsschlüssel für alle OPDn (Münster) und auf Bewertung der Referententätigkeit an OPDn nach A 13/14/15 (Nürnberg) zurückzustellen, um Widersprüche zur Denkschrift zu vermeiden und ihr Gesamtbild nicht zu beeinträchtigen. Die beiden Bezirksvereine (Oberpostrat Sumpelmann, Münster, und Oberpostrat Huber, Nürnberg) versichern, sie hätten mit ihren Anträgen die Denkschrift nicht kritisieren wollen; sie sei ausgezeichnet, sie hätten sie nur ergänzen wollen.

Auf die Frage nach den Aussichten der älteren Oberposträte, nach A 15 befördert zu werden (Postrat Ricke, Koblenz), erklärt Ministerialdirektor Schneider, daß hier gewisse Chancen bestünden. Er könne jedoch nicht unerwähnt lassen, daß von den älteren Oberposträten nur ein Teil überdurchschnittlich beurteilt sei und vielfach von diesen früher Versetzungen, die zu einer Beförderung hätten führen können,

abgelehnt worden seien. Ob der gegenwärtige Zwanzig-Prozent-Schlüssel angehoben werde, könne er nicht sagen, das könne er nur erhoffen. — Die Schaffung von A 13/14/15-Dienstposten lehne er ab, da die Beförderung nach A 15 eine echte Leistungsbeförderung sein solle. Es würden genügend Dienstposten eingerichtet, um alle Planstellen unterzubringen.

Die Bezirksvereine Münster und Nürnberg ziehen ihre diesbezüglichen Anträge zurück.

g. Die Bezirksvereinigung Münster nimmt ihren Antrag, durch den eine Erweiterung der „Bestimmungen über dienstliche Sprechstellen und Dienstgespräche“ erreicht werden sollte, nach kurzer Diskussion zurück.

h. Die Bezirksvereinigung Nürnberg erklärt ihren Antrag, die Ruhestandsbeamten strukturell überzuleiten, auf Grund der Ausführungen in der Denkschrift für erledigt.

9. Präsident Dr. Wiesemeyer schließt den Vertretertag und dankt den Teilnehmern des Vertretertages für ihre Beteiligung.

## Bericht über den Gründungskongreß der FEFAS-PTT in Saarbrücken

OPDir Dr. Keßler

Im Anschluß an den Vertretertag der Vereinigung der höheren Postbeamten fand am 6. und 7. 10. 1966 in Saarbrücken der Gründungskongreß der FEFAS-PTT statt. Die Tagung wurde im Auditorium Maximum der Universität durchgeführt, das mit einer Simultanübersetzungsanlage ausgerüstet ist.

Als Delegierte waren erschienen

aus Deutschland: *Pr Dr. Wiesemeyer und MinR Dr. Fickel* (stimmberechtigt),

OPDir Schilly und OPR Dipl.-Kfm. Beck (ohne Stimmrecht),

aus Frankreich: *Monsieur Coursault und Monsieur Mangin* (stimmberechtigt),

Monsieur Simon (ohne Stimmrecht),

aus Italien: *Signor Vestri und Signor Morra* (stimmberechtigt),

Signor Cariello (ohne Stimmrecht),

aus den Niederlanden: *Herr Hartevelde und Herr Perdyk* (stimmberechtigt).

Außerdem waren Beobachter von allen Bezirksvereinen der deutschen Vereinigung anwesend.

Der Kongreß wurde durch den vorläufigen Präsidenten, Monsieur Debrenne aus Paris, eröffnet. Er schilderte die Entwicklung der Fédération Européenne des Fonctionnaires Administratifs Supérieurs (FEFAS)-PTT, die bereits im Herbst 1961 mit ersten Kontakten zwischen deutschen und französischen Kollegen in Paris begonnen hätte. Er selbst habe seit 1962 auf Einladung der deutschen Vereinigung regelmäßig an deren Vertretertagen teilgenommen, um die vorbereitenden Gespräche fortzusetzen. Im Herbst 1965 habe in Paris ein vorbereitender Kongreß stattgefunden, der den vorliegenden Satzungsentwurf ausgearbeitet hätte. Er bedauerte, daß Belgien, obwohl es an den



Am Vorstandstisch des Gründungskongresses der FEFAS-PTT von links nach rechts: M. Coursault (Frankreich), M. Debrenne (Frankreich), Dr. Wiesemeyer (Deutschland), Herr Schilly (Deutschland)



Vorbereitungen teilgenommen habe, bei diesem Gründungskongreß nicht vertreten sei, weil dort bisher nur eine Vereinigung der höheren Beamten aller Verwaltungen bestände. Man sei aber bestrebt, die höheren Postbeamten in einer eigenen Vereinigung zusammenzufassen und dann der FEFAS-PTT beizutreten.

Als Vertreter des gastgebenden Landes begrüßte Herr Präsident Dr. Wiesemeyer die ausländischen Delegationen und wünschte dem Kongreß einen erfolgreichen Verlauf.

Danach wurde die Satzung der FEFAS-PTT beraten. Aus deren Bestimmungen sollen hier folgende Punkte hervorgehoben werden:

1. Die FEFAS-PTT ist eine internationale Organisation der höheren Verwaltungsbeamten des Post- und Fernmeldewesens im Bereich der CEPT mit Sitz in Paris.
2. Die FEFAS-PTT möchte durch intensive Kontaktpflege zu einer Atmosphäre beitragen, die einer harmonisierten Entwicklung der Post- und Fernmeldedienstzweige förderlich ist. Dazu beabsichtigt sie,
  - a) die wissenschaftliche und verwaltungstechnische Koordinierung der Aufgaben zu fördern, die sich aus der Modernisierung und Rationalisierung der Post- und Fernmeldedienste ergeben,
  - b) die materiellen und ideellen Interessen ihrer Mitglieder im Hinblick auf eine Verbesserung des öffentlichen Dienstes auf europäischer Ebene zu unterstützen,
  - c) den Austausch von Informationen und Beamten zu verstärken, um die Arbeiten und Erkenntnisse zu koordinieren,
  - d) freundschaftliche Bande zwischen den Beamten der verschiedenen Verwaltungen herzustellen, um sich kennenzulernen und gegenseitig unterstützen zu können.
3. Bei der FEFAS-PTT ist die korporative Mitgliedschaft der nationalen Vereinigungen der höheren Postbeamten oder die Einzelmitgliedschaft möglich, vor allem wenn keine nationale Vereinigung besteht. Als höhere Postbeamte gelten die Beamten, die von ihrer Heimatverwaltung als solche bezeichnet werden.
4. Der Kongreß als wichtigstes Organ der FEFAS-PTT tagt alle 2 Jahre. Dazu entsendet jede nationale Vereinigung 2 stimmberechtigte Delegierte und – je nach Mitgliederzahl – bis zu 3 weitere Delegierte ohne Stimmrecht. Der Kongreß wählt den Vorstand, den Generalsekretär und die Kassenprüfer, entscheidet über Zulassung und Ausschluß von nationalen Vereinigungen, ernennt Ehrenmitglieder, setzt Arbeitsausschüsse ein, usw.
5. Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten der FEFAS-PTT, dem Vizepräsidenten und 3 weiteren Mitgliedern. Der Generalsekretär ist Vorstandsmitglied ohne Stimmrecht. Dem Vorstand obliegt die allgemeine Geschäftsführung, insbes. die Durchführung der Kongreßbeschlüsse.

Die Satzung wurde einstimmig angenommen.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt:

Präsident: *M. Debrenne* (Frankreich)

Vize-Präsident: *Dr. Wiesemeyer* (Deutschland)

Generalsekretär: *M. Boulet* (Frankreich)



im  
Dienste der

## FERNMELDE-TECHNIK

### Verwaltung

21 Hamburg 90, Postfach 507  
Fernsprecher: 77 13 11  
Telegramme: EL-ME-WE-HAMBURG  
Telex: 02 14963 elmew d

Techn. Büro Frankfurt/Main  
6 Frankfurt/Main 1, Postfach 3703  
Fernsprecher: 88 35 00

Techn. Büro Köln  
5 Köln-Riehl, Postfach 164  
Fernsprecher: 76 96 86

Techn. Büro Kiel  
23 Kiel, Koldingstraße 12  
Fernsprecher: 4 20 10

### Meßgeräte-Abteilung

2 Hamburg 39, Andreasstraße 19  
Fernsprecher: 27 71 00

### Fabrikationsgebiete:

Meß- und Regelgeräte, HF- und NF-Geräte, Programmsteuerungen, Automaten

### Fernmeldegeräte-Abteilung

21 Hamburg 90, Zitadellenstraße 10  
Fernsprecher: 77 13 66

### Fertigungsprogramm:

Geräte und Apparate des Fernmeldewesens

### Montage-Abteilung

2 Hamburg 22, Humboldtstraße 7  
Fernsprecher: 23 12 51

### Tätigkeitsgebiete:

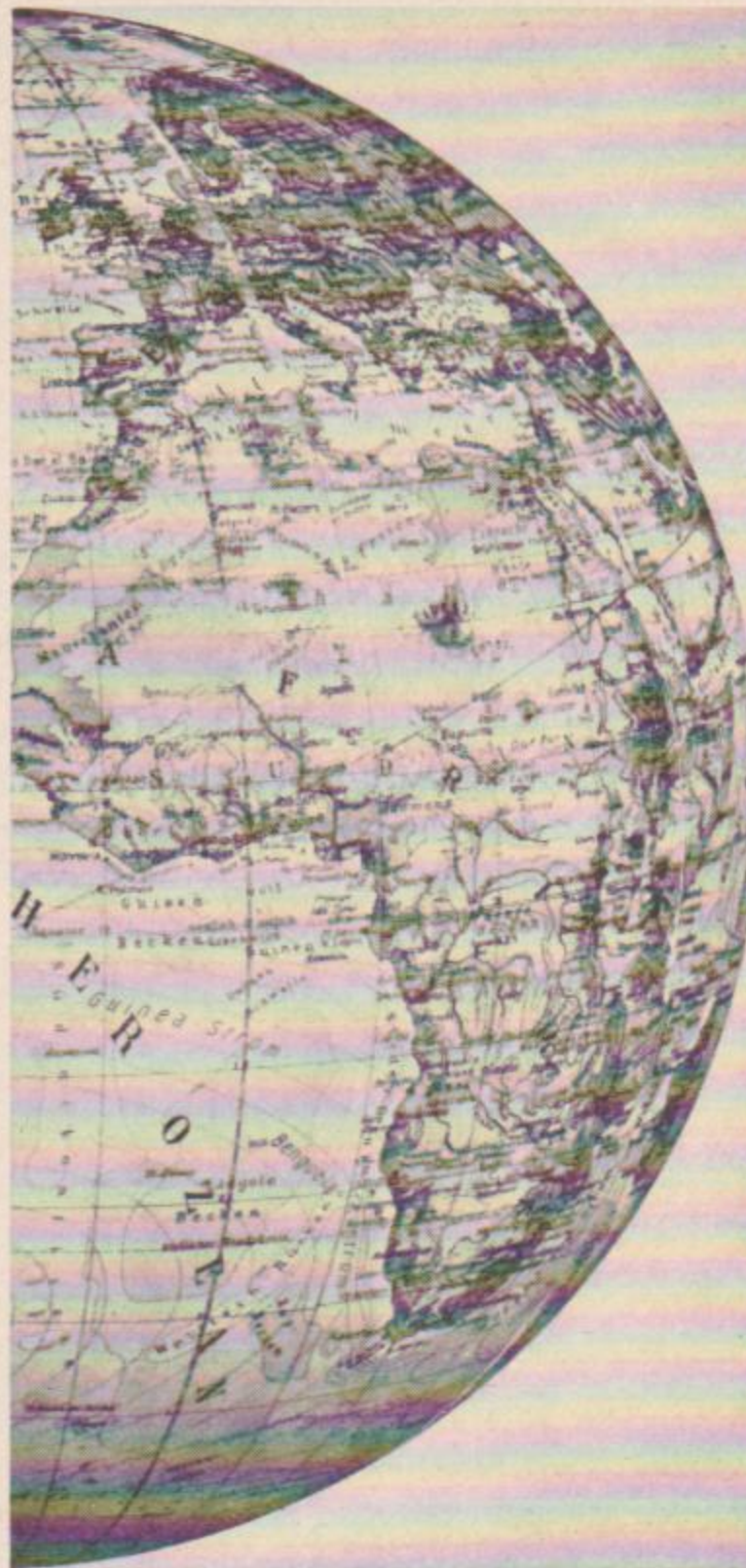
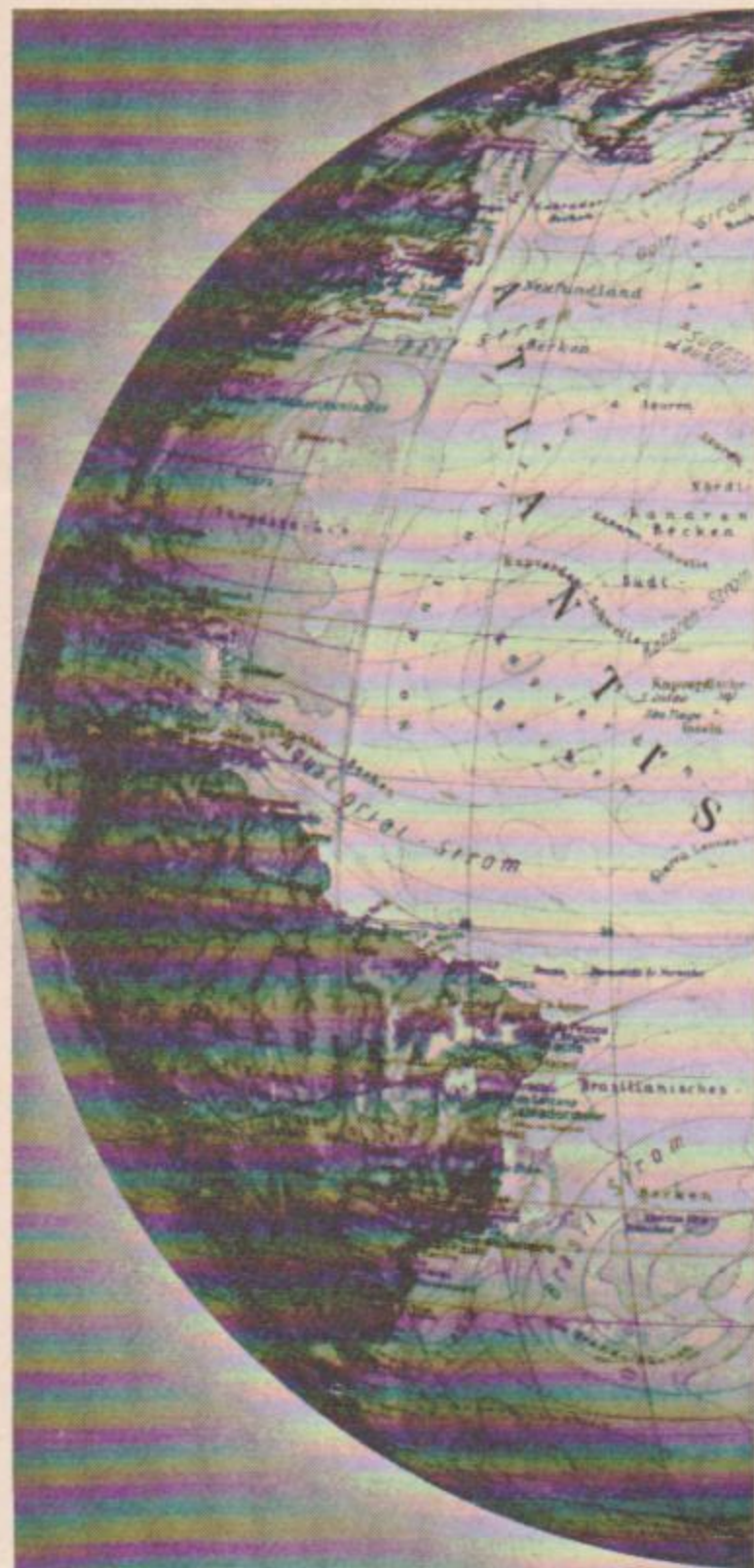
Amts- und Nebenstellen-,  
Sprechstellenbau,  
Kabelzieh- und Kabellötarbeiten  
Ausgleichsarbeiten an OVK,  
BZK und TFK  
Stark- und Schwachstrom,  
Elektro-, Uhren-, Licht- und Signal-,  
Rundfunk- und elektroakustische  
Anlagen

**EL-ME-WE**

ELEKTRO-MECHANISCHES WERK

HAMBURG





## Moderne Nachrichtentechnik: Direktkontakt zum Puls der Welt

Informationen schnell und sicher verarbeiten, Fehlerquellen zuschütten, das Wort „Störung“ vergessen können. Das Ferne zum Nahen machen, die Welt mit einem Nachrichtennetz einfangen, Tausende von Kilometern auf Schaltplatte, Fernsehschirme und Telefonmuscheln zusammenziehen. Entwicklung von Kom-

munikationssystemen, die Entfernungen so schrumpfen lassen, wie es der Fortschritt verlangt: Aufgaben unserer Zeit – SEL hilft, sie zeitgemäß zu lösen. SEL bietet alle technischen Voraussetzungen für einen rationellen Nachrichtenaustausch. Der SEL-Strahlenstern – das Zeichen eines Firmenverbandes von

Weltruf – ist das Symbol für Höchstleistungen auf den Gebieten: Fernsprechtechnik – Weitverkehr und Navigation – Kabel und Leitungen – Datentechnik, Fernschreiben und Informationstechnik – Bauelemente – Rundfunk, Fernsehen, Phono.

Standard Elektrik Lorenz AG · Stuttgart

... die ganze nachrichtentechnik





# Eröffnung des Gründungskongresses der FEFAS-PTT

Am Vorstandstisch von links nach rechts:  
M. Coursault (Frankreich), M. Debrenne (Frankreich), Dr. Wiesemeyer (Deutschland), Herr Schilly (Deutschland).

In der 1. Sitzreihe von links:

die ital. Delegation

In der 1. Sitzreihe von rechts:

die franz. Delegation

In der 2. Sitzreihe von rechts:

die holl. Delegation

In der 2. Sitzreihe von links:

die dtsch. Delegation



3 Beisitzer (1 Italiener, 1 Holländer, 1 Sitz freigehalten für Belgien)

2 Kassenprüfer (1 Italiener und 1 Holländer)

Als vorläufiger Jahresbeitrag wurden 6 französische Franken für jedes Mitglied ab 1. 1. 1967 festgesetzt. Im Anschluß daran wurde das Arbeitsprogramm beraten. Den wesentlichen Beitrag hierzu lieferte Herr Dr. Fickel. Er führte aus, daß die Organisation der FEFAS-PTT zunächst mit Leben erfüllt werden müsse. Deshalb sei vor allem ein gegenseitiges Kennenlernen der Kollegen notwendig: mieux se connaître pour mieux se comprendre. Hierzu schlug er vor:

1. Zunächst soll versucht werden, die Laufbahnen in den verschiedenen Ländern zu untersuchen und zu vergleichen.
2. Im Herbst 1967 soll unter der Leitung von OPDir Dr. Kessler eine Reise nach Griechenland stattfinden, zu der auch die ausländischen Kollegen eingeladen werden.
3. Die Zeitschriften der nationalen Vereinigungen oder besondere Artikel aus diesen Zeitschriften sollen untereinander ausgetauscht werden.

In der Diskussion ergaben sich noch folgende Punkte:

4. Die französische Vereinigung veranstaltet alle 2 Jahre Studententage, zu denen ausländische Kollegen eingeladen werden sollen.

5. Es wird geprüft werden, ob die FEFAS-PTT eine eigene Zeitschrift herausgeben soll oder ob in den Zeitschriften der nationalen Vereinigungen eine Rubrik für die FEFAS-PTT eingerichtet werden soll.

6. Möglichkeiten für einen Kinderaustausch sollen in der Zeitschrift der FEFAS-PTT oder in den nationalen Zeitschriften veröffentlicht werden.

Die Delegierten waren der Auffassung, daß dieses Programm einen guten Arbeitsbeginn für den Vorstand der FEFAS-PTT gewährleisten könne.

Im Rahmen des Kongresses wurden gesellschaftliche Veranstaltungen durchgeführt, um die FEFAS-Delegierten einander näherzubringen. Am Donnerstagnachmittag fand bei schönstem Spätsommerwetter ein Busausflug mit Damen nach dem Hotel Schloßberg in Homburg (Saar) statt. Am Freitagnachmittag wurden die Delegierten durch den Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken empfangen. Der Empfang wurde durch das Saarländische Fernsehen ausgestrahlt. Am Freitagabend fand auf Einladung des Herrn Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen im Haus Berlin ein Schlußbankett statt, auf dem Herr Staatssekretär Dr. Steinmetz die Delegierten und Bezirksvertreter mit ihren Damen begrüßte. Der Herr Staatssekretär hob in einer Ansprache, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, die Bedeu-



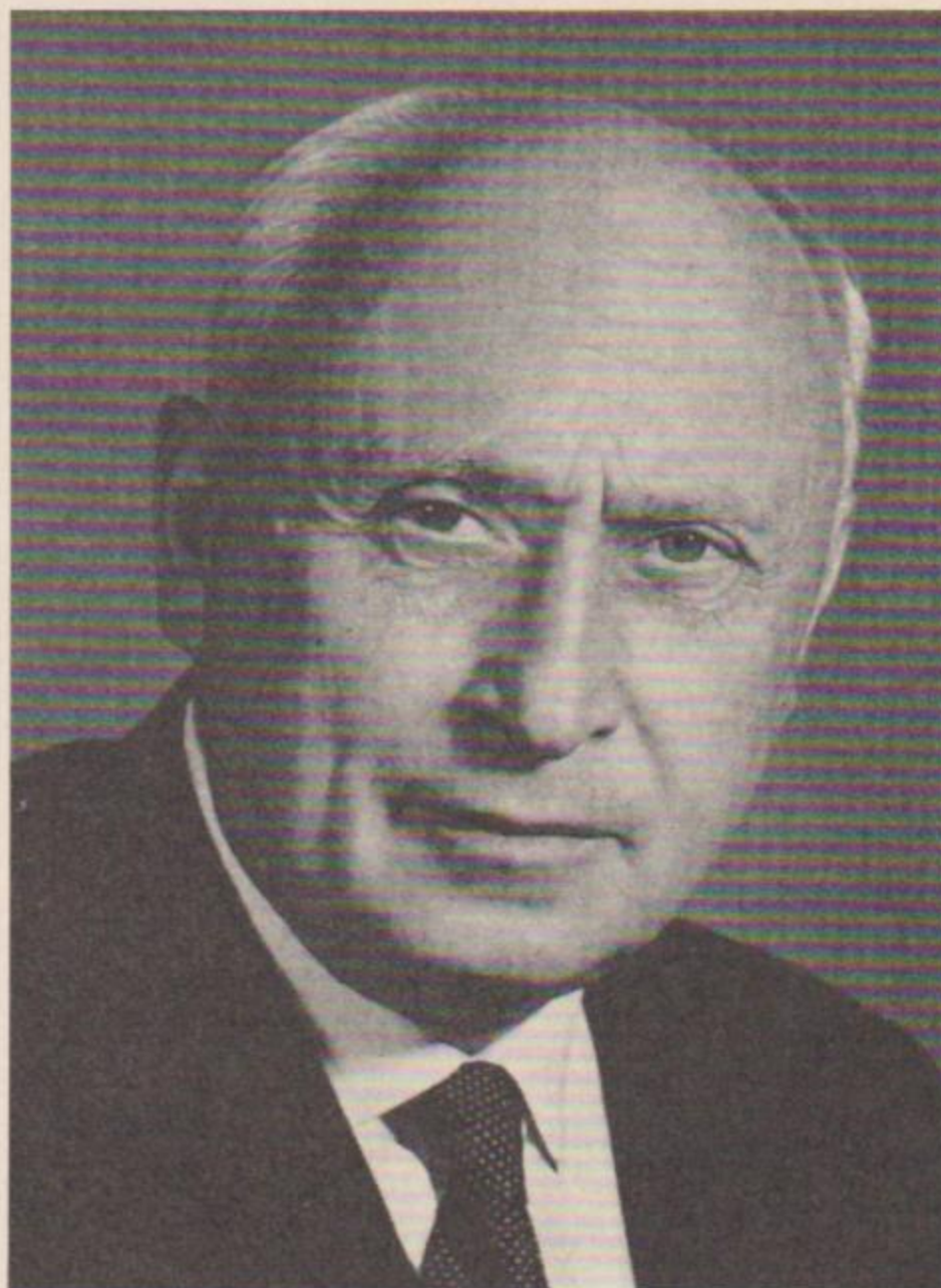
Empfang der FEFAS-PTT-Delegation im Rathaus von Saarbrücken am 7. 10. 1966  
Der Vertreter des Oberbürgermeisters bei seiner Begrüßungsansprache  
Im Hintergrund Staatssekretär Dr. Steinmetz im Kreise der ausl. Delegation



## Vizepräsident Dipl.-Ing. Harder im Ruhestand

Der Schriftleiter unseres Nachrichtenblattes, Herr Vizepräsident Dipl.-Ing. Harder, ist am 31. 10. 1966 in den Ruhestand getreten. Die Daten seines Werdeganges aufzuzählen, ist müßig; jeder kann sie leicht der Rangliste entnehmen. Überblickt man aber seine 41 Dienstjahre als Ganzes, so zeichnet sich das Bild einer besonders starken und charaktervollen Persönlichkeit ab, deren Ausstrahlungskraft weithin ihre Umgebung beeinflusste. So wurde er schon früh mit Aufgaben betraut, die viel Energie, Entschlußkraft und Gestaltungsvermögen erforderten; als Beispiele seien nur der Bau der ersten Großrundfunksender, besonders des Deutschlandsenders Herzberg, und der erste Großeinsatz des Fernsehens auf der Olympiade 1936 in Berlin genannt. Nach verschiedenen Auslandseinsätzen griff man auf seine Erfahrungen zurück, als es nach dem Kriege galt, die Funksendestelle Bonames und die Funkempfangsstelle Eschborn wieder aufzubauen. 1949 wurde ihm dann mit der Leitung des nachmaligen FA 2 Hamburg eine wichtige Aufgabe anvertraut, der Wiederauf- und Ausbau der gesamten technischen Einrichtungen und des Betriebsdienstes für den Ortsverkehr dieser größten Stadt Westdeutschlands, wo er dann später auch seine aktive Dienstzeit als Leiter der Abteilung 2 und Vizepräsident der OPD Hamburg beendete.

Herrn Harders Arbeitsweise war stets gekennzeichnet durch seine ideenreiche Initiative und ausgeprägte Verantwortungsfreude; nichts war ihm verhaßter als Pedanterie und Mangel an „Zivilcourage“, denn der Erfolg einer Maßnahme war ihm wichtiger als die Form. Daß solche Naturen gelegentlich von Vorgesetzten wie Untergebenen als unbequem empfunden werden, kann dabei nicht ganz ausbleiben. Die hohen Anforderungen, die er an seine Mitarbeiter stellte, wurden aber gern erfüllt, wußte doch jeder, daß er in kritischen Lagen sich vertrauensvoll an ihn wenden



und auf seine tatkräftige Hilfe rechnen durfte. So zählt Harder zu jenen seltenen dynamischen Persönlichkeiten, deren Wirken der Verwaltung wertvolle Impulse gegeben hat und den jüngeren Kollegen ein Vorbild sein kann. Wir wünschen ihm einen erfüllten Ruhestand und weitere erfolgreiche Zusammenarbeit in unserer Vereinigung!

F. F.

tung der Gründung der FEFAS-PTT hervor; er versicherte, daß die deutschen Kollegen mit ganzem Herzen in dieser europäischen Vereinigung mitarbeiten würden. Seine Ausführungen wurden durch den Präsidenten M. Debrenne mit herzlichen Worten er-

widert. Zugleich dankte er den deutschen Kollegen im Namen der ausländischen Delegationen für die überaus gelungene Organisation des Kongresses. Die stimmungsvolle Atmosphäre des Abends versprach eine glückhafte Zukunft der FEFAS-PTT.



Schlußbankett

Von links nach rechts: Präsident Riote, M. Debrenne, Präsident der FEFAS-PTT, Staatssekretär Dr. Steinmetz, Präsident Dr. Wiesemeyer (Vizepräsident der FEFAS-PTT)



# An Stelle einer Baedeker-Belehrung . . .

Von Oberpostdirektor Ernst Schilly

Weder eine in Mythen versponnene Götterwelt, noch die heitere Gelöstheit eines ewig blauen Himmels, nichts von dem wird Sie zu dem Ruf verleiten können: „Auch ich in Arkadien“, wenn Sie das jüngste Bundesland wieder verlassen, in dem Sie sich einige Tage aufhalten wollen. Dennoch hoffe ich, daß Sie nicht das Gefühl haben, eine gewagte Exkursion in eine Art „Saarabia deserta“ unternommen zu haben. Wenn Sie aber dennoch klassischen Trost schätzen und eine Entlastung für Ihren Entschluß benötigen sollten, dann darf ich gleich den gerne freundlichen jungen Goethe erwähnen, der anders als beispielsweise Heine, dem sich der Ruhm einer anderen Stadt zunächst in den Würsten und dann erst in der Universität verkörperte, in „Dichtung und Wahrheit“ artige Worte des Lobes für Saarbrücken und das die Stadt umgebende Land fand — „ein lichter Punkt in einem so felsig-waldigen Lande“, wie er nebst anderem schreibt. Und das, wo er doch gerade aus Straßburg, aus Sesenheim kam, das ihm gewiß mehr und Schöneres bot. Ihm blieb aber in der nassau-saarbrückischen Residenzstadt auch das Schicksal erspart, das sein Jugendgenosse Heinrich Leopold Wagner, der Stürmer und Dränger und Dichter der „Kindsmörderin“, in der der Freund seinen Fauststoff glaubte wiederzuerkennen, über sich ergehen lassen mußte in Gestalt von Attacken des regierenden Fürsten. Sie seien aber noch so beschaffen gewesen, wie Wagner mitteilt, daß man sie in Saarbrücken, wo ehrliche Menschen den größten Beschimpfungen ausgesetzt seien, noch habe ertragen können. Auch der Soldaten-Lenz, ein anderer Stürmer und Dränger, gehörte zu diesem Kreise und hielt sich in Saarbrücken auf, aus einseitiger Liebe zu Friderike Brion, die ihren Verwandten, einen Saarbrücker Regierungsrat, hier besuchte. Ich wünsche, daß Ihnen, meine Damen und Herren, Reminiszenzen, wie sie Wagner überlieferte, erspart bleiben. Vielmehr mögen Sie die Beobachtungen des Freiherrn von Knigge bestätigen können, der 1792 die Einwohner von St. Johann „immer sehr gesittet und gegen Fremde zuvorkommend und gastfey gefunden“ hat und von „teutscher Gradheit und Biederherzigkeit.“ Wagners Erlebnisse sind sicher die andere Seite des Duodez-Idylls. Schimpfen wir nicht darüber! Dieser Fürstenhof hat mit seinem Schloß, das nach eben demselben vielgereisten Herrn v. Knigge „mit zu den schönsten Fürstenwohnungen in Teutschland“ gehört, Saarbrücken schon vor langer, langer Zeit zur Landeshauptstadt werden lassen, was man in der Zeit hastiger Flurbereinigungsabsichten heute nicht übersehen sollte. Ebenso wenig sollte es Ihnen entgehen, daß der Glanz einer Barockresidenz auch die Souveräne von heute verpflichtet, das in Stein erstarrte geistige Antlitz unserer Zeit einem kostbaren Relikt echten Dixhuitièmes würdig anzupassen, ohne dabei die Diskrepanz zwischen der vornehmen Beschwingtheit eines selbstbewußten Absolutismus und der beton-

harten Unvermitteltheit moderner Behausungen zu einem physischen Unbehagen auswuchern zu lassen. Daß das heutige Ministerpräsidium sich an dem einzigartigen Ludwigsplatz niedergelassen hat, würde ich nicht unbedingt als eine kunsthistorische Kundgebung betrachten, zumal wir ja in unserem neuen Fernmeldeamt, glaube ich, den Beweis haben, wie höflich und schön moderne Architektur in der Glanzzeit einer glücklichen Haushaltslage sein kann.

Und wer die — wie sollte dieser Begriff auch fehlen in einer modernen Wortsammlung! — soziologisch unhaltbare These aufstellen möchte, ein Land der Schornsteine, Fördertürme und Hochöfen könne höchstens „Kohlenphilosophen“ heranbilden, wie Goethe das Produkt aus Köhlerbeschaulichkeit und Naturverbundenheit hierzulande nannte, und sei ansonsten nur in der Lage, Fontänen, Parks und von deutschem Mythennebel durchzogene Wälder à la Kaspar David Friedrich eben schlecht und recht zu ersetzen, wer also glaubt, ein solches Land könne sicher auch nur sehr lockere Bindungen zu Kunst und Wissenschaft und nur geringe Reserven an geistiger Potenz haben, einer solchen „Theorie der feinen Leute“ wären einige Fakten entgegenzustellen: die Gräfin Elisabeth von Nassau-Saarbrücken, eine Französin zwar, übersetzte heimatliche Ritterromane ins Deutsche und wurde so die erste deutsche Romanschriftstellerin. Diderot widmete ein Lustspiel einer sicher nicht dummen anderen Saarbrücker Fürstin; Iffland arbeitete am Saarbrücker Theater und wurde sogar Bürger der Stadt. Richard Dehmel arbeitete als Redakteur in Neunkirchen und war dort stark „impressioniert“ von der „Tyrannei“ von Majestät Stumm und von dem Einfluß des Kapitals auf die Presse, wie er sich einem Freund gegenüber ausließ. Lisbeth Dill steht unangefochten an der je nach geistiger Wetterlage hohen oder etwas gesenkten Schwelle literarischer Hoffähigkeit. In der Malerei sollte man Franz Weisgerber aus St. Ingbert nicht übersehen, der sich in der Kunstgeschichte schon einen Platz erobert hatte, bevor Theodor Heuß über ihn schrieb und sprach. Wie sich die Dinge im letzten Drittel unseres Jahrhunderts hier entwickeln werden, das wissen die Beteiligten wohl noch selbst zu ungenau.

Meine Damen und Herren, Sie werden es mir verzeihen, wenn ich mich hier so sehr bemühe, einem Vorurteil entgegenzutreten, dessen Inhalt mit dem Begriff „provinzieller Enge“ leichter in ein Schlagwort gepreßt als definiert ist. Nicht in Krähwinkel jedenfalls, aber in Saarbrücken suchen und finden Museen in ganz Deutschland und darüber hinaus kostbare Stücke des Im- und Expressionismus, die das Saarland-Museum besitzt, das Ihrer Aufmerksamkeit empfohlen sei. Und noch eines: die Saarbrücker Universität! Sie ist sicher frei von dem Verdacht, bei der Umwandlung der Kaserne eines Grenz-Infanterie-Regiments der früheren Deutschen Wehrmacht in eine moderne Universität seien Baudissinsche Gedanken der Inneren Führung oder Variationen über das Thema „Bürger in Uniform“ im umgekehrten Sinn zu erkennen. Zwar spricht aus dem Kern der Anlage, die Sie noch sehen

Vortrag, den der Verfasser am 3. Oktober 1966 in Saarbrücken vor den zu diesem Zeitpunkt bereits am Tagungsort eingetroffenen Gästen im „Hotel am Triller“ gehalten hat. Dem Vortrag ging ein Kurzfarbfilm über das Saarland voraus.



werden, auch heute noch unverkennbar die Gradlinigkeit, wie man militärische Unterkunftsprobleme zu allen Zeiten gelöst hat, doch sind die Gründer der „Alma mater saraviensis“ erhaben über den Verdacht, Kontinuität und Wandlungsfähigkeit der deutschen Armee just an der Saar demonstriert zu haben. Wenn überhaupt von einer Kontinuität gesprochen werden kann, dann ist es die der beharrlichen Weiterführung der Investitionen, worin sich alle Landesherren seit Gründung einig waren, so daß, meine Damen und Herren, Ihre Söhne und Töchter heute eine vorbildliche Hochschule mit enger Verbindung zu Frankreich, anerkannten Instituten und einem eigenen Postamt zur Verfügung haben.

Man sollte an dieser Stelle auch den Saarländischen Rundfunk nicht vergessen. Die behutsam-repräsentative Umgestaltung des Herrschaftssitzes des schon erwähnten Freiherrn von Stumm-Halberg, über den das aus Saarbrücken stammende Mitglied der Hohen Kommission in Luxemburg, Fritz Hellwig, eine umfangreiche Biographie geschrieben hat, in die Residenz eines Rundfunkintendanten ist in Kern und Arrondierung eine Glanzleistung, sowohl was die diplomatische Gewandtheit eines früheren persönlichen Referenten Konrad Adenauers anbelangt, als auch im Hinblick auf das architektonische Konzept, das zu dem Epitheton „schönstes deutsches Funkhaus“ berechtigt. Um das Chateau-Schloß, dessen äußere Industrie-Gotik im Innern modern entzerrt ist, um einem gedämpften Snob-Appeal nicht allzuweit entrückt zu sein – ich wünsche Ihnen schon heute, daß Sie sich übermorgen dort wohl fühlen mögen –, um dieses Gebäude, das im Steinkolorit an die Loire-Schlösser erinnert und sich auf einem Berg erhebt, der schon im 18. Jahrhundert „Monplaisir“ genannt wurde, gruppiert sich das Zubehör der Technik und der Verwaltung, die es mit den Dimensionen einer Oberpostdirektion auch nach deren Neugliederung durchaus aufnehmen kann. Der Saarländische Rundfunk ist eine kleine Rundfunkanstalt, über die sich nicht nur schon der Außenminister der Bundesrepublik wunderte, sondern die auch im Fernsehen bereits einen Namen hat, selbst wenn Sie Udo Jürgens, Thomas Fritsch und Hildegard Knef nicht unbedingt für prädestiniert erachten, in die „Neue Deutsche Biographie“ aufgenommen zu werden.

Wenn Sie in dem bisher Gesagten nicht nur den enragierten Versuch einer kulturellen Ehrenrettung erblicken, dann wage ich einen kurzen Exkurs über die unverrückbaren wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Die schrecklich vereinfachende Behauptung, daß sich niemand um das Schicksal eines Landstrichs gekümmert haben würde, wenn auf seinen Feldern nur Runkelrüben wüchsen, verliert den Rest an Überzeugungskraft in einer Zeit, wo Steinkohlenkrise und schlechte Verkehrslage eine deutliche Akzentverschiebung andeuten, die nicht nur hier mit dem Saar-Pfalz-Kanal – keine neue Idee geschäftstüchtiger Rückgliederungsgewinnler, nebenbei bemerkt – sondern in größerem Maßstab mit Blicken vom klassischen Revier der Ruhr nach Antwerpen hin gekennzeichnet ist. Aber das sind Folgen einer Wirtschaftsentwicklung im Welt- und europäischen Rahmen, die vor zwei Jahrhunderten nicht vorhergesehen werden konnten. Seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts nämlich sind Kohle und Eisen die Grundlage der Saar-Wirtschaft. Fürst Wilhelm-Heinrich, beeinflusst von den Wirt-

schaftsauffassungen seines Nachbarn, konnte nicht ahnen, wie seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf der Basis heimischen Erz-, Wald- und Wasserreichtums das politische Gewicht dieses Raumes einmal bestimmen würden, und zwar in Gestalt des „Bassin de la Sarre“, das im 20. Jahrhundert dem rein politisch-wirtschaftlichen Zweck einer Wiedergutmachung der in Nordfrankreich durch die Folgen des ersten Weltkrieges entstandenen Schäden dienen sollte. Grandval, der General Clay, König, Robertson und Sokolowski der Saar von 1945, bezeichnete bei seinem Abschied am 30. Juni 1955 das Saarland als ein Gebiet, dessen Bergwerke und Hütten dem deutschen Militärpotential ein für allemal entzogen werden müßten, um es nicht noch einmal zu einem der Räderwerke der deutschen Kriegsmaschinerie werden zu lassen. Die Zeiten ändern sich, Frankreich spielt heute mit dem Gedanken, die vertraglichen Abnahmeverpflichtungen für Saarkohle einer Revision zu unterziehen. Die französischen Beteiligungen an der saarländischen Hüttenindustrie, über die auch Verflechtungen mit der französischen Rüstungsindustrie zustande kommen, erschöpfen sich nicht nur in Generaldirektoren französischer Nationalität, die ihre Lehrjahre zum Teil schon in der Zeit nach 1920 an der Saar verbracht haben und die heute bei Arbeitsjubiläen Bundesverdienstkreuze verteilen. Man sieht, die Entwicklung ist über die Schwarz-Weiß-Vorstellung von 1945 weit hinweggegangen. Die Montan-Union legt das Saar-Revier ebenso an die Kette wie die anderen gleichartigen Produktionsräume. Und in Saarbrücken hören Sie in den Kaufhäusern aus den Lautsprechern Kundenberieselung in Französisch. Gehen Sie einmal an einem 11. November, wenn er nicht gerade auf einen Sonntag fällt, durch die Bahnhofstraße in Saarbrücken!

Zurück zu Eisen und Kohle! Schon in römischer Zeit gab es Eisengewinnung an der Saar. Wirtschaftliche Bedeutung kam dem Lande aber später und im Mittelalter höchstens als Kreuzungspunkt von Handelsstraßen zu: Niederlande–Italien und Frankreich–Deutschland. Die Saarbrücke aus römischer Zeit diente bis ins 13. Jahrhundert hinein diesem Verkehr und gab der Stadt ihren Namen. Der Dreißigjährige Krieg unterbrach den Betrieb der Eisenschmelzen, erst 1653 arbeitete der Neunkirchner Betrieb wieder. 1680 kam Frankreich und gründete 1685 die Dillinger Hütte. Anfang des 18. Jahrhunderts traten weitere Anlagen der Saarbrücker Fürsten hinzu, darunter auch St. Ingbert. Fürst Wilhelm-Heinrich gründete um die Mitte des Jahrhunderts die Halberger Hütte. Aber nicht nur Eisen, auch Glasbrennerei und Keramik finden wir schon um diese Zeit. Die Französische Revolution brachte, einer Spielregel bei Umstürzen gemäß, den Wechsel der Besitzer von Gruben und Hütten und damit neue Dynastien ans Ruder. Napoleon trug der Bedeutung des Gebietes Rechnung, indem er am 4. Juni 1815, kurz vor Toresschluß, das Dekret über die Gründung einer Handelskammer in Saarbrücken unterzeichnete. Die technisch-wissenschaftliche Entwicklung, die verkehrsmäßige Erschließung durch die Eisenbahnen, für deren Bau an der Saar Friedrich List sich persönlich interessierte, aber auch die Saarkanalisation in Richtung Saargemünd mit Anschluß an den Rhein-Marne-Kanal, die Umstellung auf die lothringische Minette – die hierin zum Ausdruck kommende tiefgreifende Umgestaltung, die wir mit dem bieder-soliden Namen „Gründerjahre“ zu bezeichnen pflegen, kamen an der Saar so richtig aber erst nach



dem klärenden deutsch-französischen Krieg zum Tragen. Sie hielt in ihrer stürmischen Wirkung bis zum ersten Weltkrieg an. Die profilierteste Herrschergestalt im neuen saarländischen Wirtschaftsimperium des 19. Jahrhunderts war der schon mehrfach genannte „König Stumm“, ein markanter Politiker auch in der „DRP“ seiner Zeit. Damals ist hier an der Saar ein Kapitel deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte geschrieben worden, dessen Spuren in Personen und Sachen noch in unserer Zeit zu sehen sind.

Nach dem 1. Weltkrieg wurde das politisch einem Völkerbundsregime unterstellte Land wirtschaftlich und währungsmäßig in den französischen Bereich einbezogen. Die Folge davon war, daß der natürliche Wirtschaftsraum Saar-Lothringen auseinandergerissen wurde. Die Konkurrenzentwicklung zwischen Saar und lothringischem Revier dauerte bis heute fort mit den Folgen, die uns die verkehrsmäßige Randlage und die zwischenzeitlich erfolgte Ausdehnung der weiterverarbeitenden Industrie hier an der Saar zu überwinden aufgeben. Der 2. Weltkrieg brachte zwar die lothringischen Erzfelder wieder in den Verarbeitungsbereich der saarländischen Hütten und Hermann Röchling vor ein französisches Militärtribunal, dem er nach dem anderen Weltkrieg entkommen war. Nach 1945 unterschied sich die Saar-Wirtschaft kaum von der in einem der anderen Besatzungsgebiete. Die Zäsur kam erst wieder mit dem wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich am 20. November 1947. Bis 1959 dauerte diese Wirtschaftsunion, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt auch mit französisch-saarländischen Konventionen aus anderen Lebensbereichen eines Landes untermauert war. Die Union brachte sicher Einzelvorteile, sie wogen aber die wirtschaftlichen Nachteile nicht auf, die vor allem in der unterbliebenen Modernisierung der saarländischen Industrie gesehen werden müssen. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl verbesserte die Lage, die dann später eine grundlegende Änderung im deutsch-französischen Saarvertrag erfuhr, der nach dem Referendum zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich in Luxemburg abgeschlossen wurde. In diesem Vertrag wird nach Frankreich hin der Vergangenheit Rechnung getragen mit einem zollfreien Warenaustausch und der Verpachtung von saarländischen Kohlenfeldern. Nach Deutschland hin wurde das Tor geöffnet, durch das sehr bald nach Schließung einer Art wirtschaftlichen Naturschutzparks an der Saar der rauhe Wind der Konkurrenz zu wehen begann.

Rückgliederungen im Ausstrahlungsfeld eines Wirtschaftswunderlandes sind nicht nur politisch indifferente Akte. Sie lösen seltsame Begleiterscheinungen aus. Bei der wirtschaftlichen Rückgliederung am 5. Juli 1959 boten geschäftige und geschäftstüchtige Nachbarn den Saarbrückern auf der Bahnhofstraße, der Hauptgeschäftsstraße, die die Damen auf einem Einkaufsbummel sicher noch näher inspizieren werden, aus Autos heraus Schuhe zum Kauf an und waren überrascht, uns in „Bally“-Schuhzeug zu sehen. Ebenso erstaunt waren die als Markteroberer auftretenden Bauchladenbesitzer, die uns Kämme und Rasierklingen anboten in der sicheren Annahme, hierzulande allein sei der Morgenthau-Plan zur Durchführung gekommen. Wir mußten uns, wie man sieht, erst wieder frisch gekämmt und rasiert als zivilisierte Heimkehrer legitimieren. Auch das ist ein Stück saarländischer Geschichte! Ich hoffe, die Legitimation ist uns gelun-

**Termin für Bausparer  
und Interessenten:**

**31**  
DEZEMBER

## Nicht verwirren lassen!

Die Diskussion um die Bausparförderung hat bei Bausparern und Interessenten zu Unklarheit, Unsicherheit und Mißverständnissen geführt. Deshalb stellen wir fest:

Für Bausparbeiträge, die Sie bis zum 31. Dezember 1966 einzahlen, stehen Ihnen nach den bisher geltenden Bestimmungen Wohnungsbauprämien oder Steuervergünstigungen zu, wenn Sie bis zum Jahresschluß einen Bausparvertrag abgeschlossen haben.

Auch der am 6. 10. 1966 veröffentlichte Regierungsentwurf für ein Steueränderungsgesetz, der Bestimmungen für die Zeit nach dem 31. 12. 1966 enthält, sieht aus gesellschaftspolitischen Gründen vor, daß Bausparer weiterhin Wohnungsbauprämien oder Steuervergünstigungen erhalten.

Wir empfehlen Ihnen, Ihren Bausparvertrag möglichst bald, spätestens bis zum 31. 12. 1966, abzuschließen und Ihre Sparbeiträge bis zu diesem Zeitpunkt einzuzahlen.

Schreiben Sie uns rechtzeitig oder rufen Sie uns an! Unsere Beratungsstellenleiter und Vertrauensleute besuchen Sie, wenn Sie das wünschen, und stehen Ihnen auch in ihren Büros zur Verfügung.



## Beamtenheimstättenwerk

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH  
325 Hameln/Weser · Kastanienwall · Fernsprecher (051 51) 8 61



gen und auch die Bewältigung der Zeit zwischen 1945 und 1959 als das Geschehen, in das uns der Zusammenbruch gestellt hat.

Die zwischenzeitlich eingetretenen großen Veränderungen in Wirtschaft und Politik im EWG-Raum beginnen sich auch auf den Ein- und Ausfuhrmechanismus des Saarvertrages auszuwirken, der auf dem Grundsatz des „do ut des“ gegründet ist. Der deutliche Ausdruck der Sorgen der trotz allem immer noch eine feste Verankerung nach den Wirrnissen der letzten 150 Jahre suchenden Saar-Wirtschaft sind die Dis-

kussionen um den nach dem traditionellen Markt im Südwesten weisenden bereits erwähnten Saar-Pfalz-Kanal. Wie die Lösung hier auch aussehen mag, der Bund befaßt sich auch heute noch nüchtern und gezielt mit der Konsolidierung einer Rückgliederung, die über das unverhüllte Pathos eines nachträglich und gerade von Frankreich sanktionierten geläuterten Nationalismus hinaus im allgemeinen nur wirtschaftliche Probleme aufgeworfen hat. Die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland bei ihrer Lösung ist außerordentlich; das gilt auch für die Aufgaben der Deutschen Bundespost an der Saar.

## Technisierung des Briefverteildienstes und Betriebsorganisation

Eine kurze Erwiderung von Oberpostdirektor Dr. W. Florian, Bonn

In seinem Aufsatz „Folgen der Technisierung des Briefverteildienstes für die Betriebsorganisation“ (Nachrichtenblatt Heft 4/1966, S. 112) macht Keßler Vorschläge für den wirtschaftlichen Einsatz der Briefverteilmaschinen. Ihre Verwirklichung setzt eine grundsätzliche Umgestaltung der Sendungsarten des Briefdienstes voraus. Danach soll es künftig Schnellbriefe, Normalbriefe, Massensendungen und Werbesendungen geben, die bei der betrieblichen Behandlung unterschiedliche Prioritäten genießen.

Solche Vorstellungen sind nicht neu. Sie wurden bereits bei den Vorarbeiten zur neuen Postordnung sorgfältig geprüft und mit Vertretern der Wirtschaft erörtert. Aus einer Reihe benutzungsrechtlicher, gebührenpolitischer und betrieblicher Gründe war es nicht möglich, sie zu verwirklichen. Unter gleichen Gesichtspunkten ergeben sich folgende Bedenken gegen Keßlers Vorschläge:

1. Es sind keine *benutzungsrechtlichen* Vorteile zu erkennen. Die Zahl der Briefsendungsarten wird kaum gemindert, denn neben den genannten 4 neuen Sendungsarten müßten wegen der besonderen Versenderinteressen bestehen bleiben: die Büchersendung, die Blindensendung, die Wurf-sendung und voraussichtlich auch die Warensendung. Zu den insoweit also weiterhin notwendigen Inhaltskriterien kämen zusätzlich Prioritätskriterien. Neben anderen Fragen bleibt offen die Behandlung von Postkarten und von „nicht-maschinenfähigen“ Sendungen beim Schnellbrief und Normalbrief.
2. Die Verwirklichung der Vorschläge brächte schwerwiegende *gebührenpolitische Probleme*, wenn man davon ausgeht, daß im Briefdienst insgesamt keine Einnahmeverluste hingenommen werden dürfen. Die Schätzung, daß 30 v. H. der vollbezahlten Briefpost als „Schnellbriefe“ eingeliefert werden, erscheint zu hoch. Es muß nach bisherigen Schätzungen angenommen werden, daß dieser Satz nicht wesentlich über 10 v. H. läge. Folgt man nun Keßler im letzten Satz seiner Ausführungen,

wonach der Normalbrief zur jetzigen Briefdrucksachengebühr und der Schnellbrief möglichst zur jetzigen Briefgebühr zu befördern wäre, so ergäben sich — bei 10 v. H. Schnellbriefen — jährliche Einnahmeausfälle von etwa 260 Mio DM. Um diese zu vermeiden, müßte der Schnellbrief wesentlich teurer sein als der heutige Brief und der Normalbrief teurer als die heutige Briefdrucksache. Für die gebührenbegünstigten Sendungsarten, vor allem für die Drucksache, ergäbe sich damit eine sehr kräftige Gebührenerhöhung.

3. Die *Versender* werden sich nach den bisherigen Erfahrungen nur dann mit einer so grundlegenden Umstellung im Briefdienst einverstanden erklären, wenn für die DBP ein augenfälliger und beeindruckender großer wirtschaftlicher Nutzen nachzuweisen wäre. Gerade dies folgt aber nicht aus Keßlers Ausführungen. Das wiegt umso schwerer, als die Auswirkungen der von Keßler aufgeführten „betrieblichen Vorteile“ gar nicht abzusehen sind. Im Hinblick z. B. auf die Unklarheit über den zu erwartenden Anteil an Schnellbriefen, die Notwendigkeit, einen eigenen Beförderungsapparat für Schnellbriefe aufzubauen, die Schwierigkeiten, die aus den wesentlichen Laufzeitverschlechterungen für Normalbriefe — gegenüber dem heutigen Stand — erwachsen, sind die betrieblichen Folgen des vorgeschlagenen Verfahrens kaum abzusehen.

Gleichwohl befassen sich BPM und PTZ ständig mit dem hier angeschnittenen Fragenkreis. Dabei muß beachtet werden, daß über die weitere Entwicklung der Briefverteilmaschinen noch nichts Endgültiges gesagt werden kann. Insbesondere bleibt abzuwarten, wie sich die automatische Briefverteilung in den bisherigen Betriebsablauf einpassen wird. Im Verlauf dieser Entwicklung können sich Möglichkeiten für Neuerungen eröffnen, die den Interessen von Post und Versendern gleichermaßen entgegenkommen. Es sollte aber der Eindruck vermieden werden, daß solche Ziele mit einer benutzungsrechtlichen „Patentlösung“ leicht zu erreichen wären.



# Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes (2. Vorschaltgesetz)

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident!

Der Deutsche Bundestag wird sich in Kürze mit dem Entwurf eines „Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes“ zu befassen haben. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes, zu der sich die Beamten der akademischen Laufbahnen, die Richter und die Hochschullehrer unter dem Drange der Verhältnisse zusammengeschlossen haben, gestattet sich, dem Deutschen Bundestag zu diesem Gesetzesvorhaben die Grundlagen, die allen Angehörigen des höheren Dienstes gemeinsam sind, zu unterbreiten, ohne daß damit weitergehende spezielle Wünsche, die durch die Besonderheiten einzelner Berufsgruppen begründet sind, ausgeschlossen sein sollen.

Wir erkennen in dem vorliegenden Gesetzentwurf mit Genugtuung die deutlichen Bemühungen der Bundesregierung, damit zu beginnen, daß der höhere Dienst aus einer jahrzehntelangen Besoldungszurücksetzung herausgeführt wird. Der Gesetzentwurf enthält unverkennbar erfreuliche Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung nunmehr ihre groß angelegten Bemühungen auf dem Gebiet der Bildungspolitik und der Nachwuchsförderung auch mit ihrer Besoldungspolitik in eine gewisse Übereinstimmung zu bringen trachtet. Ihr muß verständlicherweise an der Beseitigung des krassen Mißverhältnisses gelegen sein, das zwischen der berechtigten Forderung der Hochschulausbildung für immer weitere Kreise junger Menschen einerseits und der Abwendung vom Leistungsgedanken auf dem Gebiet der Besoldung durch einen stetigen Nivellierungsprozeß andererseits besteht. Der höhere Dienst begrüßt besonders den Wegfall mancher kleinlicher und engherziger Regelungen sowie die grundsätzliche Öffnung der Besoldungsordnung B für eine Reihe von Spitzenämtern der Besoldungsordnung A.

Der Entwurf enthält aber eine Reihe von kaum faßlichen und kaum zumutbaren Regelungen, die den gesamten höheren Dienst empfindlich treffen und um deren Ausmerzung wir hiermit den Bundestag dringend bitten. Im einzelnen möchten wir vorbringen:

1. Durch § 1 Nr. 1 des Gesetzentwurfs soll mit der Neuschaffung des § 5 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes der Katalog der Grundamtsbezeichnungen erweitert werden. Für diese Maßnahme ist kein einleuchtender Grund zu erkennen. Es besteht kein Anlaß, vor Durchführung einer endgültigen Besoldungsreform den Katalog der Grundamtsbezeichnungen zu erweitern und damit auch für Gruppen, in denen es überhaupt keine oder nur verschwindend wenig Bundesbeamte gibt, wie z. B. im höheren Lehramt, Bindungswirkungen zu schaffen, die durch ihr Präjudiz eine gerechte Besoldungsreform für den höheren Dienst erschweren.

*Wir bitten daher, aus dem Entwurfsvorschlag (§ 1 Nr. 1) zu § 5 Abs. 3 BBesG die neu aufgenommenen, bisher in § 53 BBesG nicht enthaltenen Grundamtsbezeichnungen zu streichen.*

2. Der Entwurf (§ 1 Nr. 1) ermöglicht durch die Fassung des § 5 Abs. 4 des Bundesbesoldungsgesetzes, daß Stellenzulagen zu den Spitzenämtern der Laufbahngruppen des einfachen, des mittleren und des gehobenen Dienstes, nicht aber zu der Besoldungsgruppe A 16 des höheren Dienstes ausgebracht werden. Es ist kein Grund dafür zu sehen, dem höheren Dienst Stellenzulagen in A 16 vorzuenthalten, und damit das für die anderen Laufbahngruppen geltende Verzahnungsprinzip beim höheren Dienst zu durchbrechen. Dem Einwand, dem höheren Dienst stehe die Besoldungsordnung B gleichsam als natürliche Fortsetzung der Besoldungsordnung A zur Verfügung, ist entgegenzuhalten, daß für die anderen Laufbahngruppen das Rechtsinstitut des Aufstiegs gegeben ist und daß der Aufstieg regelmäßig leichter zu erreichen ist als eine B-Stelle.

*Es erscheint uns daher schon aus Gründen der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung angebracht, auch zugunsten des höheren Dienstes grundsätzlich die Möglichkeit zu schaffen, daß für herausgehobene Dienstposten, z. B. für Vorsteher großer Ämter und Behörden, Stellenzulagen in A 16 ausgebracht werden.*

3. Als eine harte Zurücksetzung muß der höhere Dienst die in § 1 Nr. 1 des Entwurfs vorgesehene Fassung des § 5 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes empfinden, wonach der Anteil der Ämter der Besoldungsgruppen A 15 und A 16 zusammen nicht mehr als 20 % aller Ämter der Laufbahngruppe „höherer Dienst“ betragen darf, mithin wesentlich niedriger liegen soll als die entsprechenden Limite der anderen Laufbahngruppen. Eine derartige Maßnahme würde vielfach in Widerspruch stehen zu der tatsächlichen Gestaltung der Stellenkegel sowohl in den Bundesverwaltungen, wo z. B. bei der Bundesbahn — jedenfalls bis zum Jahre 1964 — der Stellenkegel für den gehobenen und den höheren Dienst gleich waren, als auch in den Ländern, wo in der Regel die A 12- und A 16-Stellen nicht geschlüsselt waren und sind. Der Hinweis auf das Vorhandensein der Besoldungsordnung B für den höheren Dienst muß auch hier wiederum damit beantwortet werden, daß den anderen Laufbahngruppen die zum Teil außerordentlich weitreichende Möglichkeit des Aufstiegs zur Verfügung steht. Bei der Bundesbahn sind zur Zeit rd. 16 % der Planstellen des höheren nichttechnischen und rd. 5 % der Planstellen des höheren technischen Dienstes von Aufstiegsbeamten besetzt. Wenn dem höheren Dienst schon die Verzahnungsstellen vorenthalten werden (vgl. oben Nr. 2), gibt es u. E. keinerlei plausibles Argument, ihn bei dem Stellenschlüssel von der allgemeinen Entwicklung auszuschließen.

*Wir halten es deshalb für unerläßlich, den Stellenschlüssel für den höheren Dienst in Übereinstimmung mit den Stellenschlüsseln für die anderen Laufbahngruppen, insbesondere mit dem des gehobenen Dienstes, zu bringen.*

Wir glauben, der Bund müßte auch eine Gewißheit dafür bieten, daß die zugelassenen Stellenschlüssel



erfüllt werden und erfüllt werden können. Hierzu ist notwendig,

*daß auch im Bundesgebiet die erste Beförderung nach Verbesserung des Stellenschlüssels im Wege einer Regelbeförderung nach gleicher Dienstzeit und im gleichen Lebensalter erreicht wird wie im Landesdienst.*

Ferner darf nicht vergessen werden, daß die Einführung eines Stellenschlüssels, der auch die Besoldungsgruppe A 16 umfaßt, solange ohne Wirkung bleibt, als nicht in allen Laufbahnen des höheren Dienstes überhaupt entsprechende Ämter ausgebracht sind. Wenn der Eindruck vermieden werden soll, hier handle es sich nur um unverbindliche, gleichsam platonische Programmsätze,

*müßte die Einführung eines derartigen Stellenschlüssels von der Neuschaffung entsprechender Aufrückungsämter der Besoldungsgruppe A 16 begleitet sein.*

4. Als echten Fortschritt empfindet der höhere Dienst die Vorverlegung des Besoldungsdienstalters (BDA) um zwei Jahre (Neufassung des § 6 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes durch § 1 Nr. 2 des Entwurfs). Man möchte dasselbe auch von dem Verschwinden der BDA-Kürzung um vier Jahre bei der Beförderung in ein A 15-Amt sagen können (Streichung des § 6 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes), aber leider nimmt hier die Regierungsvorlage mit der Linken, was sie mit der Rechten zu geben vorgibt, indem sie durch *Neuschnitt der Besoldungstabelle* in A 15 und 16 je 2 zusätzliche Dienstaltersstufen vorschaltet. Der Beförderungsgewinn, der durch den Wegfall der bisherigen anstößigen BDA-Kürzung entsteht, wird dadurch wie mit Zauberhand wieder um die Hälfte halbiert. Das ist genau wie in Echternach! Die Beförderung in ein A 15-Amt ist heute die erste echte Beförderung im höheren Dienst, sie muß deshalb auch mit einer sichtbaren und fühlbaren Gehaltsverbesserung verbunden sein.

Die weiter im Regierungsentwurf durch *Neuschnitt* der Besoldungstabelle bewirkte Vorschaltung von je einer Dienstaltersstufe bei den Besoldungsgruppen A 13 und A 14 trifft ausschließlich die jungen Beamten des höheren Dienstes, die Dienstanfänger. Sie paralyisiert geradezu die so dankenswerten, immer deutlicher hervortretenden Bemühungen der öffentlichen Dienstherren zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses. Wir können nicht glauben, daß der Bundestag eine solche zwiespältige Besoldungspolitik gutheißt.

Die hier gerügten Mängel der Regierungsvorlage beeinträchtigen im übrigen in gleicher Weise auch den gehobenen Dienst.

*Wir bitten daher in der Besoldungstabelle keine zusätzlichen Dienstaltersstufen vorzuschalten und den Wegfall der vierjährigen BDA-Kürzung beim Übertritt nach A 15 — ebenso wie nach A 11 — sich voll auswirken zu lassen.*

Zusammenfassend bitten wir für den gesamten höheren Dienst den Deutschen Bundestag, in die ihm zur Beratung vorliegende Besoldungsnovelle *keine Elemente der Einkommens- und Ausbildungsnivellierung* einfließen zu lassen, sondern den Gedanken der Leistungsgerechtigkeit auch in der öffentlichen Besoldung und damit das Leistungsprinzip selbst in konsequenter Fortsetzung der im Regierungsentwurf so erfreulich sichtbar gewordenen Tendenz zu bekräftigen. Hier erscheint uns der Hinweis wichtig, daß

der höhere Dienst von manchen sozialen Vergünstigungen (z. B. Honnefer Modell, sozialer Wohnungsbau) praktisch ausgeschlossen ist und daß schon allein die Steuerprogression das vertikale Spannungsverhältnis des § 54 des Bundesbesoldungsgesetzes (Endgehalt der Eingangsgruppe des einfachen Dienstes und Endgehalt der Eingangsgruppe des höheren Dienstes wie 100 : 330) zuungunsten des höheren Dienstes stark verfälscht. Der Herr Bundesminister des Innern Paul Lücke hat sich vor einer Delegation des höheren Dienstes am 3. Februar dieses Jahres unmißverständlich gegen eine weitere Besoldungsnivellierung ausgesprochen. Der Herr Bundestagsabgeordnete Gscheidle hat am 23. Februar dieses Jahres im Bundestag betont, man dürfe den höheren Dienst, der ohnedies durch die Entwicklung nivellierender Tendenzen teilweise gelitten habe, nicht auf der Strecke lassen.

Unsere oben vorgetragenen Bitten und Erwartungen halten sich in angemessenen Grenzen. Wir wissen sehr wohl um die Beschränkung des finanziellen Dispositionsraumes, die dem Bundestag durch die großen derzeitigen Haushaltsschwierigkeiten auferlegt ist. Wir möchten aber in Erinnerung rufen, daß der *Anteil der Gehälter des höheren Dienstes im Verhältnis zur Gesamtbesoldungsmasse* wenn nicht gerade eine *quantité négligeable*, so doch von geringem Gewicht ist. Der höhere Dienst kann nicht annehmen, daß die Honorierung, die ihm für seine täglich zu erbringende hochwertige Berufsleistung und fachliche Verantwortung gebührt, auf die Dauer in einem eklatanten Mißverhältnis zu den Berufseinkünften der vergleichbaren Berufssparten außerhalb des öffentlichen Dienstes, der Staatsbediensteten in anderen Ländern des westlichen europäischen Kulturkreises, der EWG-Beamten und der kommunalen Wahlbeamten gehalten werden soll. Zur gänzlichen Beseitigung dieses Mißverhältnisses ist jetzt naturgemäß noch nicht die Zeit und Gelegenheit. Die vorgebrachten Bitten würden den höheren Dienst aber jedenfalls davor bewahren, weitere Nivellierungsschläge einstecken zu müssen und in der sozialen Einstufung weiter zu sinken.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, diese Eingabe dem Deutschen Bundestag bekanntgeben zu wollen.

520 Exemplare für die Mitglieder des Bundestages fügen wir bei.

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung

Für die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes:

gez. K Ö H L E R  
Ministerialdirigent, Bonn

gez. E B N E R  
Oberstudiendirektor, München

gez. Dr. H A R T M A N N  
Ministerialrat, München

gez. Dr. P H I L I P P  
Oberlandesgerichtsrat, Bonn



# Die Besoldungssituation für den höheren Dienst Ende September 1966

Oberpostdirektor Dr. Besold, München (Referat auf dem Vertretertag in Saarbrücken gehalten)

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einige Bemerkungen zur Denkschrift:

Unsere Denkschrift wird Sie, so hoffe ich, inzwischen nicht nur erreicht, sondern Ihnen auch zur Lektüre zur Verfügung gestanden haben. Inhaltlich hatte ich sie Ende März abgeschlossen. Am 31. März und am 4. April wurden die Bezirksvereine am Sitz von Landesregierungen mit Bezirksregierungen um Ergänzung von Unterlagen gebeten. Am 9. Mai ging der Entwurf der Denkschrift den BzV mit der Bitte um Stellungnahme zu. Die Stellungnahme der BzV habe ich zusammengestellt und am 8. Juni den Mitgliedern des Hauptvorstandes übersandt. Am 15. Juni und 4. Juli hat der Hauptvorstand Form und Inhalt der Denkschrift festgelegt. Kollegin Leithäuser vermittelte den Druck in Berlin. Der ursprüngliche Erscheinungstermin von Mitte August verschob sich auf Mitte September.

Ich habe die Entwicklung kurz skizziert, weil Sie zweifellos auf das Erscheinen gewartet haben. Auch mir ging es so, zumal sich seit dem Abschluß des Entwurfs bis zum Erscheinen der Denkschrift manches im beamten-politischen Raum getan hat. Viele unserer Gedanken wurden inzwischen auch von anderen Institutionen gebracht. Mancher Gedanke ist bereits im Entwurf des zweiten Vorschaltgesetzes enthalten. Die Deutsche Postgewerkschaft hat inzwischen — ich darf sagen „erfreulicherweise“ — weitere, über unsere Forderungen in der Denkschrift hinausgehende Forderungen gestellt. Einzelheiten darüber brachte die „Deutsche Post“ im Augustheft (Nr. 16) in dem Artikel „Initiative für den höheren Dienst“. Die Seite zuvor (nämlich auf Seite 415) ist ein Artikel des Herrn Kurt Gscheidle, M. d. B., 2. Vorsitzender der DPG, abgedruckt, der verschiedene für unsere Vereinigung wenig freundliche Bemerkungen enthält. Er befaßt sich mit der Unruhe im höheren Dienst über die Beamten- und Besoldungspolitik des Bundes bzw. der DBP. Dabei können, so sagt er, Eigenbrötelei und Vereinsmeierei nicht helfen. Weiter bringt er: Wer hier helfen will, muß den berechtigten Unmut nicht nur allgemein gültig in Denkschriften fassen und Lösungen vorschlagen, sondern die richtige Transmission zu den entscheidenden politischen Kräften haben. An anderer Stelle: Die DPG hat nicht erst jetzt die Vertretung des höheren Dienstes übernommen. ... Die seit Jahren in den Fachausschüssen des höheren Dienstes tätigen Kolleginnen und Kollegen aller Fachrichtungen registrieren dankbar die Hilfe, die z. Z. aus allen Bezirken spürbar wird.

Wodurch, womit wir diesen Unwillen erregt haben, weiß ich nicht; ich selbst bin sehr erstaunt. Ich will mich hier dazu nicht sachlich äußern, sondern nur auf das Vorhandensein dieser Meinung hinweisen.

Ich darf an dieser Stelle nochmals allen den Kolleginnen und Kollegen danken, die geholfen haben unsere Denkschrift und ihre Anlagen zu erstellen. Ich weiß, es war keine leichte Arbeit und aus den Über-

sichten ist nicht zu ersehen, welche Zeit und Mühe sie gekostet haben.

Die Denkschrift skizziert kurz die Entwicklung der Besoldungssituation, die ich bereits im November 1965 auf dem außerordentlichen Vertretertag in Bonn und schon zuvor im Oktober 1965 in einem Artikel im 1. Heft unseres Nachrichtenblattes zu skizzieren versucht habe.

Die Bundesregierung hatte am 10. Juni 1965 den Entwurf eines 4. Gesetzes zur Änderung beamten- und besoldungsrechtlicher Vorschriften beim Bundestag eingebracht. In den Beratungen des Ausschusses für Inneres war die Initiative der Bundesregierung zur Schaffung neuer besoldungsrechtlicher Grundlagen in Richtung auf eine Verbesserung der Beförderungsverhältnisse der Bundesbeamten und für eine Harmonisierung mit den Ländern grundsätzlich begrüßt worden. Wegen des Schlusses der vorigen Legislaturperiode konnten diese Regierungsvorschläge jedoch nicht mehr abschließend beraten werden. Zum Gesetz erhoben wurden die vorgeschlagenen Änderungen beim Ortszuschlag und Kinderzuschlag (4. BBes-ÄndGes vom 31. 8. 65). Zugleich verabschiedete der Bundestag auf Vorschlag des Innen-Ausschusses eine Entschliebung, wonach die Bundesregierung ersucht wurde, „alsbald nach dem Zusammentritt des neuen Bundestages einen Gesetzentwurf zur Beamtenbesoldung vorzulegen; dabei ist die Technikerbesoldung einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Eine Anpassung der Beamtengehälter an die allgemeine Entwicklung unter Berücksichtigung des in den letzten Jahren entstandenen Besoldungsrückstandes ist vorzusehen“.

Am 23. Dezember 1965 ist zur Anpassung, besser zur Annäherung der Besoldung an die allgemeine Entwicklung das 5. Besoldungserhöhungsgesetz erlassen worden, wodurch die Grundgehälter am 1. Januar 1966 und am 1. Oktober dieses Jahres um je 4 % erhöht worden sind. 4 v.H. sollten den nachzuholenden Abstand gegenüber den Bezügen außerhalb des Staatsdienstes verringern, 4 v.H. sollten die Teilnahme am Produktionszuwachs dieses Jahres sein.

**- Druckluftüberwachungsanlagen**  
für Fernmeldekabel in stationärer,  
fahr- und tragbarer Ausführung

**Gießharzstopfmassen**  
zum Abdichten von Kabeln

**sämtliche Geräte**  
für das Prüfen von druckluftüberwachten  
Kabeln und die Fehlerortung von Mantelfehlern

Außerdem liefern wir sämtliche  
Kabelverlegemaschinen und Geräte

**Maschinenbau-Hafenhütte PETER LANCIER KG**  
44 Münster/Westfalen Ruf 0251/60303



Bestehen geblieben sind die Strukturunterschiede in der Besoldung zwischen Bund und Länder, die ein erhebliches Besoldungsgefälle zur Folge haben. Die Wiederherstellung einer einheitlichen Besoldungsstruktur bei Bund und Ländern wird von allen Seiten als vordringliche Aufgabe anerkannt. In dem Gutachten der Kommission für die Finanzreform wird die Bedeutung dieser Frage besonders herausgestellt und eine Verfassungsänderung als erforderlich angesehen. Die Bundesregierung hat ihre früheren Vorschläge überprüft und einen (neuen) Entwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des BBesG (= 2. Vorschaltgesetz – vorgeschaltet, um die Situation des Bundes jener der Länder anzunähern –) gefertigt. Die Vorschläge des Entwurfs sollen das Ziel der Besoldungsneuregelung noch deutlicher erkennbar machen und eine Besoldungsvereinheitlichung vorbereiten.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 15. Juli zugestimmt der Änderung des Art. 75 GG und im wesentlichen dem Entwurf des 3. Gesetzes zur Änderung des BBesG. Er wünscht einige Änderungen bezüglich der Richterbesoldung.

Einzelnes zu dem Entwurf des 2. Vorschaltgesetzes (– siehe die amtliche Begründung –):

Die Vorschriften über das System der Besoldungsordnungen mit rahmenrechtlicher Wirkung wird zur Wiederherstellung einer zwischen dem Bund und den Ländern übereinstimmenden Besoldungsstruktur für unerlässlich gehalten. Sie sind im bisherigen BBesG nicht enthalten. Nach dem Entwurf richtet sich die Zuordnung der Ämter zu den BesGr der BesO A und B nach dem Amtsinhalt.

Neu ist ferner im BBesG die Bestimmung, daß die Ämter in vier Laufbahngruppen eingeteilt werden und daß die Eingangsämter sind A 1, A 5, A 9 und A 13. Es wird ausgeführt, daß dem Aufbau der BesO für aufsteigende Gehälter eine bestimmte Ämterbewertung zugrunde liegt, wobei beim höheren Dienst für die BesGr A 13 genannt sind die Grundämter: Regierungsrat, Studienrat, Verwaltungsgerichtsrat (bis zur 7. Dienstaltersstufe), für die BesGr A 14: Oberregierungsrat, Oberstudienrat, Verwaltungsgerichtsrat (von der 8. Dienstaltersstufe an), für die BesGr A 15: Regierungsdirektor, Oberstudiendirektor, Verwaltungsgesichtsdirektor, für A 16: Finanzpräsident, leitender Regierungsdirektor, Ministerialrat. Die Ämter des Finanzpräsidenten und Ministerialrats können auch in der BesGr B 3 ausgebracht werden. Die automatische Durchstufung der Richter wird von der 9. auf die 7. Dienstaltersstufe vorverlegt, damit der Richter im Regelfall mit dem vollendeten 35. Lebensjahr in die BesGr A 14 übertritt (statt bisher im 39. Lebensjahr).

Da das BDA, worauf ich noch zu sprechen kommen werde, auch für den höheren Dienst auf das 21. Lebensjahr (z. Z. 23. Lebensjahr) festgelegt werden soll, wird der Richter normalerweise etwa 3 Jahre nach der Ernennung zum Richter auf Lebenszeit in die BesGr A 14 einrücken.

Der Bundesrat wünscht, daß für Richter in den BesGr A 14 und A 15 durch eine Fußnote in der Besoldung je 2 weitere Dienstalterszulagen vorzusehen sind.

Beförderungsämtler über A 2, A 6, A 10 und A 14 für Stellen unterhalb der Obersten Bundesbehörde dürfen nur für solche Aufgaben geschaffen werden, die sich von dem Amtsinhalt der jeweils unter ihnen liegenden Ämter ihrer Laufbahn wesentlich abheben.

Dabei sind Obergrenzen für Beförderungsämtler festgesetzt:

im mittleren Dienst in der BesGr A 7 40 v.H.	} 65 v.H.
im mittleren Dienst in der BesGr A 8 25 v.H.	
im gehobenen Dienst in der BesGr A 11 22 v.H.	} 30 v.H.
im gehobenen Dienst in der BesGr A 12 8 v.H.	
im höheren Dienst in den BesGr A 15 und A 16 nach Einzelbewertung zusammen 20 v.H.	
dabei in BesGr A 16 höchstens 5 v.H.	

der Gesamtzahl der Planstellen in der jeweiligen Laufbahngruppe. Nach der Begründung werden im Rahmen eines weiteren BesÄndG, das in Übereinstimmung mit einem Ersuchen des Bundestages bis zum 1. April 1967 als Regierungsentwurf eingebracht werden soll, die Obergrenzen unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung in den Ländern zu überprüfen sein.

Infolge der wesentlichen Umgestaltung der Beförderungsverhältnisse wird für notwendig gehalten, neuen Spielraum zur Bewertung wirklicher Spitzenleistungen in den einzelnen Laufbahngruppen zu schaffen. Daher wird für den Aufbau der Besoldungsordnung A die Neuerung vorgeschlagen, daß die BesGr A 5, A 9 und A 13 nicht nur die Eingangsgruppen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes darstellen, sondern zugleich als Spitzengruppen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes geöffnet werden. Neue Ämter sollen in dieser BesGr jedoch nur in den Ministerien geschaffen werden; so bringt der Entwurf in der BesGr A 13 den Oberamtsrat. Bei den Behörden unter den Ministerien und bei den Ämtern soll das gleiche Ziel durch eine unwiderrufliche, ruhegehaltsfähige Stellenzulage erreicht werden und zwar in Höhe des Unterschieds zu den BesGr A 5, A 9 und A 13. Obergrenze für die Zahl solcher Stellenzulagen ist 20 v.H. der in diesen BesGr ausgebrachten Planstellen.

Da BDA beginnt künftig auch im höheren Dienst mit der Vollendung des 21. Lebensjahres (bisher des 23. Lebensjahres). Das Hinausschieben des BDA bei der zweiten und weiteren Beförderung im gehobenen und höheren Dienst um 4 Jahre entfällt. Das BDA bleibt bei allen Beförderungen und beim Aufstieg unverändert.

Die Zahl der Dienstaltersstufen reicht von 9 bis 15 (bisher von 11 bis 13). Im einfachen Dienst sowie in den BesGr A 5 und A 6 wird die Zahl um je 2 verringert, in den BesGr A 7 bis A 10 bleibt sie unverändert, in den BesGr A 11 bis A 14 wird sie um 1, in den BesGr A 15 und A 16 wird sie um 2 vermehrt. Die Höhe der Endgrundgehälter bleibt unverändert, abgesehen von A 15, wo das Endgrundgehalt etwas (um rd. DM 86,—) erhöht wird, um den Abstand zu A 14 zu vergrößern.

Zu den Dienstaltersstufen der BesGr A 13 bis A 16:

Die 1. Stufe bei A 14, A 15 und A 16 liegen in der Höhe unter der bisherigen 1. Stufe; hier entspricht die bisherige 1. Stufe der künftigen 2. Stufe. Durch das Vermehren der Dienstaltersstufen hat man bei A 13 und A 14 das wieder genommen, was man mit der Verbesserung des BDA auf das 21. Lebensjahr gegeben hat und bei A 15 und A 16 hat man zu 2/3 wieder entzogen, was durch die BDA-Verbesserung und den Wegfall der BDA-Kürzung bewilligt worden ist. Das Lebensalter beim Eintritt in das Endgrundgehalt bleibt bei dieser Neuregelung in A 13 und A 14 bei 47 Jahren und verbessert sich in A 15 und A 16 von 51 auf 49 Jahre.



Die verstärkte Besetzung der Beförderungsgruppen in der BesO A führt dazu, herausragende Ämter für leitende Stellen neu zu bewerten. Nach Auffassung der Entwurfsmittler entspricht hierbei die Öffnung der BesO B der Verzahnung in den anderen Laufbahngruppen. Die VPr großer Mittelbehörden sollen der BesGr B 3 zugeteilt werden. Bei der Deutschen Bundespost: die VPr der OPDn, deren Pr der BesGr B 7 angehören, sowie der VPr des FTZ. Entsprechend sollen die Pr großer Mittelbehörden von B 6 nach B 7 höhergestuft werden. Der Entwurf sieht eine Einstufung der Pr der OPDn vor in die BesGr B 3, B 5, B 6 und B 7. Die Entscheidung, welche VPr und Pr von Mittelbehörden höher als bisher einzustufen sein werden, wird bei der Haushaltsaufstellung getroffen. Der Pr des PTZ ist in der BesGr B 6, der Pr des FTZ in die BesGr B 7 eingestuft.

Der Ministerialdirigent wird nach B 6 höhergestuft. Nachrichtlich: Der Oberstleutnant, bisher ausschließlich in A 14, kann auf herausgehobenen Dienstposten nach Maßgabe des Haushaltsplanes auch in A 15, der Oberst, bisher ausschließlich A 16, kann unter den gleichen Voraussetzungen und außerdem können im Ministerium 25 v.H. aller dieser Planstellen in B 3 einstuft werden.

§ 53 BBesG von 1957, der zu den Rahmenvorschriften gehört, legt fest die Zuordnung der Grundamtsbezeichnung zu den BesGr. Es sollen neu aufgenommen werden als dem Verwaltungsgerichtsrat gleichstehend der Amtsgerichtsrat, Arbeitsgerichtsrat, Finanzgerichtsrat, Sozialgerichtsrat und Staatsanwalt, als dem Verwaltungsgerichtsdirektor gleichstehend der Finanzgerichtsrat (von der 13. Dienstaltersstufe an), Landes-sozialgerichtsrat, Landgerichtsdirektor (als Kammer-vorsitzender), Oberlandesgerichtsrat, Oberverwaltungsgerichtsrat.

Für die Zeit vom 1. Januar 1967 bis 31. Dezember 1968 sollen die Bestimmungen der BLV über das Verbot der Beförderung in den beiden letzten Dienstjahren nicht angewendet werden, soweit sich die Beförderung aus dem 2. Vorschaltgesetz ergibt.

Die Berechnung der v.H.-Sätze für die Beförderung in Spitzenstellen sind vorläufig; sie gelten bis 31. 12. 68. Überschreitet in einem Land usw. der Anteil der Beförderungsämtler die Obergrenzen dieses Entwurfs, so gilt die Überschreitung bis zum 31. 12. 68 übergangsweise als nicht mit diesen Bestimmungen in Widerspruch stehend.

Die Versorgungsempfänger werden individuell übergeleitet. Eine Teilnahme an den strukturellen Verbesserungen des Entwurfs ist nicht vorgesehen. Das 3. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften enthält bereits Maßnahmen zur strukturellen Überleitung. Eine endgültige strukturelle Überleitung soll erst in Betracht gezogen werden, wenn das Gesamtkonzept der Besoldungsreform feststeht.

Die 3. Novelle zum BBesG (2. Vorschaltgesetz) sollte nach dem Entwurf, den die Bundesregierung im Juni d. J. beim Bundestag eingebracht hat, am 1. Januar 1967 in Kraft treten. Am 26. August hat das Bundeskabinett den Haushalt in seinen Grundzügen beschlossen und dabei u. a. vorgesehen, daß dieses Gesetz – nicht wie vorgesehen am 1. Januar, sondern – erst am 1. Juli 1967 in Kraft treten soll. Eine Einsparung zu Lasten von Beamten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes hatte eine Studienkommission beauftragt, Vorschläge für eine Stellungnahme zu dem Entwurf



**WIR FERTIGEN:**

- Fernsprechapparate aller Typen für ZB und OB und Zubehör
- Geräte für Abschluß, Schaltung und Sicherung von Fernmeldeleitungen am Hauptverteiler in Fernsprechkörnern
- Garnituren für Fernmeldekabel jeder Art für das Freie und für Innenräume
- Umschalteneinrichtungen
- Geräte für Wählamtspflege und zur Regelung der Luftverhältnisse in Wählersälen



**KRONE**  
KOMMANDITGESELLSCHAFT  
BERLIN-ZEHLENDORF

dieses 2. Vorschaltgesetzes zu erarbeiten. Herr Kollege Köhler als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft wird uns unterrichten können, ob dieser Vorschlag unverändert angenommen worden ist und den entsprechenden Gremien zugeleitet wurde. Aus dem Vorschlag, an dem mitgewirkt haben Vertreter des Bundes der Landesverwaltungsbeamten, des Philologenverbandes, der Vereinigung der Regierungsbaumeister der Bundesbahn, des Deutschen Richterbundes und unserer Vereinigung, bringe ich die Forderungen:

1. Wir bitten aus dem Entwurfsvorschlag (zu § 5 Abs. 3 BBesG) die neu aufgenommenen, bisher in § 53 BBesG nicht enthaltenen Grundamtsbezeichnungen (der Richter) zu streichen.
2. Schon aus Gründen der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung erscheint uns angebracht, auch zu Gunsten des höheren Dienstes grundsätzlich die Möglichkeiten zu schaffen, daß für herausgehobene Dienstposten, wie z. B. Vorsteher großer Ämter und Behörden, Stellenzulagen in A 16 ausgebracht werden.
3. Wir halten für unerlässlich, den Stellenschlüssel für den höheren Dienst in Übereinstimmung mit den Stellenschlüsseln für andere Laufbahngruppen, insbesondere mit dem des gehobenen Dienstes zu bringen.

Auch im Bundesdienst muß die erste Beförderung entweder im Wege einer Regelbeförderung oder über die Stellenschlüsselgestaltung nach gleicher Dienstzeit und im gleichen Lebensalter erreicht werden wie im Landesdienst.

Die Einführung eines Stellenschlüssels auch in der BesGr A 16 muß von der Neuschaffung entsprechender Aufrückungsämter begleitet sein.



4. Wir bitten, in der Besoldungstabelle keine zusätzlichen Dienstaltersstufen vorzuschalten und den Wegfall der 4jährigen BDA-Kürzung beim Übertritt nach A 15 — ebenso wie nach A 11 — sich voll auswirken zu lassen.

Zusammenfassend wird gebeten in der Besoldungsnovelle keine Elemente der Einkommens- und Verwaltungsnivellierung einfließen zu lassen, sondern den Gedanken der Leistungsgerechtigkeit und damit das Leistungsprinzip zu bekräftigen.

Es wird in Erinnerung gerufen, daß der Anteil der Gehälter des höheren Dienstes im Verhältnis zur Gesamtbesoldungsmasse von geringem Gewicht ist.

Unabhängig davon haben die Vereinigung der Regierungsbaumeister des Eisenbahnbauwesens, des Maschinenwesens und der Juristen der DB auf ihrem Jahrestag im Juni dieses Jahres in Mainz eine Entschließung gefaßt, die sich gegen die abwertende Tendenz in der Besoldung und gegen die diskriminierende Benachteiligung des höheren Dienstes gegenüber den anderen Laufbahnen bei Beförderungen in die Spitzengruppen wendet. Es wird gebeten, eine gerechte Besoldung zu schaffen, die nicht vor dem höheren Dienst haltmacht und dem höheren Beamten die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten in die Endbesoldungsgruppen bietet wie den anderen Laufbahnen.

Der Deutsche Richterbund, dem 11 000 Richter aller Zweige der Gerichtsbarkeit angehören, hält den Zeitpunkt für gekommen, wegen einer eigenständig gesetzlichen Regelung der Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte aktiv zu werden. (Vgl. Sie die Deutsche Richterzeitung Heft 4 aus 1966.) Ich will auf die Begründung nicht eingehen. Ich will Sie jedoch kurz über die Vorstellungen des Richterbundes über die Bezüge der Richter und Staatsanwälte unterrichten.

Aufhänger ist das Gesetz über das Amtsgehalt der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Februar 1964 (BGBl I S. 133). Als Bemessungsgrundlage für das Amtsgehalt der Richter dient das Amtsgehalt der Richter des Bundesverfassungsgerichts. Nach dem eben angegebenen Gesetz erhalten diese Richter ein Grundgehalt in Höhe der BesGr B 10. Da der Entwurf des 2. Vorschaltgesetzes die zivilen Ämter der BesGr B 10 nach B 11 (a) höherstufte, wird das Gesetz über das Amtsgehalt der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts sicherlich bald entsprechend geändert werden. Zum Vergleich gehe ich daher bereits von der von mir erwarteten Situation aus und von den Sätzen des 2. Vorschaltgesetzes. Hiernach wird ein Richter des Bundesverfassungsgerichts ein Grundgehalt von 5 378 DM erhalten. Das ist nach den Vorstellungen des Richterbundes die Bemessungsgrundlage.

Die Richter werden nach Auffassung des Richterbundes in 6 Amtsgehaltsgruppen unterteilt, R 6 bis R 1. Nur R 1 hat keine festen Gehälter, sondern unterscheidet nach dem Lebensalter.

In R 6 reiht der Richterbund ein: Verwaltungsratsrat/Amtsrichter, Landgerichtsrat und Staatsanwalt.

Sie sollen erhalten

bis zur Vollendung des 35. Lj. 3,5 Zehntel des Amtsgehalts eines Richters beim BVerfG, das sind (538 mal 3,5 =) 1 883 DM, das ist etwas mehr als die vorletzte DA Stufe der BesGr A 14,

bis zur Vollendung des 40. Lj. 4 Zehntel, das sind

2 152 DM; das entspricht dem Endgrundgehalt in A 15,

bis zur Vollendung des 45. Lj. 4,5 Zehntel, das sind 2 241 DM; das entspricht der vorletzten DA Stufe von A 16,

ab Vollendung des 45. Lj. 5 Zehntel, das sind 2 690 DM; das sind um 84 DM mehr als die BesGr B 2.

Die Richter dieser Gruppe sind z. Z. eingereiht in A 13/14.

In R 5 reiht der Richterbund ein: Senatsrat beim Bundespatentgericht, Verwaltungsgerrichtsdi- rektor, Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof/Oberlandesgerichtsrat, Landgerichtsdirektor, Oberstaatsanwalt.

Sie sollen erhalten — ohne Rücksicht auf das Lebens- oder Dienstalter — 6 Zehntel, das sind 3 228 DM;

das liegt etwas über der BesGr B 5.

Z. Z. sind sie eingestuft in A 15.

In R 4 reiht der Richterbund ein: Senatspräsident beim Bundespatentgericht/Senatspräsident beim Oberlandesgericht.

Sie sollen erhalten 7 Zehntel, das sind 3 766 DM.

Das liegt zwischen den BesGr B 7 und B 8, also zwischen den Präsidenten größter OPDn sowie BBahn-Direktionen usw. und den Min-Dir.

Nach dem 2. Vorschaltgesetz sind sie eingestuft in BesGr B 2.

Das soll genügen.

Nach einer Notiz in der Presse treten in den nächsten 10 Jahren 50 v.H. aller Richter in den Ruhestand.

#### **Einladung zur Teilnahme an einem Fortbildungskursus an Elektronenrechnern in Paris**

Die Vereinigung der Freunde der Ecole Nationale Supérieure des Telecommunications (E.N.S.T.) Paris, hat einen Fortbildungskursus eingerichtet:

„Unterweisung in Rechenmaschinen“ (Digital- und Analog-rechnen).

Diese Kurse finden 3 oder 4 mal statt, einer im Dezember 1966, einer im Januar 1967 und einer im Februar 1967 und zwar in der E.N.S.T., 46 rue Barrault, Paris.

Ein oder zwei Teilnehmer je Land sind dazu zur Teilnahme eingeladen.

Die Teilnehmer müssen schon die französische Sprache soweit beherrschen, daß sie den Vorträgen folgen können.

Das Programm sieht wie folgt aus:

Der Kursus dauert jeweils eine Woche, von montags bis freitags.

Am Vormittag sind je 2 Vorträge von 8.45 Uhr bis 10.30 Uhr. Am Nachmittag finden an allen Tagen ab 14.00 Uhr praktische Übungen an den Rechnern statt.

Am Donnerstag ist um 18.00 Uhr ein allgemeines Treffen zwischen den Professoren und Teilnehmern mit gemeinsamen Gedankenaustausch vorgesehen; Veranstalter: Die Vereinigung der Freunde der E.N.S.T.

Am Freitag findet eine Besichtigung des Rechenzentrums der CNET mit Einblick in seine Organisation statt.

Vortragende Professoren sind:

M. Thurin (ENST); M. Volt (Bureau d'étude); M. Dayonmet (CDC); M. Lago (CNES); M. Profit (CNET).

Meldungen dazu umgehend erbeten an OPDir Dipl.-Ing. Julius Böwering, 46 Dortmund, FA 2, Postfach, F.: 0231-3 99 62 00.

An Interessenten kann ein Programm zugesandt werden.



# Der Vertretertag und die Gründungssitzung der FEFAS im Spiegel der Presse

Saarbrücker Landeszeitung vom 8. Oktober 1966

## „Vorreiter“ für die Integration Europas

Höhere Verwaltungsbeamte der Post aus fünf Ländern schlossen sich zusammen

In der Landeshauptstadt wurde am Freitag eine europäische Vereinigung der höheren Verwaltungsbeamten der Post gegründet. Die konstituierende Versammlung dieser Vereinigung in der Universität bildete sozusagen den Abschluß und den Höhepunkt der Bundesdelegiertentagung der Vereinigung höherer Postbeamter, die an den beiden vorausgegangenen Tagen in Saarbrücken stattgefunden hatte. In dem europäischen Zusammenschluß sind die nationalen Vereinigungen der höheren Postverwaltungsbeamten aus der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Belgien und den Niederlanden vertreten.

Zum Präsidenten wurde der Vorsitzende der französischen Vereinigung, Robert Debrenne, gewählt; Vizepräsident ist der Vorsitzende der deutschen Vereinigung, OPD-Präsident Dr. Kurt Wiesemeyer, Nürnberg.

### Erste Aufgaben

Wie Präsident Debrenne mitteilte, hat sich die europäische Vereinigung als erste Aufgabe die Ausarbeitung einer detaillierten Studie über die Eintritts- und Laufbahnbedingungen und über die Funktionen der Beamten im höheren Postverwaltungsdienst der einzelnen Länder vorgenommen. Das Bestreben gehe dahin, die Situation der höheren Verwaltungsbeamten in den einzelnen Ländern zu vereinheitlichen. So schnell wie möglich wolle man auch einen Erfahrungsaustausch einleiten. Es sei auch an einen Austausch der Beamten innerhalb der Postverwaltungen der einzelnen Länder gedacht, und darüber hinaus wolle man die persönlichen und familiären Beziehungen der Beamten untereinander pflegen.

Nach der Satzung ist die Aufnahme in diese Vereinigung nicht auf die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschränkt. Man würde es, wie Präsident Debrenne sagte, vielmehr begrüßen, wenn die rund 20 in der Vereinigung der europäischen Postverwaltungen vertretenen Länder möglichst vollzählig auch in dieser Vereinigung der höheren Verwaltungsbeamten Aufnahme finden könnten.

In Vertretung des Bundespostministers stellte Staatssekretär Dr. Hans Steinmetz fest, daß das Bundespostministerium diesen Zusammenschluß tatkräftig unterstützt hat, weil man es dort für notwendig ansieht, daß über die formelle Zusammenarbeit der Verwaltungen hinaus auch die persönlichen Beziehungen zwischen den leitenden Postbeamten der einzelnen Verwaltungen gefördert werden, denn hier liege eine Voraussetzung für eine vollständige Integration, für die gerade die Post praktisch der „Vorreiter“ sei.

### Mittelpunkt Saarbrücken

Staatssekretär Dr. Steinmetz lud in Vertretung des Bundespostministers die Vertreter der einzelnen Postverwaltungen am Freitagabend zu einem Essen ein. Die Stadt Saarbrücken hatte bereits am Nachmittag einen Empfang gegeben, wobei Beigeordneter Sick die Gäste, unter ihnen auch Generalkonsul Fournier und OPD-Präsident Riotte, begrüßte. Die Tatsache,

**De Te We**

Seit 80 Jahren  
Partner der Post

Wir liefern für die Deutsche Bundespost:

Ortsvermittlungsstellen und Vorfeldeinrichtungen, Fernvermittlungsstellen

Meß- und Prüfgeräte für Verkehrs- und Betriebsbeobachtung sowie zur Gütebeurteilung des Fernsprechdienstes (Verkehrsbeobachtungs-, Probeverbindungs-, Zählvergleichseinrichtung u. a.)

Sondereinrichtungen zur Vereinfachung des Prüfdienstes (Wählprüfnetz, Störungsmeldegerät, Fernschrankprüfgerät u. a.)

Fernsprech-Nebenstellenanlagen jeder Art und Größe.

DEUTSCHE TELEPHONWERKE UND  
KABELINDUSTRIE AG · BERLIN

**De Te We**

daß die europäische Vereinigung ausgerechnet in Saarbrücken gegründet wurde, begründete Präsident Debrenne damit, daß die saarländische Landeshauptstadt ein Mittelpunkt in Europa und ein Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich sei.

Saarbrücker Allgemeine Zeitung vom 10. Oktober 1966

## Europäische Postverwaltungen erweitern Zusammenarbeit

Die Postverwaltungen von Frankreich, Holland, Belgien, Italien und der Bundesrepublik wollen ihre Zusammenarbeit künftig noch enger gestalten. In Saarbrücken konstituierte sich gestern eine „Europäische Vereinigung höherer Postverwaltungsbeamter“, die sich für eine Koordinierung der Verwaltungsarbeit in den fünf Ländern einsetzen will. Die Zusammenarbeit soll sich auch auf das Laufbahnrecht und berufsständische Frage erstrecken. Zum Präsidenten der Vereinigung wurde der Vorsitzende der Höheren Postbeamten-Vereinigung in Frankreich, Robert Debrenne (Paris), gewählt.

Saarbrücker Allgemeine Zeitung vom 6. Oktober 1966

## Höhere Postbeamte organisieren sich auf europäischer Ebene

Konferenz in Saarbrücken mit Referat des  
SR-Intendanten Dr. F. Mai

Heute und morgen soll in Saarbrücken eine europäische Vereinigung der höheren Postbeamten gegründet werden. Dies teilte am Dienstag der Vorsitzende der Vereinigung höherer Postbeamter in der Bundesrepublik, Präsident Dr. Wiesemeyer, vor Journalisten



# **Betonwerk Bruno Siligmüller**

gegründet 1888

## **Werk Karlstadt**

am Main

Gemündener Straße 8-10 Ruf 7566

## **Werk Heusenstamm**

Kreis Offenbach

Industriestraße Ruf 2071

**Langjähriger Lieferant von Betonwaren  
für die Deutsche Bundespost**

mit. In diesem neuen europäischen Gremium sollen allgemein interessierende Fachfragen behandelt und die Grundlagen für eine weitere Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit gelegt werden.

Bereits gestern und vorgestern hatten die rund 100 Delegierten des Bundesverbandes in Saarbrücken getagt und dabei ihren bisherigen Vorstand in seinem Amt bestätigt. Der Bundesvereinigung gehören rund 1700 höhere Postbeamte an, sie ist gewerkschaftlich und parteipolitisch völlig neutral.

Im Mittelpunkt der Tagung in Saarbrücken stand am Dienstagnachmittag ein Festreferat von Rundfunkintendant Dr. Franz Mai. Er befaßte sich mit der geschichtlichen Entwicklung des Saarlandes und seines Rundfunks.

Nachdrücklich wandte er sich dabei gegen alle Bestrebungen, den Saarrundfunk aufzulösen und einem anderen Sender anzugliedern. Bedingt durch die politischen Verhältnisse nach 1945 habe der Saarländische Rundfunk auf den größten Teil seines ehemaligen Einzugsbereiches verzichten müssen. Das habe zu einer völligen Umorientierung des Rundfunks an der Saar geführt.

Heute sei der Saarländische Rundfunk in einen Aufgabenbereich hineingewachsen, den kein anderer bundesdeutscher Sender aufweisen könne. Er stelle nicht nur die Heimatstation des Bundeslandes Saar dar, sondern strahle in seinem Wirkungsbereich noch weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus.

Ausgehend von der starken Zentralisierung des französischen Rundfunkwesens könne der SR auch als

echter Heimatsender für den Raum Elsaß-Lothringen betrachtet werden und betreue kulturell auch den gesamten ostfranzösischen Raum, ebenso wie das gesamte Großherzogtum Luxemburg.

Das setze naturgemäß eine erhebliche politische Fingerspitzenfertigkeit voraus, da keinesfalls der Verdacht auf eine deutsche „Okkupation“ dieser Gebiete genährt werden dürfe. Der SR sehe diese Programmarbeit als eine freundnachbarliche Hilfe für die regionalen Interessen der beiden Nachbarländer an.

*Westfälische Rundschau vom 6. Oktober 1966*

### **Im Geiste europäischer Verständigung**

Gründung der Europäischen Vereinigung  
höherer Postbeamter

Eine „Europäische Vereinigung höherer Postverwaltungsbeamter“, der Vertreter aus Belgien, Holland, Italien, Frankreich und der Bundesrepublik angehören, soll morgen in Saarbrücken gegründet werden. Wie der Vorsitzende der Vereinigung höherer Postbeamter im Bundesgebiet und Präsident der Oberpostdirektion Nürnberg, Dr. Kurt Wiesemeyer, auf einer Jahrestagung in Saarbrücken mitteilte, ist es das Ziel der europäischen Vereinigung, auf technischem und organisatorischem Gebiet eng zusammenzuarbeiten und die Lösung der Probleme des Berufsstandes im Geiste europäischer Verständigung zu fördern.

Auf der Saarbrücker Tagung wollen die höheren Postbeamten mit Vertretern des Bundespostministeriums über berufspolitische Fragen sprechen. Nach Angaben Wiesemeyers wird dabei auch die Forderung der Bundespostbeamten des höheren Dienstes nach Gleichstellung mit den Länderbeamten erörtert.

Zu Beginn der Saarbrücker Tagung hatte der Intendant des Saarländischen Rundfunks, Dr. Franz Mai, bedauert, daß bisher der Gedanke einer sinnvollen Abgrenzung der den einzelnen Rundfunkanstalten zugeordneten Gebühreneinzugsgebiete kaum öffentlich ausgesprochen und geprüft worden sei. Auch sei kein echtes Bemühen um eine differenzierte Beurteilung der spezifischen Aufgaben der einzelnen Rundfunkanstalten und ihrer entsprechenden finanziellen Ausstattung zu erkennen. Hier stehe offenbar der Föderalismus selbst zur Diskussion. Der Intendant meinte, es sei für den Föderalistischen deutschen Rundfunk kaum tröstlich, daß im vergangenen Jahr in sehr eindeutiger Weise auch die Zusammenlegung einiger deutscher Länder gefordert wurde.

*Westfälische Rundschau vom 4. Oktober 1966*

### **Höhere Postbeamte tagen**

Heute und morgen findet der Vertretertag der Vereinigung der höheren Postbeamten für die gesamte Bundesrepublik Deutschland in Saarbrücken statt. Bei einer Festveranstaltung, die heute in der Handwerkskammer stattfindet, wird der Intendant des Saarländischen Rundfunks, Dr. Franz Mai, den Festvortrag „Der Saarländische Rundfunk in der geschichtlichen und kulturellen Landschaft des Saarlandes“ halten. Im Anschluß an die Europäische Vereinigung der höheren Postverwaltungsbeamten am 6. und 7. Oktober ihre konstituierende Versammlung im Auditorium Maximum der Universität des Saarlandes ab.



# Der Saarländische Rundfunk in der geschichtlichen und kulturellen Landschaft des Saarlandes

*(Ein Vortrag, gehalten anlässlich der Bundestagung höherer Postbeamten am 4. 10. 1966, gekürzte und unwesentlich bearbeitete Fassung)*

In der letzten Zeit ist mit zunehmender Heftigkeit der Streit um die Finanzlage der deutschen Rundfunkanstalten entbrannt. Ich erwähne diese Diskussion nur deshalb, weil in diesem Zusammenhang immer wieder die Frage nach der Berechtigung des föderalistischen Systems des deutschen Rundfunks erhoben wird, da mit der Forderung nach Rationalisierung und Kostensenkung gleich die Forderung nach der Zusammenlegung von Rundfunkanstalten verbunden wird.

Leider ist bisher der Gedanke einer sinnvollen Abgrenzung der den einzelnen Rundfunkanstalten zugeordneten Gebühreneinzugsgebiete kaum öffentlich ausgesprochen und geprüft worden, und es ist auch kein echtes Bemühen um eine differenziertere Beurteilung der spezifischen Aufgaben der einzelnen Rundfunkanstalten und ihrer entsprechenden finanziellen Ausstattung zu erkennen.

Mir scheint, daß in diesem ganzen Fragenkomplex der Föderalismus selbst zur Diskussion steht, und es ist für den föderalistischen deutschen Rundfunk kaum tröstlich, daß im letzten Jahr in sehr eindeutiger Weise auch die Zusammenlegung einiger deutscher Länder gefordert wurde, bis zu deren Realisierung allerdings noch viele Abwässer in die Saar fließen werden – um das gewohnte Bild den Gegebenheiten dieses Landes anzupassen.

Ich bin kein ausgesprochener Föderalist im Sinne des heutigen politischen Sprachgebrauchs. Ich gestehe zu, daß in einem gewissen Umfange Korrekturen möglich sind – ja, sie sogar nötig und wünschenswert wären; ich selbst habe bei Gelegenheit solche Gedanken bezüglich des Rundfunks in der Öffentlichkeit geäußert, ohne allerdings auf große Gegenliebe zu stoßen.

Auf der anderen Seite darf aber nicht verkannt werden, daß der Föderalismus in Deutschland viel tiefere Wurzeln hat, als gemeinhin angenommen wird. Die meisten sehen den Föderalismus als verhängnisvolles politisches Erbe des 16. und 17. Jahrhunderts an, als Erbe zweier Jahrhunderte, in denen es weder den Habsburgern noch einer anderen deutschen dynastischen oder politischen Macht gelang, die Einheit des Römischen Reiches Deutscher Nation aufrechtzuerhalten.

Der Föderalismus ist für viele von ihnen ein von den Gegnern Deutschlands gewünschtes politisches Ergebnis einer unglücklichen deutschen Geschichtsepoche, ein Ergebnis, das uns nach ihrer Meinung auch in der Folgezeit hinderte, wie die anderen europäischen Völker unbefangen und in natürlichem Selbstverständnis den Begriff der Nation zu entwickeln.

Nun kann es gewiß sein, daß die Gegner Deutschlands den Hang der Deutschen zum Föderalismus als Möglichkeit der politischen Schwächung unseres Volkes genutzt haben – seine Ursache ist er aber sicher nicht.

Diese unsere deutschen Mitbürger übersehen, daß wir in der Geschichte der Völker deutscher Sprache ein historisches Phänomen feststellen können, das eine gewisse Einzigartigkeit in der menschlichen Geschichte für sich in Anspruch nehmen darf.

Nachdem den deutschen Stämmen der Einbruch in das Römische Reich und seine Zerstörung gelungen und ihnen damit zum ersten Mal in der Geschichte die Aufgabe gestellt war, eine großräumige staatliche Ordnungsmacht und Verwaltungsstruktur zu schaffen, hätte man nach allen historischen Erfahrungen erwarten können, daß sie eine zentrale politische, administrative, wirtschaftliche und kulturelle Residenz schaffen würden, von der aus sie das neue imperiale Gebilde regieren konnten.

Fast alle Völker der bisherigen Geschichte, denen eine derartige Aufgabe zuwuchs, haben solche Residenzen geschaffen, von Babylon, Theben und Persepolis bis Athen und Rom – nur die römischen Kaiser deutscher Nation haben während der gewiß nicht glanzlosen Jahrhunderte ihrer Herrschaft keine feste Residenz gebildet, sondern ihre Regierungsgeschäfte von Kaiserpfalz zu Kaiserpfalz oder von Heerlager zu Heerlager reisend erledigt.

Wir wissen nicht, ob die nomadenhafte Lebensweise einer im Dunkel der Geschichte liegenden Zeit für die germanischen Stämme noch zu nahe war, oder welche sonstigen geistigen Ursachen hier eine Rolle gespielt haben. Wir können nur diese höchst erstaunliche geschichtliche Tatsache feststellen, und es scheint mir die Annahme berechtigt zu sein, daß dieses Phänomen der eigentliche Ausgangspunkt des deutschen Föderalismus ist, der sich damit als ein Faktor erweist, der der deutschen Lebensweise und ihrer politischen Ausprägung immanent ist.

Man mag den Föderalismus also beklagen oder nicht, man mag ihn als Quelle der vielfältigen geistigen und kulturellen Leistung begrüßen oder ihn als Ursache politischer Schwäche bedauern – wir haben uns mit ihm als einer typisch deutschen Realität abzufinden, die sich selbstverständlich auch in der staatlichen Organisation wie in den kulturellen und publizistischen Institutionen manifestiert.

Deshalb ist auch das jetzige deutsche Rundfunksystem nicht nur in der derzeitigen staatlichen Organisationsform des deutschen Volkes verwurzelt, sondern entspricht auch seiner geistigen Struktur. Korrekturen bedürfen daher großer Behutsamkeit und sollten die geistigen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Räume nicht übersehen, in denen die deutschen Rundfunkanstalten gewachsen sind.

Aus diesen Überlegungen heraus habe ich mein heutiges Thema formuliert, weil auch diese Anstalt einem geschichtlichen und kulturellen Raum zugeordnet ist, der mannigfache interessante und in der übrigen Bundesrepublik vielfach noch unbekannte Grundlagen hat.

Die Geschichte dieses saarländischen Raumes zeigt, daß seine jetzige nationale Begrenzung zwar starke historische Gründe hat, daß dieser Raum aber nicht eingeeengt werden kann in diesen nationalen Grenzen, sondern immer weitausholende, grenzüberschreitende Beziehungen hatte. Seine geographische Lage macht



ihn entweder zur Drehscheibe oder zum Niemandsland zwischen den Völkern.

Seitdem dieses Land aus dem Dunkel der Geschichte getreten ist, war es ein europäisches Land, das heißt, an dem europäischen historischen Geschehen ist dieses Land fast immer beteiligt gewesen – zwar nicht als eigene politische Macht, wohl aber als Bühnenraum der europäischen Geschichte.

Schon die vorrömische Besiedlung der Saar demonstriert das Überschreiten der jetzigen nationalen Grenzen; das Tal der Saar gehörte zum Land der Mediomatriker, deren Hauptstadt Metz war.

In der römischen Zeit war es Teil der römischen Provinz Gallia Belgica. Der Legatus Augusti pro praetore dieser Provinz hatte seinen Amtssitz in Reims. Als diese Provinz in einen östlichen Bezirk, Belgica prima, und in einen westlichen Bezirk, Belgica secunda geteilt wurde, gehörte es zum östlichen Bezirk, der von Metz aus verwaltet wurde. Der ganze Raum lag allerdings im Einflußbereich des transalpinen Roms, der kaiserlichen Residenzstadt Trier.

Die Saar war Teil des weltweiten römischen Imperiums vom Beginn der Kaiserzeit bis zum Untergang des

Römischen Reiches. Dieses Land ist deshalb geprägt durch eine historische Erfahrung und durch historische, kosmopolitische Zusammenhänge, die im Norden und Osten Deutschlands nicht immer verstanden werden.

In der Spätzeit des Römischen Reiches, Ende des 4. Jahrhunderts, lag es im Herrschaftsbereich jener linksrheinischen fränkischen Stämme, die dem Römischen Reich verbunden waren, die sich aber nur kurze Zeit gemeinsam mit den Resten römischer Legionen gegen die fränkischen und sonstigen germanischen Stämme rechts des Rheines zur Wehr setzen konnten.

Schon zu Beginn des 5. Jahrhunderts erlagen sie dem Ansturm der Vandalen, Alanen und Sueben, die etwa um 406 Metz eroberten und ganz Gallien verwüsteten und besetzten.

Wenige Jahre später überrannte Attila mit seinen Heerscharen unser Land, bis er 451 auf den Katalaunischen Feldern an der Marne, nahe dem jetzigen Châlons-sur-Marne, geschlagen wurde.

Und wieder wenige Jahre später stießen in unserem Raum die Heerscharen der Alamannen und Franken

**Tiefbau**



**Georg Matthies**

**Kabel-Kanalbau**

**Kanalisation**

**Straßenbau**

**6 Frankfurt/Main**

**Tel. 651065+652265**



zusammen, bis Chlodwigs Sieg bei Zülrich — 496 — die Herrschaft der Franken in unserem Gebiet begründete.

Die Legende behauptet, daß nicht weit von Saarlouis an der unteren Saar Chlodwig das Christentum angenommen hat — sicherlich ein entscheidendes Ereignis für das christliche Abendland.

Das 5. Jahrhundert ist die fürchterlichste geschichtliche Epoche dieses Raumes; durch die Täler dieses Landes zogen fast ein Jahrhundert lang ununterbrochen römische, germanische und hunnische Heerscharen.

Als nach Chlodwigs Tod das fränkische Reich 511 geteilt wurde, kam das Land an der Saar zum Königreich Austrasien, das im wesentlichen die deutschsprachigen Teile des fränkischen Reiches umfaßte und von Metz aus verwaltet wurde.

Zu Beginn des 7. Jahrhunderts begann der allmähliche Wiederaufbau des Landes im Zusammenhang mit seiner Christianisierung und vor allem durch die Errichtung zahlreicher Klöster.

Wohl das älteste ist das Stift St. Arnual, nach dem ein jetziger Stadtteil Saarbrückens benannt ist und das wahrscheinlich der Merowingerkönig Theudebert der Zweite um die Wende des 6. und 7. Jahrhundert dem Bischof Arnualdus von Metz als Schenkung überlassen hat.

Es ist das Jahrhundert, in dem die Bischöfe von Trier und Metz in das Saarland ausländische Missionare entsandten, deren Spuren wir noch heute in den Städten St. Ingbert, St. Wendel, Tholey und Mettlach feststellen und deren Klöster in Tholey und Mettlach während des gesamten Mittelalters bedeutende kulturelle Zentren waren.

Aber auch bedeutende karolingische Königsgüter lagen an der Saar; zu ihnen gehörten Völklingen, Wadgassen und Saarbrücken. Wir wissen, daß am 27. Oktober 822 Ludwig der Fromme in Völklingen und im Herbst 902 der letzte deutsche Karolinger, Ludwig das Kind, in Wadgassen weilten.

Im Vertrag von Verdun — 843 — wurde unser Land dem karolingischen Mittelreich unter Kaiser Lothar eingegliedert. Nach dem Tode Lothars I. und seines Sohnes brach ein Erbstreit zwischen Karl dem Kahlen und Ludwig dem Deutschen um den Besitz dieses Mittelreiches aus; im Vertrag zu Mersen — 870 — kamen die Bistümer Trier und Metz als überwiegend deutschsprachige Teile zum ostfränkischen und die Bistümer Toul und Verdun als im wesentlichen französischsprachige Teile zum westfränkischen Reich.

Die Metzger Bischöfe hatten einen entsprechenden Einfluß, der sich noch einmal verstärkte, als Kaiser Otto III. im Jahre 999 auf eine Klage des Bischofs Adalbert des Zweiten von Metz die Burg Saarbrücken dem Bischof zum Geschenk machte.

In den folgenden Jahrhunderten konnten sich jedoch allmählich die Grafen von Saarbrücken zu einer selbständigen Stellung entwickeln, und wir wissen, daß Heinrich IV. 1080 den Grafen Siegebert mit dem Saargau belehnte und diese Grafenwürde in seiner Familie erblich blieb.

Diese selbständige Stellung der Grafen von Saarbrücken war um so bedeutungsvoller, als die Bistümer Metz, Trier und Mainz — also unser Raum im weiteren Sinne — wichtige Faktoren in der Machtposition der jeweiligen deutschen Kaiser waren.

Das Land war in jenen Jahrhunderten keineswegs periphere Provinz und abgelegenes Hinterland. Es war Brücke und Achse zwischen den Völkern französischer und deutscher Sprache und im Herzen des Reiches gelegen; seine Grafen hatten nicht nur weitreichende Beziehungen zu den deutschen Kaisern und zu den Großen des Reiches, sondern auch manche verwandtschaftliche und lehnsrechtliche Verbindungen zu dem französischen Nachbarn.

Erst das 16. und 17. Jahrhundert mit ihrer nationalstaatlichen Entwicklung, mit ihren Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Deutschland, mit ihren konfessionellen Erschütterungen haben dieses Land erneut zerstört.

Als der Dreißigjährige Krieg 1648 sein Ende gefunden hatte, lebten in den beiden Schwesterstädten Saarbrücken und St. Johann noch 70 Menschen. Nach diesen schrecklichen Kriegsjahren übernahm Graf Johann-Ludwig von Nassau-Saarbrücken wieder die Herrschaft im Saartal. Er war im elften Lebensjahr mit seinen Eltern nach Metz geflüchtet, an der protestantischen Universität in Saumur erzogen worden und dann in französischen Kriegsdiensten gewesen. Nach Saarbrücken zurückgekehrt, galt seine ganze Sorge dem Wiederaufbau des Landes; seine Nachfolger und Nachfolgerinnen konnten aber nur allmählich dem zerstörten Land wieder eine wirtschaftliche Basis schaffen.

Nach diesem Elend des 17. Jahrhunderts ist es daher erstaunlich, daß Graf Wilhelm Heinrich in den 27 Jahren seiner Regierung, von 1741 bis 1768, aus diesem Land wieder einen künstlerischen und kulturellen Mittelpunkt machte, der zu den bedeutendsten seiner Zeit gehörte.

Abgesehen von dem außerordentlichen Aufschwung der Industrie und des Handels, den er weitsichtig förderte, baute er eine barocke Schloß- und Stadtanlage, deren Restbestände wir heute noch bewundern. Die Ludwigskirche ist noch heute eine der schönsten barocken Kirchen Deutschlands; sie und der sie umgebende Platz mit seinem barocken Palais bilden eine architektonische Einheit von seltenem Reiz.

Das Residenzschloß mit den beiden Lustschlössern auf dem Ludwigsberg und auf dem Halberg gehörte zu den bemerkenswerten Schloßanlagen unseres Vaterlandes, und es gibt nur wenige Städte in Deutschland, deren barocker Gesamtplan so einheitlich und eindrucksvoll war wie die von Stengel erbauten Schwesterstädte Saarbrücken und St. Johann.

Im geistigen und kulturellen Wettbewerb mit Stanislaw, König von Polen und Herzog von Lothringen, der in Nancy residierte, und mit dem Grafen von Nassau-Zweibrücken, der auf dem Karlsberg bei Homburg neben Zweibrücken eine großartige barocke Schloßanlage errichtet hatte, deren Kunstsammlung den Grundstock für die Alte Pinakothek in München gebildet hat, hatte Graf Wilhelm Heinrich mit Hilfe seines Baumeisters Stengel sein barockes Saarbrücken entwickelt.

Seine Nachfolger haben dieses Erbe bewahrt; Goethe war in Saarbrücken zu Gast und hat in „Dichtung und Wahrheit“ ausführlich darüber berichtet; Iffland hat an dem Komödientheater des Hofes gespielt, und Knigge hat in seinen Briefen das Leben am Saarbrücker Hof geschildert.

Die französische Revolution hat diesem Glanz ein jähes Ende gesetzt; die Schlösser gingen in Flammen



auf; die Stadt wurde von Kriegswirren schwer erschüttert. Erst nach dem zweiten Frieden von Paris – 1815 – gelangte das Land in preußischen Besitz, in dem es bis 1918 blieb.

In dieser hundertjährigen preußischen Herrschaft hat das Land sicherlich manche wirtschaftlichen Impulse erhalten und industrielle Entwicklungen durchgemacht – im Grunde war es aber militärisches Glacis und periphere Provinz geworden.

Nach dem Kriege von 1871 konnten zwar erneut die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zum lothringischen Raum aufgenommen werden, aber als Brücke zwischen Deutschland und Frankreich fiel dem Land keine Funktion zu.

Wechselvoll ist dann die Geschichte dieses Landes von 1918 bis 1955 geblieben. Wechselvoll in dem Sinne, den ich diesem historischen Exkurs vorangestellt hatte – nämlich, daß dieses Land in seiner ganzen Geschichte jeweils Spiegelbild der geschichtlichen europäischen Situation war: 1915 bis 1935 Mandatsgebiet des Völkerbundes; 1935 bis 1945 Westmark des Dritten Reiches und Kampfgebiet des Zweiten Weltkrieges; nach 1945 zunächst französisches Besatzungsgebiet, dann Gebiet einer saarländischen Autonomie, bis es schließlich 1955 seinen Willen bekundete, wieder Teil Deutschlands zu werden. Am Beginn einer neuen europäischen Entwicklung wollte dieses Land an der Hand seiner Mutter in eine neue Zukunft gehen, aber es kennt und achtet auch seine französische Tante, und es ist sein verständlicher Wunsch, daß diese beiden europäischen Schwestern in verwandtschaftlicher Freundschaft verbunden bleiben.

Diese grenzüberschreitenden Beziehungen unseres Landes treten aber nicht nur im Ablauf dieser seiner zweitausendjährigen Geschichte zutage, sondern auch in den kulturellen Erscheinungen der Vergangenheit und in der Eigenart der kulturellen Institutionen der Gegenwart.

Was die kulturelle Vergangenheit angeht, so ist es nicht ohne Reiz, zu hören, daß es der in Bordeaux geborene Römer Decimus Magnus Ausonius war, der zum ersten Mal – etwa um 360 nach Christus – die Saar der Erwähnung wert fand; in seinem Lied „Mosella“ stehen die Verse, die in deutscher Übersetzung etwa so lauten:

„Längst schon ruft mir die brausende Macht des beschifften Saaravus dort im großen Gewand; weit trieb er zögernd die Flut her, bis er den müderen Strom ergießt an herrlichen Mauern.“

Auch der römische Sänger am merowingischen Königshof, Venantius Fortunatus – etwa um 500 nach Christus – erwähnt die Saar, und im Heldenepos „Lohengrin, der Ritter mit dem Schwan“ wird Saarbrücken als Sammlungsort der Ritter vor ihrem Zug zum Rhein genannt. Sonst sind allerdings keine weiteren sicheren Dokumente über ein geistiges und kulturelles Leben in diesem Lande aus jenen Jahrhunderten vorhanden; zu furchtbar waren die Verwüstungen des 5. Jahrhunderts.

Im weiteren Raum unserer Heimat finden wir im frühen Mittelalter in der Zeit des Minnegesangs allerdings so bedeutende Persönlichkeiten wie Otfried von Weißenburg, Reinmar von Haguenau oder Heinrich von Tettingens.

Der engere Raum der Saar hat zum ersten Mal um 1400 eine Persönlichkeit hervorgebracht, die für die literarische Entwicklung ganz Deutschlands von entscheidender Bedeutung war: die Gräfin Elisabeth von Nassau-Saarbrücken. Sie hat den Prosa-Roman als Literaturgattung in die deutsche Dichtung eingeführt. Elisabeth von Nassau-Saarbrücken ist geradezu beispielhaft für die Rolle, die dieses Land in der Vergangenheit gespielt hat und in Zukunft spielen sollte. Sie ist die Tochter des deutschblütigen Herzogs Friedrich von Lothringen und ihrer französischen Mutter Margarethe von Vaudémont. Ihre literarische Arbeit basiert auf der Übersetzung altfranzösischer Vers-Epen in deutsche Prosa; sie ist die erste geistige Sprachmittlerin zwischen Deutschland und Frankreich.

Ich habe hier keine Vorlesung über saarländische Literaturgeschichte zu halten, und es gibt sie auch nicht.

Es gibt Einzelpersönlichkeiten von einer begrenzten überregionalen Bedeutung wie Johannes Fischart, Hock und Michael Moschrosch im 16. und 17. Jahrhundert oder Ludwig Franz von Bilderbeck im 18. Jahrhundert.

Eine erstaunliche Fülle geistig profilierter Dichter und Denker brachte dieses kleine Land aber in unserem Jahrhundert hervor. Da ist der Philosoph Peter Wust, der bedeutendste Vertreter einer christlichen Existenzphilosophie, oder die Dichter Ernst Thrasolt, Arthur Friedrich Binz, Johannes Kirschweg, Gustav Regler, Anton Betzner, Ernst Moritz Mungenast und andere.

Sie werden aus diesen kurzen literaturgeschichtlichen Skizzen dieses Landes und aus dem historischen Exkurs den Eindruck gewonnen haben – so hoffe ich – daß dieses Land keineswegs arm war und ist an kultureller und geistiger Potenz und daß es ebensowenig an einem Mangel an historischer oder politischer Erfahrung leidet; es hat allerdings in einem unglaublichen Maße unter den Zerstörungen unserer europäischen Geschichte gelitten, mehr als jede andere deutsche Landschaft.

Diese eigenartige Geschichte unseres Landes hat auch sein gegenwärtiges kulturelles Gesicht geprägt. Ich will hier nicht über seine zeitgenössischen Maler, Dichter und Komponisten sprechen, die über die Grenze dieses Landes hinaus Bedeutung gewonnen haben, wie Weisgerber, Konietzny und andere; ich will nicht über sein reiches musikalisches Leben berichten, das sehr wesentlich von der gesamten Bevölkerung getragen wird und das immerhin ein so international anerkanntes Orchester wie das Kammerorchester Ristenpart ermöglicht.

Ich möchte mich jetzt dem kulturpolitischen Instrumentarium, das heißt, den kulturellen Einrichtungen der Gegenwart zuwenden, über die dieses Land heute verfügt und deren Vorhandensein ebenso wesentlich ist für die Programmarbeit einer Rundfunkanstalt wie die geschichtliche und kulturelle Vergangenheit.

Die saarländische Universität ist eine französische Gründung nach 1945; ihre Patenschaftsuniversität, die ihr auch bei ihren ersten Gehversuchen sehr wesentlich geholfen hat, war Nancy. Noch heute ist die saarländische Universität in der Bundesrepublik die Universität mit dem relativ höchsten Prozentsatz ausländischer Studenten, vorzugsweise natürlich junger Franzosen. Sie ist die einzige deutsche Universität, die in Frankreich anerkannte Examina abnehmen



darf, und weiterhin die Universität, die den unvergleichlich höchsten Prozentsatz an französischsprachigen Vorlesungen und an französischsprachigen Gastprofessoren aufweist.

Auf der anderen Seite ist sie im besten Sinne eine moderne deutsche Universität ohne traditionelle oder föderalistische Verengung.

Sie ist außerdem eine der ersten deutschen Campus-Universitäten in ihrer baulichen Gesamtanlage.

Auch die Hochschule für Musik ist erst nach 1945 als Hochschule ausgebaut worden, während sie früher ein von privater Initiative getragenes Konservatorium war. Auch hier ist sowohl im Lehrkörper als auch unter den Studenten eine bemerkenswerte Internationalität festzustellen, wie sie kaum eine andere Musikhochschule in der Bundesrepublik aufzuweisen vermag.

Ebenso sind die beiden Pädagogischen Akademien in ihrer jetzigen Form eine Frucht der Nachkriegszeit. Und man muß schließlich gerechterweise sagen, daß auch die höchst bedeutsamen Sammlungen der Modernen Galerie ihren ersten energischen Anfang genommen haben vor der Wiedereingliederung der Saar in das deutsche Bundesgebiet.

Das gleiche gilt von der Werkkunstschule, an der nach 1945 so bedeutende Lehrer wie Professor Steiner, der Vater der subjektiven Photographie, und der Bildhauer Ewald Mataré gewirkt haben.

Lediglich das Theater geht auf frühere Anfänge zurück und wurde offenbar mehr zur Unterhaltung der Angehörigen der preußischen Garnison in Saarbrücken 1894 gegründet; denn es erhielt zunächst den bezeichnenden Namen „Kasinogarten“. Hitler baute das neue Haus, das zwar großzügig und repräsentativ ist, aber durch seinen überdimensionierten Bühnenraum erhebliche technische Kosten verursacht.

Wenn Sie bedenken, daß 1,1 Millionen Menschen, deren Steueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung errechnet das geringste in der Bundesrepublik ist, diese Universität für etwa 7000 Studierende, zwei Pädagogische Akademien, eine Hochschule für Musik, ein Theater mit zwei Bühnen, eine Moderne Galerie von erheblicher Bedeutung, eine Werkkunstschule, ein Technikum, ein ausgezeichnetes frühgeschichtliches Museum und eine Rundfunkanstalt tragen, dann glaube ich, daß dieses Land mehr als jedes andere der Bundesrepublik für seine kulturelle Aufgabenstellung ausgibt.

Wenn Sie dieses kulturpolitische Instrumentarium dann in seiner geographischen Lage betrachten, werden Sie feststellen, daß sich zwischen dem Rhein und der Seine kein anderer Raum befindet von einer gleichen kulturellen Intensität.

Die leidvolle Geschichte dieses Landes bewahrt uns allerdings hier an der Saar vor dem Übermut, mit dem kulturellen Potential eine Expansion in den Raum unseres westlichen Nachbarn zu versuchen.

Auf der anderen Seite glauben wir, daß es kaum einen Ort gibt zwischen Deutschland und Frankreich und den Beneluxländern, der mehr geeignet wäre, den europäischen kulturellen Gesprächen, der Ausbildung einer europäischen Jugend und dem mentalitätsmäßigen Ausgleich der Nationen zu dienen und damit einen ungewöhnlichen Beitrag zur Gestaltung Europas zu leisten.

An diesem Ort steht der Saarländische Rundfunk — an einem fast zweitausend Jahre bestehenden Kreuzungspunkt lateinischen und germanischen Geistes, auf einem Boden, der durchdrungen ist von europäischer Geschichte. Er steht an einem Ort, der über ein bemerkenswertes kulturelles Instrumentarium verfügt, das dieses Land und seine Bevölkerung unter größten Opfern geschaffen haben und erhalten.

Ich glaube, daß die Aufgabe, die aus diesem Standort erwächst, von keiner anderen Rundfunkanstalt Deutschlands erfüllt oder miterfüllt werden kann.

Bevor ich aber die Aufgabenstellung und das Wirken des Saarländischen Rundfunks darstelle, darf ich vielleicht kurz seine Entstehungsgeschichte aufzeichnen, die wiederum so außerordentlich symptomatisch für das Schicksal dieses Landes ist.

Ausgeschlossen von der Entwicklung des deutschen Rundfunks nach 1924 durch die Unterstellung des damaligen Saargebietes unter den Völkerbund, konnte erst 1935 in diesem Lande ein Reichssender geschaffen werden.

Ihm wurde als finanzielle Grundlage damals ein Gebühreneinzugsgebiet zugewiesen, das im wesentlichen die beiden heutigen Länder Rheinland-Pfalz und Saarland umfaßte. Großzügige Planungen und ein ebenso großzügiger Gelände-Erwerb ließen erwarten, daß hier ein Reichssender entstehen würde, der durch seine volle Gleichberechtigung und eine bedeutende Größenordnung im Rahmen der anderen deutschen Reichssender finden würde.

Die Vorbereitungen des Krieges und schließlich der Kriegsausbruch und die zweimalige Evakuierung dieses Landes machten solchen Plänen ein Ende.

Nach dem Kriege stand die französische Rundfunkverwaltung im Saarland vor einem politisch höchst aufschlußreichen Problem. Man wollte das Saarland an Frankreich heranziehen und ihm einen anderen Status geben als der übrigen französischen Besatzungszone. Der ehemalige Reichssender Saarbrücken wurde deshalb finanziell und organisatorisch auf das Saarland selbst beschränkt.

Das hatte zur Folge, daß in der übrigen französischen Besatzungszone die französische Militärregierung auf keinen ehemaligen Reichssender zurückgreifen konnte. Es entstand am Sitz der damaligen französischen Militärregierung in Baden-Baden der Südwestfunk.

Das bedeutet für den Sender in Saarbrücken den Verlust von fast zwei Drittel seiner finanziellen Basis. So mußte Radio Saarbrücken — wie es damals genannt wurde — auf unzureichender finanzieller Grundlage wiederaufgebaut werden.

Nach der Wiedereingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik trat nun Radio Saarbrücken oder der Saarländische Rundfunk, wie er von da ab genannt wurde, in den Kreis der deutschen Rundfunkanstalten. Außer einem unzulänglichen Finanzausgleich geschah nichts, um dem Saarländischen Rundfunk wieder jene natürliche finanzielle und strukturelle Basis zu geben, die ihm aufgrund einer historischen und kulturellen Vergangenheit und seiner geographischen Lage zukommt. Diese Erfahrungen, die das Land ähnlich auf seiner Ebene gemacht hat, zeigen, daß der nationalen Emotion von 1955 in der übrigen Bundesrepublik nicht ein proportionaler Wille dieser gleichen Bundesrepublik zur wirklichen Integration dieses Landes in ihren Bereich entspricht. Trotzdem hat dieses Land, wie auch der Saarländische Rundfunk, unter größten



Opfern im letzten Jahrzehnt einen Aufbau vollzogen, der im Hinblick auf die materiellen Grundlagen stauenswert ist.

Der Saarländische Rundfunk hat dies nicht getan, um die Zahl der deutschen Rundfunkanstalten unnötig zu vergrößern; er hat dies getan, weil er glaubt, daß in diesem Lande – wenn man überhaupt ein föderalistisches Rundfunksystem bejaht – wegen seiner besonderen geschichtlichen Vergangenheit und wegen seiner besonderen geopolitischen Lage ein Rundfunksender erforderlich ist.

Diese Anstalt steht an einer nationalen Grenze. Aber diese Grenze ist weder sprachlich, noch bevölkerungsmäßig, noch nationalitätsmäßig, noch kulturell, noch wirtschaftlich – wie ich es in meinem langen und ausführlichen geschichtlichen Exkurs gezeigt habe – eine wirkliche Scheidelinie zweier Nationen.

Der Saarländische Rundfunk hat deshalb fast ebenso viele Hörer und Fernsehteilnehmer im französischen und luxemburgischen wie im deutschen Raum. Ja, es kommt dem Saarländischen Rundfunk sogar eine komplementäre übernationale Funktion zu.

Lassen Sie mich dies erläutern.

Das französische Rundfunksystem ist stark zentralisiert. Der eigenständige Programmanteil der regionalen Anstalten ist außerordentlich gering. Dieses französische Rundfunksystem vermag daher nur in sehr beschränktem Maße – gewollt oder ungewollt – den regionalen Publikationsinteressen Rechnung zu tragen. Ein regionales lothringisches Hörfunk- und Fernsehprogramm gibt es praktisch nicht.

Da Radio Saarbrücken nach 1945 zunächst ein französischer Sender deutscher Sprache war, der sich an die deutschsprachigen Menschen an der Saar, aber auch in Lothringen und Luxemburg richtete und auch nach seinem Übergang in die Hände der damaligen saarländischen Regierung als Sender darauf Wert legte, Heimatsender der Menschen dieses größeren, die nationalen Grenzen überwindenden Raumes zu bleiben, gelang es nach 1955 durch die Erhaltung eines weltoffenen europäischen Geistes in diesem Sender und durch sein intensives Bemühen um die deutsch-französische Verständigung, das Vertrauen seiner Hörer, und später seiner Fernsehteilnehmer, in den Räumen jenseits der Grenze zu erhalten.

Wenn irgendein wesentliches Ereignis kultureller, wirtschaftlicher oder auch politischer Art im lothringischen Raum stattfindet, so wenden sich die Organisatoren solcher Veranstaltungen fast ausnahmslos an den Saarländischen Rundfunk mit der Bitte, diese Veranstaltungen bekannt zu machen und darüber im Interesse ihrer eigenen Bevölkerung eingehend zu berichten.

Aufgrund dieser Wünsche hat der Saarländische Rundfunk in diesem ostfranzösischen Raum ein eigenes Korrespondenten- und Reporternetz aufbauen müssen.

Die Berücksichtigung unseres Nachbarn geht so weit, daß wir auf Bitten des französischen Generalkonsulats auch regelmäßig die Aufrufe an die jungen französischen Rekruten in Ostfrankreich, sich bei ihren militärischen Dienstorten zu melden, innerhalb unseres Programms ausstrahlen.

Diese grenzüberschreitende Beziehung hat uns auch veranlaßt, in unserem Fernseh-Vormittagsprogramm eine zweisprachige Sendung einzuführen.

Wir üben daher eine regionale publizistische Funktion auch für einen Teil des ostfranzösischen Raumes aus. Es ist selbstverständlich, daß diese Funktion von uns höchste politische Delikatesse erfordert! Wir müssen auch den Schimmer eines Verdachtes vermeiden, als würden wir mit dieser Funktion eine deutsche Infiltration nach Frankreich verbinden.

Wir sehen unsere Programmarbeit in dieser Hinsicht aus innerster Überzeugung als eine freundschaftliche Hilfe für unsere, an ein zentrales System gebundenen französischen Kollegen in Paris und für die publizistischen regionalen Interessen unseres französischen Nachbarn in Lothringen an.

Wir glauben, daß unsere Bemühungen in dieser Richtung eine echte europäische Verklammerung in einem regional begrenzten Raum bedeuten, und wir sind deshalb bestrebt, in einem ständigen und lebhaften Kontakt mit dem französischen Rundfunk und der Bevölkerung jenseits der Grenze zu bleiben.

Wir reagieren daher vielleicht auch sensibler als andere Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik, wenn die deutsch-französischen Beziehungen gefährdet erscheinen. Ich glaube aber, daß diese Sensibilität dem Frieden der Völker diesseits und jenseits der Grenze nur von Nutzen sein kann.

Eine ähnliche Beziehung verbindet uns mit der Bevölkerung von Luxemburg. Radio Luxemburg – auf rein kommerzieller Basis aufgebaut – kann den regionalen Interessen der 320 000 Einwohner des luxemburgischen Landes nur sehr beschränkt dienen. Seine kommerziellen Interessen zwingen es, auf seine Kunden, die fast ausschließlich der Markt in Deutschland, Frankreich und England interessiert, weitestgehend Rücksicht zu nehmen.

Aus der vorhin skizzierten Entstehungsgeschichte nach 1945 genießt der Saarländische Rundfunk auch dort das Vertrauen eines Heimatsenders. Auch dort wendet man sich bei jeder Art von Ereignissen an uns, um die nötige Publizität und Berichterstattung sicherzustellen oder auch sonstige kulturelle Hilfen zu erlangen, die eine Rundfunkanstalt geben kann, etwa durch Veranstaltungen musikalischer und unterhaltender Art.

Darüber hinaus sind wir bemüht, auch die kulturellen Kräfte Luxemburgs, seine Künstler, Schriftsteller und Komponisten zu fördern.

Die luxemburgische Regierung und das Großherzogliche Haus unterstützen in nachbarlicher Freundschaft die Kontakte zwischen den Vertretern ihres Landes und dem Saarländischen Rundfunk.

Diese Anstalt ist daher ein Heimatsender in einem regionalen Raum, der drei Nationalitäten zugeordnet ist.

Keine andere Rundfunkanstalt erfüllt auch nur irgendwie gleichgeartete Aufgaben in ihrem Sendegebiet und kann es auch gar nicht, da nirgendwo eine ähnliche historische, kulturelle, sprachliche und geographische Lage vorhanden ist.

Aber auch keine andere deutsche Rundfunkanstalt erfordert so viel politisches Feingefühl, so viel übernationales Verständnis, so viel europäische Überzeugung, wie ich sie von Mitarbeitern des Saarländischen Rundfunks fordern muß, wenn sie ihre einmalige Aufgabe erfüllen sollen, ohne die Schatten einer leidvollen nationalistischen Vergangenheit zu beschwören.



Neben dieser übernationalen Aufgabe bleiben wir aber dennoch ganz wesentlich und hauptsächlich Anstalt dieses Landes, das zur Bundesrepublik gehört, — eines Landes, das man in dieser Bundesrepublik allzu häufig als lästigen Bittsteller empfindet und dessen wahre Struktur und ernste Probleme man nicht gern zur Kenntnis nimmt.

Jenseits der grünen Barriere von Eifel, Hunsrück und Pfälzer Wald erscheint dieses Land manchem Bundesrepublikaner als ein provinzieller Winkel hinter den Sieben Bergen, ein Armenhaus, das man aus nationaler Moral zu unterhalten gezwungen ist, und dessen Rundfunkanstalt man lieber heute als morgen einschmelzen möchte, um einen Kostgänger weniger an der Gebührentafel des deutschen Rundfunks zu haben.

Mir scheint dies eine fast tragische Verkennung dieses Landes und seiner geopolitischen Aufgabe in Europa zu sein.

Der Saarländische Rundfunk hat die verantwortungsvolle Pflicht, dieses Land in der Bundesrepublik bekannt zu machen. Er ist das wichtigste, vielleicht das einzige publizistische Instrument, das diesem Land zur Verfügung steht, um über die grüne Barriere hinweg der übrigen Bundesrepublik sein europäisches Schicksal, seine kulturelle Vergangenheit, seine ungewöhnlichen kulturpolitischen Bemühungen in der Gegenwart, seine wirtschaftliche Verflechtung im Montandreieck Saar — Lothringen — Luxemburg darzulegen.

Lassen Sie mich — in Parenthese — nur hinzufügen, daß dieses dreinationale, aber in sich engstens verflochtene Industriegebiet im Herzen Europas und der EWG im Vergleich zur Ruhr mehr als 90 % der Montanproduktion, d. h. der Kohle-, Stahl- und Eisenproduktion der Ruhr erzeugt.

Der Saarländische Rundfunk versucht die fatale Gleichgültigkeit zu überwinden, die man diesem Lande vielerorts entgegenbringt. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß er daneben die Verantwortung fühlt, kulturelle Institutionen des Landes, wie sie zur Zeit bestehen, zu fördern und ihnen ein Forum in der Öffentlichkeit zu schaffen. Diese Institutionen unseres Landes bedürfen einer solchen Förderung; denn die Geschichte unseres Raumes hat immer wieder die Schaffung oder die Erhaltung eines entsprechenden kulturellen Instrumentariums gefährdet.

In einem Zeitpunkt aber, in dem wir hoffen dürfen, daß die tragischen Konflikte innerhalb der europäischen Familie beendet sind, müssen diesem Land alle Möglichkeiten anhand gegeben werden, in seiner zentralen geographischen Lage seine kulturelle Aufgabe zu erfüllen. Es wäre nicht abwegig, wenn man dies auch in Bonn und an anderen Orten beachten wollte.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal meine Ausführungen zusammenfassen:

Ich versuchte, Ihnen anhand der Geschichte dieses Landes nachzuweisen, daß es seit eh und je die engsten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen nach Deutschland wie nach Frankreich hatte, obwohl es ohne Zweifel sprachlich, historisch und bevölkerungsmäßig zu Deutschland gehört. Es gehört einem Raum an, der aus seiner geschichtlichen Erfahrung heraus nicht die Sperrung der nationalen Grenzen, sondern seine weitestgehende Öffnung wünschen muß. Man weiß



**FGF**

**Trägerfrequenzeinrichtungen**  
aller Art für Kabel, Freileitungen und Funkwege

•

**Stromversorgungen**

•

**Richtfunkanlagen**

•

**Messgeräte**

**FELTEN & GUILLEAUME**  
FERNMELDEANLAGEN GMBH · NÜRNBERG

hier an der Saar, daß wir nur eine glückliche Zukunft haben können und eine echte Brückenfunktion auszuüben vermögen, wenn daß nationalistische Denken überwunden und ein abendländisches europäisches Gemeinschaftsgefühl vorhanden ist. Die Ruinen rings um uns mahnen uns, nicht wieder Niemandsland zwischen zwei Nationen zu werden.

Ich durfte darauf hinweisen, wie dieses Land, unter Einsatz aller seiner finanziellen Reserven und keineswegs ausreichend durch den Bund unterstützt, ein kulturelles Instrumentarium geschaffen hat und unterhält, das seiner kulturellen Vergangenheit entspricht und das es befähigen würde, ein geistiger Treffpunkt zwischen Deutschland und Frankreich zu werden.

Und schließlich habe ich Ihnen vortragen dürfen, daß der Saarländische Rundfunk in diesem geschichtlichen und kulturellen Raum eine übernationale Aufgabe erfüllt und außerdem die wichtige publizistische Aufgabe hat, die Kenntnis unseres Landes in der Bundesrepublik zu verbreitern.

Ich glaube, daß angesichts dieser Situation niemand mit gutem Gewissen verantworten kann, daß diese Anstalt funktionsunfähig wird oder gar im föderalistischen System des deutschen Rundfunks verschwindet. Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie einem Mann, der diesem Land seit seiner Kindheit verbunden ist, die Möglichkeit gegeben haben, das Erscheinungsbild dieses Landes aufzuzeigen, und dem Intendanten des Saarländischen Rundfunks die Gelegenheit boten, Ihnen zu erklären, warum es keineswegs egoistische Gründe oder Anstaltsinteressen sind, die ihn im Rahmen der Rundfunkpolitik immer wieder veranlassen, die Existenz dieser Anstalt zu verteidigen.



Sie haben durch die Wahl Ihres Tagungsortes gezeigt, daß Sie Interesse an diesem Land haben, daß Sie es kennenlernen wollen in seinen Sorgen und Problemen, aber auch in seinen Hoffnungen und Möglichkeiten.

Und da die Bundespost und der Deutsche Rundfunk Partner sind, lag es — glaube ich — nicht abseits eines Festvortrages, Ihnen die Aufgaben einer Landesrundfunkanstalt einmal im Rahmen einer breiteren Darstellung der Geschichte und der kulturellen Leistungen dieses Landes darzulegen. Er sollte Ihnen dieses

Land, in dem Sie Ihre Tagung abhalten, näherbringen und gleichzeitig einmal das Problem des föderalistischen Rundfunksystems an der kurzen Darstellung der Arbeit und der Aufgabe der Rundfunkanstalt dieses Landes aufzeigen.

Ich hoffe, daß diese Stunde Ihnen einige neue und bisher unbekannte Einblicke in unser Land und seine lange drangvolle Geschichte und in seine Rundfunkanstalt vermittelt hat, und ich darf Ihnen daher nochmals für Ihre Aufmerksamkeit danken.

### Familienheimpolitik ohne Subventionen?

Für die Allgemeinheit, für die öffentlichen Haushalte und für den einzelnen spielen Subventionen eine wichtige, nicht selten eine lebenswichtige Rolle. Wegen der angespannten Haushaltslage beim Bund, bei Ländern und Gemeinden sind die Subventionen gegenwärtig Gegenstand der Auseinandersetzung unter den Beteiligten und in der Öffentlichkeit.

Subventionen müssen vom Steuerzahler aufgebracht werden. Es ist daher wohlbegründet, daß in jedem Einzelfall unter Würdigung aller Umstände geprüft wird: ob, wann, wie lange, in welcher Form und Höhe eine bestimmte Subvention angebracht erscheint und ob oder inwieweit der Haushalt diese Subvention und die Gesamtheit der bewilligten Subventionen tragen kann. Zuweilen liegen die Gründe für die Entscheidung offen zutage. Oft sind die Voraussetzungen und Auswirkungen einer Subvention nur von Spezialisten zu übersehen. Meist zwingt der Mangel an Haushaltsmitteln zu einer Begrenzung. In allen diesen Fällen bedarf es eines Leitbildes, nach dem die Interessen gewertet und nach ihrer Bedeutung für die Gesamtheit eingestuft werden können.

Besonders komplex und deshalb auch besonders gefährdet, aber lebenswichtig für unsere Staats- und Gesellschaftsordnung ist ein Bündel von Subventionen, das der Eigentumspolitik im Wohnungsbau dient. Insbesondere gehören die Förderungsmaßnahmen für das Familienheim zugleich zu zwei großen, in mannigfachen Formen durch staatliche Hilfen geförderten Sachzusammenhängen: einmal zur Eigentums- und Vermögensbildung und ferner zum Wohnungsbau. Diese Doppelstellung bringt das Familienheim in Gefahr, zwischen die Stühle zu geraten.

Bei den Subventionen für das Familienheim handelt es sich, wie der Finanzbericht des Bundesfinanzministeriums 1964 sagt: um „ein vielfältiges System sich gegenseitig bedingender und wirksam ergänzender ausgabe- und steuerpolitischer sowie sonstiger Förderungsmaßnahmen für den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, das ein wichtiger Bestandteil der sozialen Ordnung der Bundesrepublik geworden ist. Der Finanzierungsbeitrag, den die öffentliche Hand durch Steuer- und Zinsverzicht und Prämien-gewährung zugunsten der Bildung von Wohnungseigentum leistet, kann für den einzelnen Bauherrn sehr beträchtlich sein. Er ist jedoch wiederum nicht so groß, daß nicht die Mehrzahl ihr Ziel, eigenen Wohnraum zu erwerben, nur unter erheblichen Opfern und einem weit über das Normale hinausgehenden Konsumverzicht erreichen kann.“

„Die bisherigen Wohnungsbauergebnisse zeigen, daß den gesetzgeberischen und administrativen Bemühungen um die verstärkte Bildung von Wohnungseigentum der Erfolg nicht versagt geblieben ist. Von allen Formen der Eigentumsbildung hat der Eigenheimerwerb für breite Schichten der Bevölkerung im letzten Jahrzehnt eine ganz besondere Anziehungskraft und Bedeutung erlangt. Der Bau von Familienheimen nimmt sowohl im Bereich des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues als auch im steuerbegünstigten und freifinanzierten Wohnungsbau von Jahr zu Jahr einen immer breiteren Raum ein. Die Bildung einer breiten Schicht von Eigenheimbesitzern ist nicht mehr nur Ziel, sondern bereits in weit stärkerem Maße Tatsache geworden, als noch vor einem Jahrzehnt zu erwarten war. Die dem Familienheim im Zweiten Wohnungsbaugesetz eingeräumte Vorrangstellung hat sich als ein sehr wirksames Mittel für die Schaffung von Einzeleigentum erwiesen. Von den seit 1949 bis Ende 1963 errichteten insgesamt rund 7,3 Millionen Wohnungen sind schon 3 Millionen Wohnungen in 2 Millionen Einfamilienhäusern (in der Hauptsache Familienheimen) gebaut worden; von den Eigenheimen entfällt etwa die Hälfte auf Arbeitnehmer.“

Nimmt man hinzu, daß der Gesetzgeber schon im Ersten Wohnungsbaugesetz vom Jahre 1950 für die Eigentumsbildung im Wohnungsbau eine Vorrangstellung forderte und das geltende Zweite Wohnungsbaugesetz vom Jahre 1956 seine Hauptaufgabe in der verstärkten Förderung des Familienheims und der Eigentumswohnung sieht und den Vorrang dieser Eigentumsmaßnahmen vor anderen Vorhaben gesetzlich festlegt, so darf man Familienheim und Eigentumswohnung trotz mancher Anfeindungen als anerkannte Leitbilder unserer Gesellschaftsordnung ansehen, die auch bei Subventionsmaßnahmen bevorzugter Behandlung bedürfen und sie beanspruchen können. Es wäre unzulässig, die öffentlichen Hilfen für Familienheimen und Eigentumswohnungen in gleicher Weise abzubauen wie öffentlich-rechtliche Hilfen für andere Wohnungen, und es wäre nicht gerechtfertigt, die staatlichen Vergünstigungen für kollektive und individuelle Sparformen zu vereinheitlichen, zu vermindern oder zu streichen, ohne auf die voneinander verschiedenen Folgen sowie darauf Rücksicht zu nehmen, welchem Zweck der Sparvorgang und die besondere Form des Sparverfahrens dienen. Ungleiches gleich zu behandeln wäre ein Fehler und ein Unrecht.

(BHW)

Wir bitten um Beachtung der heutigen Beilage.



# Aus den Bezirksvereinen

## Aus dem Bezirksverein Frankfurt

### Besichtigung der Frankfurter U-Bahn-Baustellen

Oberpostrat Dipl.-Ing. H. P. Bublitz

Im August dieses Jahres hatte der Bezirksverein Frankfurt seine Mitglieder und ihre Angehörigen zu einer Führung durch den ersten Frankfurter U-Bahn-Tunnel eingeladen. Durch diesen Tunnel sollen Mitte 1968 die ersten Schnellbahnen zwischen den nördlichen Nachbar- und Vororten Frankfurts und dem Hauptbahnhof die durch den Kraftverkehr meistens verstopfte City unterfahren. An das Niveau der Erdoberfläche wird die Tunnelstrecke an beiden Enden durch provisorische Rampen herangeführt, die bei späterer Verlängerung des Tunnels wieder verschwinden. Dazwischen liegen 5 U-Bahnhöfe, von denen der nördlichste an der Miquel-Adickesallee am Nordrande der Innenstadt fast fertig ist, während der südlichste an Frankfurts „Hauptwache“ sich zur Zeit noch im Anfangsstadium des Rohbaues befindet. In umgekehrter Richtung sollte der Tunnel begangen und besichtigt werden, sozusagen unter dem Motto: „Von der offenen Großbaustelle zum fertigen U-Bahnhof“.

Der Tag hatte düster und regnerisch begonnen, und bis zum Mittag mußte man befürchten, daß das geplante Unternehmen buchstäblich ins Wasser fallen würde. Doch der Wettergott meinte es gut mit den Teilnehmern an dieser Besichtigung. Viele Mitglieder waren der Einladung gefolgt, manche brachten die Ehefrau oder sogar die Familie mit.

Eine kleine Gruppe besonders Interessierter hatte sich an der Rampe in der Großen Gallusstraße, unweit vom Hauptbahnhof, zusammengefunden, um von hier unter fachkundiger Führung den Weg zum eigentlichen Treffpunkt, der Hauptwache, durch die Stahlverstreben der Tunnelausschachtung zurückzulegen. Der Leiter des Frankfurter Stadtbahnbauamtes, Herr Direktor Dipl.-Ing. Spieß, übernahm die Führung selbst; bereitwillig ging er auf alle Fragen ein und erklärte die verschiedensten Probleme für jeden sehr verständlich.

Im Gänsemarsch ging es auf einem hölzernen Laufsteg durch das Gewirr von Doppel-T-Trägern, immer dicht unter der mit vorgefertigten Betonplatten provisorisch wiederhergestellten Straßendecke und hoch über der Tunnelsohle. Tief unten arbeiteten die gelb-behelmteten Bauarbeiter mit Preßluftschlämmern und Planierdraht; Frankfurts Untergrund enthält u. a. Kalkfelsen und setzt dem Tunnelbau teilweise größeren Widerstand entgegen. Da man wegen der zu nahe am Tunnel stehenden Häuser für die Abstützung der Tunnelbaugrube nicht 20 m lange Stahlträger in die Erde rammen konnte wie in den breiteren Straßen weiter draußen, war hier das sogenannte Schlitzwandverfahren angewandt worden: Bagger hatten schmale und tiefe Gräben ausgehoben, in die Lieferbeton hineingestampft worden war; zwischen den so errichteten Abstützwänden ist anschließend die Tunnelbaugrube ausgebaggert worden. Hin und wieder ließen größere Arbeitsöffnungen in der provisorischen Straßendecke die Sonnenstrahlen bis in die Tiefe dringen, ein größeres Stück blauen Himmels und die Dächer der

hohen Geschäftshäuser am Rande des „Roßmarktes“ waren dann von unten her zu sehen. Bei den Blicken nach oben konnte niemand vorbeisehen an den dicken Paketen mit den Plastikrohren, in die die vielen Fernmeldekabel der Deutschen Bundespost hineinverlegt werden, die der U-Bahn im Wege sind. Sie lassen allerdings kaum das Ausmaß der Vorarbeiten ahnen, die allein durch die Verlegung der verschiedensten Arten von Versorgungsleitungen notwendig sind für die Durchführung eines solch gewaltigen Projektes. An der Großbaustelle des U-Bahnhofes „Hauptwache“ mußten die Teilnehmer an dieser technischen Sonderführung die Besichtigung unterbrechen und einige Holztreppe steigen, um das Aussichtspodest neben dem Dach der historischen Hauptwache zu erreichen. Hier wartete bereits die größere Gruppe der an der Gesamtbesichtigung Interessierten „Postler“ mit Angehörigen; von dem Podest aus konnte man die Baustelle des vielleicht größten Frankfurter U-Bahnhofes etwas besser überblicken als von einem Standpunkt zu ebener Erde.

Direktor Dipl.-Ing. Spieß begrüßte alle Anwesenden auf dem Aussichtspodest; er kündigte an, daß er seine Erläuterungen zu dieser Führung später in dem vor dem Baulärm geschützten, halbfertigen U-Bahnhof „Eschenheimer Turm“ geben wolle. Der 1. Vorsitzende des Bezirksvereins Frankfurt der Vereinigung der höheren Postbeamten, Herr Oberpostdirektor Dipl.-Ing. Pfaffe, dankte Herrn Direktor Spieß dafür, daß er diese Besichtigung der U-Bahn-Baustellen eigens für die höheren Beamten der Deutschen Bundespost ermöglicht habe. Oberpostdirektor Pfaffe lobte als Amtsvorsteher des Fernmeldebauamtes die produktive Zusammenarbeit zwischen den beiden Bauämtern Frankfurts. Das gute Einvernehmen zwischen der Deutschen Bundespost und der Stadt Frankfurt beim U-Bahn-Bau komme hier besonders zum Ausdruck dadurch, daß Direktor Spieß als Leiter des Stadtbahnbauamtes es sich nicht habe nehmen lassen, selbst die Führung zu übernehmen.

Aus Sicherheitsgründen wurde die große Gruppe der Teilnehmer für den weiteren Marsch über die hölzernen Stege durch die Stahlverstreben der offenen Baugruben in fünf kleinere Gruppen aufgeteilt, die von fachkundigen Beamten des Fernmeldebauamtes betreut wurden; so begann der Abstieg in die Großbaustelle unter der Erde. Holzverschalungen unter der Straßendecke ersetzten hier die ehemaligen Kabelschächte und Kabelkanäle der Deutschen Bundespost; durch Spalte zwischen den Brettern konnte man die Kabel und Muffen sehen. Die Plastikrohr-Pakete für die Verlegung dieser Fernmeldekabel hatten bereits zwischen der provisorischen Fahrbahndecke und der obersten Lage der Doppel-T-Träger ihren endgültigen Platz erhalten. Die Tunnelsohle liegt hier 25 m unter dem Betrachter, und wo man hinblickt, sieht man Stahl über Stahl. Der Laie vermag hier die zukünftige Gestalt und Größe des Bahnhofes „Hauptwache“ noch gar nicht abzuschätzen; allerdings kann man schon erkennen, daß der augenblicklich im Bau befindliche U-Bahn-Tunnel in der untersten Ebene einmünden wird, denn die vorbereiteten Anschlüsse für die

Quertunnel der später kreuzenden U-Bahn- und V-Bahn-Strecke (V-Bahn = Verbindungsbahn, von der Deutschen Bundesbahn unter der Stadt geplant) liegen darüber.

Die fünf Teilnehmergruppen schlängelten sich dicht hintereinander zum Tunnelstück in der Großen Eschenheimer Straße, das für den Tunnelbau in Frankfurt bisher die härteste Nuß gewesen ist. Die knapp 250 m lange Straße ist stellenweise sehr schmal, und die zum Teil nur wenige Meter neben der Tunnelwandung stehenden Kaufhäuser sind so hoch, wie der Tunnel tief ist. Die Abstützwände für die Tunnelbaugrube waren deshalb hier im sogenannten Pfahlrohrverfahren erstellt worden: Spezialmaschinen hatten entlang den Bürgersteigen ca. 25 m tiefe Löcher von weniger als 1 m Durchmesser dicht nebeneinander und manchmal sogar ineinander in den harten Boden gebohrt, in die dann Lieferbeton hineingestampft worden war, in jedes zweite Loch sogar mit Stahlbewehrung; dazwischen haben sich danach Planierdraht bis in die genannte Tiefe hinuntergearbeitet und Platz für den Tunnel geschaffen. An einem Kaufhaus hatten zuvor die Schaufenster-Überdachungen Schneidbrennern abgetrennt werden müssen, da sie für die großen Bohrgeräte hinderlich waren. Der Druck, den die hohen Häuser zu beiden Seiten der Straße auf die Tunnelwände ausüben, ist ungeheuer stark. Besondere Meßgeräte, die in die Stahlverstreben zwischen den Grubenwänden zur Kontrolle eingebaut worden sind, zeigen fast 50 t an; dieser Wert liegt unter dem vorausgerechneten Druck. Am Ende der Großen Eschenheimer Straße ist ein kurzes Stück der Tunnelstrecke für Besucher noch nicht begehbar; dieser Weg mußte oberirdisch zurückgelegt werden. Den Grund dafür konnte man sich aus nächster Nähe von oben her ansehen: in mehrmonatiger Arbeit war hier ein vierstöckiges Geschäftshaus auf Stahlträger „gesetzt“ worden, damit die Tunnelstrecke unter der Ecke dieses Hauses hindurchgeführt werden konnte; andernfalls wäre man mit dem Tunnel am Eschenheimer Turm nicht vorbeigekommen. Das Unterfangen (im wahrsten Sinne des Wortes) an diesem Geschäftshaus war gerade soweit gediehen, daß mit dem Ausheben der (offenen!) Tunnelbaugrube unter dem Haus selbst begonnen werden konnte. Zur Zeit wurden die für die Vorarbeiten errichteten Hilfsfundamente mit Hilfe von Preßluftschlämmern wieder zerstört.

Der Abstieg unter die Erde war schon am U-Bahnhof „Eschenheimer Turm“ wieder möglich. Im Rohbau dieses Bahnhofes gab Direktor Spieß seine angekündigten Erläuterungen zum Großprojekt „U-Bahn-Bau“.

Frankfurt hat sich für ein Bahnsystem entschieden, bei dem jedes Teilstück der künftigen U-Bahn immer sofort in das bestehende Netz der Straßenbahn einbezogen werden kann. Der neu entwickelte Stadtbahn-Gelenktriebwagen ist 2,65 m breit und 22 m lang und hat 65 Sitz- und 165 Stehplätze; bis zu 4 solcher Triebwagen können aneinandergeschnitten werden, so daß die Bahnsteige 100 m lang sein müssen. Da diese Schnellbahnzüge für U-Bahn- und Straßenbahnbetrieb gleicher-





Im U-Bahnhof „Miquel-Adickes-Allee“. Im Vordergrund: Direktor Dipl.-Ing. Spieß und OPDir Dipl.-Ing. Pfaffe mit Gattin und Sohn



Tunnelwanderung zwischen den U-Bahnhöfen „Eschenheimer Turm“ und „Grüneburgweg“

maßen geeignet sind, können die Fahrgäste das zukünftige Streckennetz unterirdisch und oberirdisch ohne Umsteigen befahren. Allerdings müssen bis zur Inbetriebnahme der ersten Tunnelstrecke im Jahre 1968 bei den sich an diesen Tunnel außerhalb der Innenstadt anschließenden 4 oberirdischen Schnellbahnstrecken eigene Gleiskörper mit größeren Kurvenradien geschaffen werden, damit die neuen Stadtbahnwagen ohne Schwierigkeiten bis zu den nördlichen Vor- und Nachbarorten ihre Reisegeschwindigkeit von 30 km/Std einhalten können und einander entgegenkommende Züge sich in den Kurven nicht rammen. Die außer den 4 geplanten Schnellbahnlinien noch weiterhin zwischen den nördlichen Stadtteilen und dem Zentrum verkehrenden Großraumwagen der Straßenbahn können den dichten Innenstadtverkehr ebenfalls durch die Tunnelstrecke unterqueren; sie haben genau wie die Schnellbahnzüge eine Höchstgeschwindigkeit von 80 km/Std und sind deshalb für eine regelmäßige und in den Hauptverkehrszeiten dichte U-Bahn-Zugfolge nicht hinderlich. Wenn in dem Tunnel dann einmal nur noch die neuen U-Bahn-Wagen fahren, kann das Signalsystem von „optischer Sicht“ auf „elektrische Sicht“ umgestellt werden, d. h. die Züge werden vor Signalen auf „Halt“ automatisch abgebremst. Bei einer angestrebten Beförderungskapazität von 25 000 Personen pro Stunde in jeder Richtung ist eine solche Sicherheit unerlässlich.

Der erste Frankfurter U-Bahn-Tunnel wird von der Rampe an der Großen Gallusstraße bis zur Rampe am Grünhof 3,2 km lang werden und 5 unterirdische Bahnhöfe unterschiedlicher Größe haben: Hauptwache, Eschenheimer Turm, Grüneburgweg, Holzhausenstraße, Miquel-Adickesallee. Vom ersten Rammschlag am 28. 6. 1963 bis zu seiner endgültigen Fertigstellung werden sicherlich 5 Jahre vergehen, wie eingangs schon erwähnt wurde. Insgesamt mußten dafür 4 200 Träger eingearbeitet und 675 000 m<sup>3</sup> Erde ausgehoben werden; 10 250 t Bewehrungsstahl und 158 000 m<sup>3</sup> Lieferbeton sind für die erste Tunnelstrecke erforderlich. Die während der Bauzeit provisorisch abzudeckenden Fahrbahnen für Kraftverkehr und Straßenbahn haben eine Gesamtfläche von 28 000 m<sup>2</sup>; schließlich müssen 155 000 m<sup>2</sup> Tunneloberfläche gegen Feuchtigkeit abgedichtet und 210 000 m<sup>3</sup> Erde wieder aufgefüllt werden. Solche Zahlen mögen dem Laien einen kleinen Begriff geben, wie langwierig und kostspielig ein solches Bauvorhaben im Grunde genommen ist.

Die Vorbereitungen für den Bau eines zweiten U-Bahn-Tunnels parallel zum ersten haben in diesen letzten Wochen bereits begonnen; er soll 4,5 km lang werden und ebenfalls 5 U-Bahnhöfe erhalten. Die Bauzeit wird hier mindestens 7 Jahre betragen. Während der erste Tunnel ganz und gar in der sogenannten „Hamburger Bauweise“ mit offener Tunnelbaugrube erstellt wird, soll bei dem zweiten Tunnel zum Teil auch die bergmännische Bauweise angewendet werden. Bei der verhältnismäßig wirtschaftlichen offenen Bauweise kann für beide Gleise ein gemeinsamer Tunnel mit rechteckigem Querschnitt gebaut werden; das ist aber nur in der Linienführung unter den großen Straßen möglich. Bei der bergmännischen Bauweise wird im sogenannten Schildvortrieb für jedes Gleis ein eigener Tunnel von kreisförmigem Querschnitt hergestellt; dieses Verfahren wird bei der Unterquerung von Häusern und Flüssen erforderlich.

Quer zu den beiden ersten Tunnelstrecken wird später eine dritte entstehen. Unter Frankfurts berühmter „Zeil“ soll dieser Tunnel viergleisig ausgebaut werden; dort wird er gemeinsam von der Stadtbahn und der Bundesbahn befahren. Wie schon angedeutet, will die Bundesbahn ihre Nahverkehrszüge zwischen Frankfurt-Hbf und Offenbach unter der Stadt und dem Main hindurch verkehren lassen. An den beiden Gemeinschaftsbahnhöfen „Hauptwache“ und „Konstabler Wache“ sowie an zwei weiteren Kreuzungsbahnhöfen ist für die Berufspendler dann ein bequemes Umsteigen von der V-Bahn in die U-Bahn und umgekehrt möglich.

Nach und nach soll das Tunnelnetz der Frankfurter U-Bahn auf insgesamt 60 km Länge erweitert werden. Die oberirdischen, kreuzungsfreien Bahnkörper außerhalb der City werden ebenfalls zu einer Gesamtlänge von etwa 60 km anwachsen. Das wird sich jedoch bestimmt bis zum Jahre 2000 hinziehen, wenn man bedenkt, wie schon jetzt im ersten Bauabschnitt infolge finanzieller Schwierigkeiten die Termine hinausgeschoben werden müssen. Direktor Spieß bemerkte dazu etwa folgendes: „In allen Städten, in denen man einmal mit dem U-Bahn-Bau begonnen hatte, ist es immer wieder weitergegangen. Fehlende Gelder haben noch nie einen völligen Abbruch, sondern höchstens eine vorübergehende Unterbrechung der Bauarbeiten zur Folge gehabt“. So wird also auch Frankfurt seine U-Bahn bekommen! Da der Anfang gemacht worden ist, bleibt die Verwirklichung der städtischen U-Bahn-Pläne (nur) noch eine Frage der Zeit.

An die sehr aufschlußreichen Ausführungen von Direktor Spieß schloß sich der Marsch durch das fertig betonierte Tunnelstück vom Eschenheimer Turm bis zur Miquel-Adickesallee an. Der rechteckige Tunnel hat eine lichte Höhe von 4,8 m und eine lichte Breite von 7,1 m; in seiner Breite ist er durch eine Betonsäulenreihe in zwei Hälften für Fahrbahn und Gegenfahrbahn geteilt. Gleich am Bahnhof „Eschenheimer Turm“ ist zwischen diesen Fahrbahnen noch der Platz für ein Abstellgleis vorgesehen. Man kann ja nicht wissen, ob so ein 100 m langer Triebwagenzug später nicht doch einmal plötzlich ausfällt und aus dem Verkehr gezogen werden muß! Damit sich solch ein Zug dann nicht selbständig macht, muß das Abstellgleis genau waagrecht liegen. Der flüchtige Betrachter läßt sich jedoch optisch täuschen, denn auf den ersten Blick glaubt er, das Abstellgleis bekomme ein Gefälle und die Fahrbahnen zu beiden Seiten würden waagrecht verlaufen. In Wirklichkeit steigen aber die Fahrbahnen gegenüber dem Abstellgleis etwas an. Diese Steigung des Tunnels, insgesamt 60 m auf 1,5 km Länge, war für die Besichtigungsteilnehmer gar nicht spürbar.

Einige große Wasserspützen in dem zuletzt fertiggestellten Tunnelstück am Eschenheimer Turm ließen erkennen, daß man mit dem Abdichten vor den regenreichen Tagen nicht mehr ganz fertig geworden war. Später wird jedoch kein Wasser mehr in den Tunnel eindringen! Als elektrischen Isolationsschutz gegen die dicht unter der Tunneldecke verlaufende Oberleitung waren dünne, 1 m breite Platten aus Kunststoff in die Decke mit einbetoniert worden. Zur Befestigung der Oberleitungshalter und der Beleuchtungskörper an der Tunneldecke sowie der Kabelhalter an der Tunnelwand hatte man Schienen in den Beton eingelassen. Die Oberleitung selbst und die Leuchtstoffröhren waren in der ganzen Tunnelstrecke bereits montiert und geschaltet.

Weit auseinandergezogen näherte sich die Gruppe der Tunnelwanderer dem Bahnhof „Grüneburgweg“. Da der Gleiskörper hier noch fehlte, wirkten die Bahnsteige sehr hoch. Vielleicht war aber auch in diesem Falle optische Täuschung mit im Spiel, denn die Bahnsteige der kleineren Zwischenstationen werden schmaler gehalten als die der großen Bahnhöfe. Die Bahnsteiglänge wird zwar überall mit 100 m auf die maximale Zuglänge abgestimmt, jedoch werden je nach Größe und Bedeutung der einzelnen U-Bahn-Stationen



nen die Bahnsteige breiter oder schmaler und die Zahl der Zugänge zu den Bahnsteigen größer oder kleiner vorgesehen. Der Bahnhof „Grüneburgweg“ gehört wie der Bahnhof „Holzhausenstraße“ mit zu den kleinsten Stationen der künftigen Frankfurter U-Bahn. Auf dem Wege zum Bahnhof „Holzhausenstraße“ wurde das vorläufige Ende (für die Wanderer der Anfang) des Gleiskörpers erreicht. Damit wurde die Tunnelwanderung zur Schienenwanderung. Es war gar nicht so einfach, die Schrittlänge dem einfachen oder sogar dem doppelten Abstand der Holzschwellen anzupassen. Die Jüngsten versuchten deshalb, auf den Schienen zu balancieren. Mancher von den Älteren wird sich dabei an seine eigene Kindheit oder die früheste Jugendzeit erinnern haben. Müde gelangten so die ausdauernden Teilnehmer an dieser Besichtigung, und das waren wohl die meisten, durch den Bahnhof „Holzhausenstraße“ endlich zum Bahnhof „Miquel-Adickesallee“, der „Endstation“.

Hier präsentierte sich schon das Gesicht eines zukünftigen Frankfurter U-Bahnhofes, wie es sich die Stadt heute vorstellt. Eine helle Wandverkleidung aus senkrechten Tafeln ist am oberen Rande mit einem schmalen grünen und einem breiten roten Querstrich abgeschlossen. Die Bahnhofsbezeichnung ist in bestimmten Abständen in großen schwarzen Buchstaben auf dem hellen Untergrund gut zu lesen. Mit der elektrischen Uhr ist auch gleich die Abfahrtsanzeige für jeweils zwei aufeinanderfolgende Züge verbunden. Die Zugänge zu den langen Bahnsteigen werden alle über Rolltreppen und normale Treppen von der zwischen Bahnhof und Straße liegenden Fußgängerpassage erreicht. In der Fußgängerpassage werden die Sperren sein. Die Zugänge von den Bürgersteigen her sind flache Rampen für Fußgänger, in die zur Abwehr der Radfahrer in größeren Abständen Stufen eingebaut wurden.

Hier im Bahnhof Miquel-Adickesallee“ endete also die Besichtigung. Oberpostdirektor Pfaffe dankte Direktor Spieß dafür, daß er sich die Zeit genommen und die

Führung so interessant gestaltet habe. Leider war der erste Frankfurter Stadtbahn-Gelenktriebwagen aus technischen Gründen wieder aus dem Tunnel gezogen worden und stand deshalb zur Besichtigung oder gar zu einer Kurzfahrt nicht zur Verfügung. Wer jedoch sehr daran interessiert war, konnte einige Zeit später zu den „Tagen der offenen Tür“ die Gelegenheit zu einer ersten Probefahrt mit der Frankfurter U-Bahn wahrnehmen. Dieser Nachmittag war auch ohne U-Bahn-Wagen für alle Teilnehmer sicherlich ein unvergeßliches Erlebnis.

## Bezirksverein Hamburg

### Die Reise nach Griechenland und Kleinasien im Herbst 1967

wird nunmehr auch im Rahmen der FITCE und der neugegründeten FEFAS-PTT durchgeführt. Es sind also nicht nur die Kollegen aller Bezirksvereine der „Vereinigung der höheren Postbeamten“ mit ihren Verwandten und Bekannten, sondern auch die Kollegen des höheren Post- und Fernmeldedienstes aus Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden eingeladen, ebenso die Mitglieder der „Gesellschaft Hamburger Verwaltungsjuristen“. Es findet nur eine Reise vom 15. 9. bis 7. 10. 1967 mit einer 9tägigen Kreuzfahrt auf der „Semiramis“ statt, die uns für eine Sonderfahrt zur Verfügung steht.

Reiseverlauf: Anreise nach München mit Schlafwagen ab Hamburg über Hannover oder ab Dortmund über Köln – Frankfurt. Gemeinsame Tagesreise am 16. 9. von München nach Venedig. Schiffsreise mit der „Jason“ (5000 BRT) über Corfu (Ausflug nach Kanoni und Palaioastritsa) – Katakolon (Olympia und Bassai) nach Piraeus.

3½ Tage Aufenthalt in Athen mit Stadtrundfahrt, Besuch der Akropolis, des Nationalmuseums, Ausflug nach Sounion usw. (Weinfest in Daphni). Kreuzfahrt mit der „Semiramis“ (2500 BRT)

nach Delos – Santorin – Kreta (Archäol. Museum in Hiraklion, Knossos und Gurnia) – Rhodos (Lindos) – Patmos – Kusadassı (Ephesos) – Istanbul (2 Tage mit Stadtrundfahrten und Besichtigungen) und zurück nach Piraeus.

Busausflüge nach Korinth – Mykene – Nauplia – Epidauros und Delphi – Meteora Klöster. Badegelegenheit bei sommerlichen Luft- und Wassertemperaturen ist auf Corfu, Kreta und Rhodos sowie in Neuplia (Tolon) vorhanden.

Rückreise mit Flugzeug nach München und in Tagesfahrt in die Heimatorte (vor allem für Reiseteilnehmer aus Nord- und Westdeutschland) oder mit dem Fährschiff von Corfu nach Brindisi in Tagesfahrt, weiter mit Schlafwagen bis Verona und mit Sitzwagen nach München.

Ein mehrtägiger Erholungsaufenthalt ist diesmal nicht vorgesehen, um die Reisekosten in Grenzen zu halten. Die Schiffsreisen mit der „Jason“ und „Semiramis“ werden aber sehr erholend sein. Wir werden 3 volle Tage ohne Landausflüge auf See sein. Beide Schiffe sind vollklimatisiert und haben ein Schwimmbecken. An Bord der „Semiramis“ ist auch eine Tanzkapelle.

Die Reisekosten umfassen sämtliche Fahrkosten, Unterbringung in sehr guten Hotels, volle Verpflegung, alle Ausflüge, Führungen und Eintrittsgelder, auch die „freiwilligen“ Trinkgelder für Stewards, Bedienung, Fahrer, usw. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern ohne Bad und in Kabinen mit 2 Betten auf der „Jason“. Einzelzimmer werden nur in sehr geringer Anzahl gegen Zuschlag zur Verfügung stehen. Sonderwünsche auf Schlafwagenplätze 1. Klasse können gegen Zahlung berücksichtigt werden. Um die Kabinen auf der „Semiramis“ (9 Tage) gerecht verteilen zu können, sind unterschiedliche Reiseteilnehmerpreise vorgesehen:

Klasse I (besonders gute Außenkabinen mit Dusche und WC):	
bei 2 Betten	1900,— DM
bei 4 Betten	1650,— DM

Schienenwanderung zwischen den U-Bahnhöfen „Holzhausenstraße“ und „Miquel-Adickes-Allee“

Vorn: 2. Vorsitzender OPR Dr. Henschel mit Gattin



Fahrt des ersten Stadtbahn-Gelenktriebwagens am Tag der offenen Tür





Klasse II (gute Außenkabinen mit Dusche und WC):

bei 2 Betten 1700,— DM

Klasse III (sehr gute Außenkabinen ohne Dusche und WC):

bei 2 Betten 1700,— DM

bei 4 Betten 1500,— DM

Klasse IV (Außenkabinen ohne Dusche und WC im Vorschiff, einige im Achterschiff mit Dusche):

bei 2 Betten 1500,— DM

bei 4 Betten 1400,— DM

Klasse V (Innenkabinen im Vorschiff oder Außenkabinen im Achterschiff ohne Dusche und WC):

bei 2 Betten 1450,— DM

Klasse VI (ungünstige Außenkabinen im Achterschiff):

bei 2 Betten 1300,— DM

bei 4 Betten 1200,— DM

Alle Kabinen haben Klimaanlage und Waschbecken. Außerdem sind allgemeine Duscheinrichtungen vorhanden. Kabinen mit 4 Betten können an verwandte oder befreundete Ehepaare abgegeben werden. Kabinen der Klasse VI können für 1500,— DM als Einzelkabinen abgegeben werden. Der allgemeine Reiseteilnehmerpreis ist unabhängig vom Heimat- oder Abreiseort in der Bundesrepublik. Bei der Rückerstattung der nichtverbrauchten Einzahlungen auf die Reisekosten werden die unterschiedlichen Reisekosten zwischen München und dem Abreiseort berücksichtigt.

Da die Reise nicht auf gewerblicher Basis organisiert wird, werden nunmehr umgehend Anmeldungen und Anzahlungen erbeten, um die Kabinen-, Flugzeug- und Hotelplätze verbindlich reservieren lassen zu können; bei diesen Reservierungen müssen bereits Anzahlungen geleistet

werden. Die Kabinen werden nach der Reihenfolge der Anmeldungen reserviert.

Anmeldungen werden auf Postkarte an OPDir Dr. Kessler, 2 Hamburg 1, Postamt 3 mit folgenden Angaben erbeten: Namen der Reiseteilnehmer, Anschrift und Telefonnummer, Abreiseort, Kabinenklasse auf der „Semiramis“ (2, 3 oder 4 Betten) mit Angabe einer anderen Kabinenklasse, falls die zunächst gewünschte bereits besetzt sein sollte, Rückreise mit Flugzeug oder Schiff/Bahn, Sonderwünsche. Erfahrungsgemäß sind spätere Abbestellungen immer noch möglich, so daß im gleichen Umfang Nachzügler berücksichtigt werden können. Anzahlungen von je 1/10 des Teilnehmerpreises werden ab 1. 12. 66 jeden Monat erbeten auf Postscheckkonto Dr. Kessler, PSchA Hmb 30 558, der unter Hamburg (0411) 24 62 19 auf Wunsch weitere Auskünfte erteilt.

Ein Ratgeber für alle Baulustigen

# Hausbau ohne Ärger — ohne Sorgen!

von Rechtsanwalt Hans Saul

## Aus dem Inhalt:

Wichtiges beim Grundstückskauf

Die Baugenehmigung

Die Finanzierung

Die Kosten-Ermittlung

Verträge mit Architekten, Bauunternehmern und Handwerkern

Notariats-, Makler- u. Architekten-Gebühren

Wie bewahre ich mich vor Bauschäden

Das Nachbarrecht

Der Mietvertrag

Umfang 108 Seiten, kart. 4,80 DM

DAMM-VERLAG (VORMALS E. HERZOG & R. DAMM)

338 Goslar Postfach 87 Ruf 05321 2 36 06